

16. Heft | 12. August 1909

## JULES LOUIS BRETON · DAS MINISTERIUM BRIAND

**N**ICHT ohne tiefe Überraschung hat die öffentliche Meinung in Frankreich wie auch im Ausland die Nachricht vom Sturz des Ministeriums Clemenceau und von der Bildung des Ministeriums Briand vernommen. Wie man auch über die Teilnahme von Sozialisten an der Regierung in der bürgerlichen Gesellschaft denken mag, so muss man doch zugeben, dass, wenn in einem grossen Lande wie Frankreich ein Ministerium gebildet wird, dem 3 Sozialisten angehören, und in dem einer davon als Präsident des Staatsrats die Leitung der Regierung übernimmt, dies ein geschichtliches Ereignis von grösster Tragweite ist. In der Tat, wenn Millerand, Briand und Viviani auch heute nicht mehr Mitglieder der sozialistischen Partei sind, so sind sie es doch gestern gewesen und haben niemals aufgehört sich zu unserm sozialistischen Ideal zu bekennen, das für sie das Ziel ihrer Arbeiten, der gewaltige Leuchtturm ist, der ihren Weg erhellt. Sie haben jedenfalls ihre erste politische Erziehung in der Schule des Sozialismus erhalten und sind daher um so mehr befähigt die sozialen und wirtschaftlichen Fragen in ihrer ganzen Tragweite zu erfassen, die zwar in unserer bürgerlichen Gesellschaft nicht vollständig gelöst werden können, deren zukünftige Lösung man aber doch schon jetzt vorbereiten kann.

Millerand war Mitglied der sozialistischen Partei, als er im Jahre 1899 den Ruf erhielt als Minister für Handel, Industrie, Post und Telegraphen in das Ministerium Waldeck-Rousseau einzutreten. Er hatte an zahlreichen nationalen und internationalen Kongressen der sozialistischen Partei teilgenommen, und seine erste Beteiligung an der Regierung zeitigte Debatten, die so lebhaft waren und so lange Zeit dauerten, dass kein Sozialist sie vergessen haben kann. Als Regierungsmann hat er bei verschiedenen Gelegenheiten auf das Unumwundenste sich zum Sozialismus bekannt, ganz besonders, als er in Lille von der bestorganisierten und stärksten sozialistischen Föderation Frankreichs empfangen und mit demonstrativem Beifall begrüsst wurde. Als er das Ministerium abgab, trat Millerand beiläufig wieder in die Partei ein, die 1903 auf ihrem Parteitag von Bordeaux den gegen ihn von verschiedenen Föderationen eingebrachten Ausstossungsantrag ablehnte. Millerand ist dann aus

der sozialistischen Partei ausgeschieden, aber er hat sich keiner anderen politischen Partei angeschlossen und hat niemals aufgehört von allen als ein unabhängiger Sozialist betrachtet zu werden. Als solcher ist er in das neue Ministerium eingetreten.

Briand, unser neuer Ministerpräsident, hat in unserer Partei eine noch viel tätigere Rolle gespielt. Er war mehrere Jahre hindurch ihr Generalsekretär und bekleidete dieses Amt noch, als im Jahre 1902 die sozialistischen Wähler von Saint-Etienne ihn ins Parlament entsandten. 1905 war er Mitglied der Kommission für die Einigung der französischen Partei, und er war Mitglied dieser Partei, als er 1906 als Minister des öffentlichen Unterrichts, der schönen Künste und des Kultus in das Ministerium Sarrien eintrat. Er ist seitdem in der Regierung geblieben; er behielt seinen Posten bei, als das Ministerium Clemenceau gebildet wurde, und übernahm einige Monate später das Ministerium der Justiz. In dieser Zeit hat sich Briand wiederholt veranlasst gefühlt öffentlich zu erklären, dass er seine sozialistischen Ideen nicht aufgegeben habe und durchaus nicht daran denke das sozialistische Ideal fallen zu lassen, für dessen Verwirklichung er sein ganzes Leben gearbeitet hat. Die Bewegung, die die Nachricht von der Bildung des Ministeriums Briand in der ganzen radikalen Partei hervorgerufen hat, zeigt übrigens zur Genüge, dass der neue Ministerpräsident in allen Lagern durchaus als ein Sozialist betrachtet wird.

Was Viviani betrifft, der gleichfalls lange Jahre hindurch streitbares Mitglied der sozialistischen Partei gewesen ist, so hat er als Arbeitsminister von der Tribüne der Kammer herab eine Rede gehalten, die als eine der rückhaltlosesten und bestmtesten sozialistischen Erklärungen bezeichnet werden darf, die überhaupt je von unserer parlamentarischen Tribüne herab vorgetragen worden sind. Es war ein sensationelles Ereignis zu sehen, wie ein Minister, der offiziell im Namen der Regierung sprach, dem ganzen Lande durch die Vermittlung seiner Vertreter in so kühner Sprache unsere sozialistische Lehre als ein Ganzes entwickelte und unsere Ideen von der Emanzipation der Menschheit in ihrer ganzen Fülle mit einem solchen Talent, einer so grossen Kraft, einer so hinreissenden Wärme darlegte, dass der ganze republikanische Block, von der Schönheit unserer Auffassungen tief ergriffen war und die zu Boden geworfene, besiegte, vernichtete Rechte den Rücken beugte, weder den schüchternsten Protest, noch den geringsten Vorbehalt kundzugeben wagte.

Gewiss ist die spezifisch sozialistische Tätigkeit, die diese drei Männer in der Regierung ausüben können, ausserordentlich beschränkt. Es kann sich selbstverständlich für sie nicht darum handeln den heutigen Staat umzuwandeln und die zukünftige Gesellschaft herzustellen. Neben den Bekräftigungen des Sozialismus, an die ich hier erinnert habe, und die nach meinem Dafürhalten für die Verbreitung unserer Ideen durchaus nicht zu verachten sind, kann es sich höchstens für sie darum handeln den Reformen eine Richtung im sozialistischen Sinne zu geben und damit die Befreiung der Menschheit zu beschleunigen, der Befreiung den Weg zu ebnen. Und es ist nicht weniger richtig, dass diese beispiellose Tatsache der Mitgliedschaft von drei Männern, die sich zum Sozialismus bekennen, in ein und dem selben Ministerium und namentlich die Auswahl eines dieser Männer zum verantwortlichen Haupt der Regierung vom sozialistischen Gesichtspunkt aus eine grosse Bedeutung hat, die alle Kommentare und alle Auslegungen nicht abschwächen können.

Die Führer der radikalen Partei, die für sich allein die Mehrheit im Parlament hat, haben das vollständig begriffen und nicht im Traum daran gedacht ihre Unruhe und ihre Befürchtungen zu verbergen. Sie haben ganz offen ihren Unwillen darüber kundgegeben, dass sie ihre Partei auf den Standpunkt eines Rumpfs reduziert sehen müssen, für den man anderwärts den Kopf sucht, einer Gruppe, aus der man allenfalls die Unterstaatssekretäre nimmt. Sie haben der Furcht Ausdruck gegeben, dass sie von den sozialistischen Kräften überschwemmt werden möchten, die aus dieser offiziellen Weihe einen neuen Aufschwung erfahren werden. Nur mit grossem Widerstreben hat denn auch die Mehrzahl der Radikalen für das Ministerium Briand gestimmt.

Auf der andern Seite hat die Bildung dieses neuen Ministeriums bereits zu argen Schwierigkeiten in der sozialistischen Partei Anlass gegeben, Schwierigkeiten, die sich möglicherweise noch steigern werden, wenn, wie man hoffen muss, Briand eine kräftige Reformpolitik betreibt, die alle reformistischen Elemente in der Partei zwingt ihm ihre Billigung und Unterstützung zu leihen. Die Frage ist im Schoss der sozialistischen Parlamentsfraktion bereits aufgeworfen und des längeren diskutiert worden, um danach die Haltung zu bestimmen, die die sozialistischen Vertreter bei der ersten Begegnung von Regierung und Kammer zu beobachten haben. Die Diskussion war ungemein lebhaft und zeigte die Fraktion in zwei direkt entgegengesetzte Richtungen gespalten. Die einen, darunter Guesde, Allard und Blanc, vergassen ganz, dass sie selbst schon verschiedene Male, und zwar unter den schwierigsten Umständen, für absolute Vertrauensvoten bezüglich gewisser bürgerlicher Ministerien gestimmt haben, und entwickelten die Theorie von der systematischen Opposition gegen jede Regierung, welche es auch sei. Nach ihnen gleichen sich alle Ministerien und müssen gleicherweise von den Sozialisten bekämpft werden. Ihre Zusammensetzung, ihre Politik, ihr Tun sind Nebensache und haben uns nicht zu kümmern. Mit einem Wort, es darf nichts ausserhalb des engen Prinzips des Klassenkampfes geben, der das All ihrer sozialistischen Auffassung bildet. Die anderen hingegen, darunter Jaurès, Varenne und auch ich, legten dar, welche Gefahr diese sektiererische und intransigente Haltung sowohl für die allgemeine politische Orientierung als auch für die Entwicklung der sozialistischen Partei mit sich bringen würde. Bis Taten der neuen Regierung vorlägen, zieme sich für die Sozialisten lediglich ein abwartendes Verhalten. Sie würden die grösste Verantwortung auf sich laden, wenn sie durch eine unerbittliche Opposition dazu beitragen würden diese Regierung nach rechts hin zu drängen. Die sozialistische Partei ist ja in Wirklichkeit nicht lediglich eine Partei der sozialen Umwälzung sondern auch eine Partei der Gegenwartsverwirklichungen, die mit all ihrer Kraft für das Werk der Reform und des Fortschritts arbeiten muss.

Angesichts der Unmöglichkeit diese beiden Richtungen, die immer wieder im Schoss der sozialistischen Partei Frankreichs auf einander platzen, zur Übereinstimmung zu bringen wurde kein Beschluss gefasst. Aber als es in der Kammer zur Abstimmung über die Vertrauensfrage hinsichtlich der Regierung kam, spalteten sich die sozialistischen Abgeordneten in zwei Gruppen. Nur 18 stimmten gegen das Vertrauensvotum, während 29 sich der Stimme enthielten und es damit ablehnten von vornherein der Regierung feindlich entgegenzutreten, vielmehr anzeigten, dass sie bereit seien ihr ihre Unter-

stützung und Mitwirkung zu leihen, wenn ihre Politik dies ihnen ermögliche. Bemerkte sei übrigens, dass keiner der 18 unerbittlichen Oppositionsmänner auf die Tribüne der Kammer gestiegen ist, um auch nur die geringste Kritik zu formulieren. Keine Unterbrechung ist während der Verlesung der Erklärung des Ministeriums und der Rede des neuen Ministerpräsidenten aus ihren Reihen ertönt. Sie haben sich darauf beschränkt gegen die Tagesordnung zu stimmen und durch ihr verlegenes Schweigen gezeigt, wie ungerechtfertigt und gefährlich ihre Haltung war. Was mich anlangt, der ich durchaus von der Aufrichtigkeit Briands, Millerands und Vivianis und ihrem Wunsch überzeugt bin alle heute möglichen Reformen zu verwirklichen, so hatte ich sogar die Absicht für dieses erste Vertrauensvotum zu stimmen, das dazu beitragen konnte dem neuen Ministerium die Weiche nach links zu stellen. Es wäre mir sogar nicht schwer geworden verschiedene meiner Kollegen zu bewegen ebenso zu stimmen. Aber ich habe mir gesagt, dass ich damit statt dem Prinzip des Reformismus zu nützen, das ich niemals aufgehört habe zu verteidigen, nur die Bedeutung der Stimmenthaltung der grossen Mehrheit meiner Kollegen abschwächen würde. Es war von unendlich grösserem Wert durch unsere Beteiligung dazu beizutragen dieser Stimmenthaltung den Sinn zu geben, den sie in der Tat bei der Mehrheit derer hatte, die sich der Abstimmung enthielten, das heisst den Sinn einer wohlwollenden Neutralität, die, wenn es die Umstände erlauben, bereit ist sich in direkte Unterstützung umzuwandeln.


Glücklicherweise legen sich die Sozialisten immer mehr Rechenschaft darüber ab, dass es eine grosse Inkonsequenz ist unablässig Reformen zu verlangen, den Radikalen zu drohen, dass man ihren Bankrott proklamieren werde, wenn sie diese Reformen nicht auf der Stelle verwirklichen, und es systematisch abzulehnen sich direkt an der Ausarbeitung eben dieser Reformen zu beteiligen. Durch die blossе Macht der Tatsachen wird die sozialistische Partei, in dem Masse wie sie sich entwickelt, sich mehr und mehr von der unfruchtbaren Intransigenz entfernen, in die einige ihrer Mitglieder sie isolieren möchten, und es wird der Tag kommen, wo die Partei die Teilnahme an der Regierung wird akzeptieren müssen, bevor sie noch im stande sein wird sich der ganzen Regierung zu bemächtigen. Dass die sozialistische Partei im gegenwärtigen Moment sich nicht völlig mit einem ihrer Vertreter, der in der Regierung sitzt, solidarisch erklären, nicht alle seine Handlungen insgesamt unterschreiben, nicht im voraus alle Phasen seines Daseins als Minister gutheissen will, ist nur vernünftig, nur durchaus logisch. Nichts aber ist weniger logisch und weniger vernünftig als jede direkte oder indirekte Teilnahme an einem Ministerium selbst in der Gestalt einer entfernten Möglichkeit zurückzuweisen. Hat übrigens nicht schon lange vor uns der deutsche Sozialist Liebknecht diese Möglichkeit ohne Widerwillen ins Auge gefasst, indem er zeigte, dass, wenn eine Reformpolitik möglich sein und dem deutschen Volk Vertrauen einflössen soll, die sozialistische Partei an ihr mitwirken und in der Regierung vertreten sein müsste? Wenn Briand mit seiner ungeheuren Geschicklichkeit seine Regierung in die Bahnen einer kraftvollen Reformpolitik leitet, so kann er heute die Mehrheit der Sozialisten zu dieser Auffassung bekehren; gleichzeitig wird er dafür arbeiten die verschiedenen Fraktionen der republikanischen Partei einander näher zu bringen und den alten Block der Linken wiederherzustellen, den die brutale und aggressive Politik Clemenceaus in Stücke geschlagen hatte.

So wird die beklagenswerte politische Krisis ein Ende nehmen, die seit mehreren Jahren auf Frankreich gelastet hat und nahe daran war bei den im nächsten Jahr kommenden Wahlen eine gefährliche Wiederaufrichtung der Reaktion hervorzurufen. Solange Clemenceau an der Spitze der Regierung war, schien jede Annäherung zwischen den Sozialisten und Radikalen unmöglich, und es kam zu keiner Besserung der Situation. Mit Briand ist es im Gegenteil ausserordentlich wahrscheinlich, dass das frühere parlamentarische Zusammenarbeiten von Sozialisten und Radikalen, wie es unter dem Ministerium Combes bestand, wieder hergestellt wird und ein Wahlbündnis zur logischen Folge hat, das der Reaktion den Weg verlegt. Es steht zu hoffen, dass die Sozialisten diese Politik der Annäherung und Abmilderung, die von der ganzen Demokratie Frankreichs heiss ersehnt wird, nicht durch eine stürmische Intransigenz unmöglich machen und die Verantwortung für eine neue Periode des Stillstands und der Stagnation auf sich laden werden.

Auf alle Fälle bedeutet die Bildung des Ministeriums Briand ein Datum in der Geschichte des Sozialismus, und statt ihre Bedeutung herabzudrücken werden die Sozialisten klug handeln, wenn sie danach streben alle Vorteile wahrzunehmen, die sich aus ihr für den raschen Fortgang ihrer Grundsätze und Ideen ergeben.

XX

## KARL LEUTHNER · STIMMUNGS- UND REALPOLITIK

UROPA ist bei der Revolution in Spanien, die doch gewiss das Bild eines gedrückten, misshandelten, in Not und Kümmeris um seine Befreiung ringenden Volks zeigt, sonderbar gleichgültig geblieben. Ist es die Häufung ähnlicher Ereignisse in den letzten Jahren, die unsere Aufnahmefähigkeit ermüdet? Ist es die Erkenntnis, dass hier aus ganz besonderen Ursachen ganz besondere Wirkungen hervorgehen, und die innere Beziehung der Ereignisse auf unser Schicksal völlig mangelt? So haben wir auch die türkischen und persischen Begebenheiten fast aus der historischen Perspektive angeblickt; das unmittelbare Interesse galt noch der Frage, wie weit sie in die internationale Machtpolitik der Staaten eingreifen, schwach und matt dagegen war das innere Nacherleben des revolutionären Inhalts der Ereignisse selbst. Nichts kann hiervon verschiedener sein als die Stimmung, mit der wir die russische Revolution aufnahmen. Damals war jedes Gefühl für die Besonderheit der russischen Zustände, für die ethnisch-historische Bedingtheit der Geschehnisse verschwunden, sie hatten durchaus und schlechtweg allgemeine Geltung: Es fiel die Trutzburg der Reaktion in Europa. Zwei Jahre lang bewerteten wir alle europäischen Vorkommnisse unter dem Gesichtspunkt, nach dem Massstab des russischen Freiheitskampfes. Er war uns ein allgemein menschlicher Vorgang und musste allgemein menschliche Folgen haben. Wie nun aber dann dieser Traum zerflatterte, an dem *unvermeidlichen Zynismus der Realität*, trat ein jäher Umschlag der Stimmung ein. Hatte man bisher eine allgemeine, über alle Schranken hinwegsetzende Bewegung erhoffend der in Geschichte und Eigenart jedes Volks und Staates gegebenen Bedingungen vergessen, so scheint man jetzt nur diese zu sehen und nicht darauf zu achten, wie sehr in das Wesen und Wachsen, das

aus den Lebensgesetzen jeder Nation entspringt, geistige Kontagien einwirken, die von Volk zu Volk fortgehen. Besonders gilt das von einem Land wie Spanien. Es liegt an der Peripherie unseres Kulturkreises und scheint darum ausserhalb der Wechselbeziehungen zu stehen, in denen der Entwicklungsprozess des europäischen Lebens verläuft.

Nicht immer war das so. Als am Anfang des vorigen Jahrhunderts der spanische Bürgerkrieg die Grabesruhe der Restaurationstage unterbrach, wurde jedes Gefecht und Scharmützel auf der iberischen Halbinsel als ein europäisches Ereignis erlebt. Als *liberal* und *servil* schied sich, was in Europa dem Neuen zugewandt war oder das Alte stützen wollte. Phantasie malte der Hoffnung und der Furcht eine ungemessene Nachwirkung des *spanischen Beispiels* vor. Die hier angeschlagene Stimmung hallte fort durch alle Jahrzehnte bis zur 1848er Revolution. In einem Buch, das, wie wenig andere, die innersten Motive des Handelns jener Zeiten enthüllt, in den jüngst erschienenen Tagebüchern des österreichischen Ministers Kübeck, wird es so recht anschaulich, dass Revolution und Reaktion unseren Urgrossvätern mystische Grössen waren. Man redet von der Revolution wie von einer überall gegenwärtigen unfassbaren Macht, am liebsten im Bilde von Vulkanen, die durch unterirdische Feuerflüsse in steter Verbindung sind und gleichzeitig mit verbender Macht ausbrechen. Sie ist sozusagen ein Geist im supranaturalistischen Sinn, und als dieser Geist, wie der junge ihr zugeneigte Kübeck meint, scharf zu scheiden von der »materiellen Unordnung«, die sie mit sich führt. Man wartet auf sie wie auf den Durchbruch der Gnade, glaubt brünstig »an den Einfluss der grossartigen Ideen, jene geistig fortschreitende, beharrliche Kraft, welche alle Herzen einklingend berührt, alle Intelligenzen durchdringt und selbst unter die Tschakos der Soldaten sich einschleicht«.

Aber noch stärker und gläubiger als die Hoffnung ist die Furcht. Wer Kübeck liest, diesen Seelenkenner und nächsten Vertrauten der regierenden Männer jener Zeit, wird nicht mehr zweifeln, dass der stärkste Bestimmungsgrund der Staatspolitik in der Restaurationszeit eine wahrhaftige Gespensterfurcht war. Die Revolution ist das radikal Böse, wie es die dualistischen Religionssysteme kennen, überall versteckt lauend, überall zu fürchten. An ihren unvermeidlichen Sieg glauben eigentlich auch die Gegner. »Uns wird es noch halten«, meint einmal Kaiser Franz, und seine Frau sieht die schreckenden Spuren des Umsturzes schon in den Kinderbewahranstalten; denn indem diese die Kinder der Armen bessere Verhältnisse kennen lehren als sie das väterliche Haus bietet, untergraben sie mit der Achtung vor den Eltern jeglichen Respekt vor der Autorität. Als einige polnische Flüchtlinge in der Schweiz Zuflucht fanden, will der geistvolle und gebildete Metternich Tirol durch einen Kordon »hermetisch« abschliessen lassen. Man kämpft gegen den Umsturz mit den selben Mitteln wie gegen die Cholera und mit der selben Erfolglosigkeit, weil man sich die Erscheinungen in ihren Elementen nicht darstellen kann. In der Harmonie der Revolutionsangst, als deren sichtbarer Ausdruck die heilige Allianz erscheint, verliert das Gesetz, dass jeder Staat seinen Gang nach seinen Interessen regelt, die sonst fast ausnahmslose Geltung. Zwar bricht der staatliche Egoismus gelegentlich durch. So in der Orientpolitik Alexanders I., so in dem denkwürdigen Ausspruch Kaiser Franz' I., er sei den Polen gram, weil sie durch ihre schwächliche Haltung ihn der Hoffnung ihres Beistandes

für gewisse Fälle beraubt hätten. Auch bricht manchmal die reine Polizeigesinnung durch; so, wenn etwa Franz wünscht, Italien möchte sich offen empören wie die Polen, »damit alles mir Feindliche an die Oberfläche auftaucht, und ich es mit meiner Macht zertreten kann«. Allein die vorherrschende Idee ist doch die Solidarität der legitimen Gewalten. Sie lässt nach der Juli-revolution den Plan eines Kreuzzugs gegen Frankreich entstehen, für den man, umdroht vom Finanzbankrott, die schwersten Opfer bringt. Der einzige Erzherzog Karl hat aus den Koalitionskriegen die Lehre abgenommen: dass ein Prinzipienkrieg der deutlichen Zwecke ermangelt, die stets Nebenabsichten unterworfen sind, weshalb ein Erfolg in solchen Kriegen ausgeschlossen sei.

Nur ein Menschenalter später begrüsst der aller demokratischen Neigungen unverdächtige Bismarck die spanische Revolution, die Isabella stürzt, weil sie die Kreise der Napoléonischen Politik in Italien stört, und spannt mit den siegreichen Revolutionären das Netz, in dem sich der Imperator verfängt. Die Realpolitik ist siegreich geworden, setzt sich in ihren äussersten Konsequenzen durch, bis zur Verzerrung ihres Sinns, wie sie sich in dem Bündnis der Republik mit dem Zaren darstellt, einem Bündnis, dessen reale Vorteile bisher ausschliesslich dem Absolutismus zugefallen sind. Auch unsere Zeit kennt freilich Rückschwankungen der Stimmung zur Tendenzpolitik. In den Tagen der hochgehenden russischen Revolution wurde das ausländische Beispiel wieder in Hoffnung und Furcht mächtig wirksam; ohne die Gefühle, die der russische Freiheitskampf auslöste, geschickt zu benutzen, wären zum Beispiel die Verfechter der Wahlreform in Österreich nicht so schnell an ihr Ziel gelangt. Aber nur vorübergehend, nur unter dem Eindruck ungeheurer Ereignisse stehen die Seelen der Menschen heute geistigen Einflüssen aus der Fremde verteidigungslos offen. Das Gefühls- und Stimmungsmoment ist schwächer geworden in der Politik, die Kräfte, die das Volksleben bewegen, erscheinen nicht mehr in dem Mass wie einst als unberechenbare Grössen. Friedrich Wilhelm IV. konnte mit einer intakten Armee vor der Volksmenge der Hauptstadt zurückweichen, die Republikaner von 1849 im allgemeinen Stimmrecht, das Napoléon III. emporhob, den Freistaat verankert glauben. Heute scheidet sich das Volk nach Parteien, deren Stärke, Gesinnung, Richtung des Handelns, Absichten und Methoden in gewissen Grenzen bestimmbare Grösse sind. Das Element der Überraschung und Überrumpelung scheidet fast aus der Politik aus; diese wird zusehends rationeller und nimmt einen geregelten, ruhigen Gang an. Auch die radikalsten Parteien stehen in einer festen, sich immer mehr befestigenden Tradition, haben bestimmte Meinungen über das Mögliche, und meist behält die Praxis und Gewohnheit das Übergewicht über die Phantasie. Sie folgen fremden Entwicklungen leicht in begeisterten Worten, schwerlich aber in Taten, denen ein starkes Verantwortungsgefühl oder die Sorge um den politischen Besitzstand oft nur zu enge Schranken setzt. Auch von dieser Seite also war vorgesorgt, dass die Wasser der russischen Revolution Europa nicht überschwemmen konnten.

Und nun gar, wenn sich's in Persien, in der Türkei, in Spanien regt! Hier liegt doch ganz offen zu tage, und schon die separatistischen Tendenzen der katalonischen Bewegung bezeugen es, dass die Revolution der Rückständigkeit und Verkommenheit des Landes entspringt, also nach keinen Zielen weist, die fortgeschritteneren Völkern lockend erscheinen könnten. Selbst die Abneigung

gegen den Krieg tritt in zu primitiver Form hervor, als das Gefühl des Privatmenschen, der die Staatszwecke ablehnt, wie er nächstens andere Gesamtanstrengungen der Gemeinschaft von sich weisen könnte. Gleichwohl sollte man nicht verkennen, dass auch in dieser Bewegung etwas ist, das eine allgemeine Bedeutung hat, und das Symptom einer über ganz Europa hingehenden geistigen Bewegung ist: Der Instinkt der Spanier, der sie das marokkanische Abenteuer verwerfen und eine Politik der Machtanstrengungen nach aussen bei Machtlosigkeit und Verfall im Innern verabscheuen heisst, ist nicht nur tief berechtigt, er ist im letzten Grund von der selben Art, das heisst ebenso Ausdruck und Zeichen des souveränen Selbstbewusstseins der Nation wie der entgegengesetzt gerichtete, auf Eroberung und weltumfassende Macht gelenkte Wille der Engländer. Die britische Staatskunst legt im Innern Zeugnis davon ab, dass sie für den Grundgedanken aller Regierungsweisheit unserer Tage, alle wirksamen Gedanken der Politik müssten von der Zustimmung des Volks getragen sein, tiefes Verständnis hat, wenn sie auch der Wahrheit oft mit der Lüge der Demagogie dient. Aber in ihrer Bündnispolitik glaubt sie die Methoden der Vergangenheit und ihre künstlichen Koalitionen nachahmen zu können. Es war aber einst wohl möglich absolute Kleinfürsten durch Lohn für Zwecke zu gewinnen, die dem Interesse ihres Staats fremd, wenn nicht gar feindlich waren. Ein Volk wird den Schwerpunkt seiner Politik zuletzt immer in sich selbst suchen. Es gibt in der Tat kein Interesse der Spanier, das ihnen geböte um der Presidios willen unendliche Opfer auf sich zu nehmen; denn weder ist es ihr Vorteil, wenn sie durch die Konflikte mit den Mauren den Franzosen die Gelegenheit bieten die *friedliche Durchdringung* fortzusetzen, noch ist es ihre Aufgabe um jeden Preis jene Plätze festzuhalten, die zwar den Eingang in das Mittelmeer beherrschen, aber nicht in ihrer schwachen Hand, und in deren Scheinbesitz sie nichts sind als die Bürger für England, dass die wichtige strategische Position nicht in die Macht Frankreichs übergehe, und den Freund von heute zum gefährlichsten Nebenbuhler von morgen mache. Der schlaue Plan Eduards zerschellt wie in der Türkei so in Spanien an dem Selbstbestimmungsrecht des Volks.

XX

## EDUARD BERNSTEIN · DIE MASSES WERDEN IRRE



WEIFELLOS sind die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* aus der Tagespresse über die Beteiligung von 7 sozialdemokratischen Mitgliedern des württembergischen Landtags an einem Ausflug der beiden Häuser des Landtags zur Zeppelinischen Luftschiffbauanstalt unterrichtet, und sie werden von dem damit verbundenen Besuch des Schlossgartens von Friedrichshafen, wo der württembergische König die Abgeordneten mit einem Frühstück bewirtete, gelesen haben. Sie werden auch wissen, dass dieses letztere Zwischenspiel des Ausflugs von einem namhaften Teil der Parteipresse mehr oder minder abfällig beurteilt worden ist. So kurz der Besuch im Schlossgarten war, der blosser Umstand, dass Sozialdemokraten überhaupt an irgend welcher Gastfreundschaft eines Königs teilnahmen, einige sich sogar mit ihm unterhielten und durch Händedruck von ihm verabschiedeten, hat offenbar viele Parteigenossen unangenehm berührt.

Verhältnismässig ruhig und bemerkenswert sachlich war eine Betrachtung, die im *Vorwärts* vom 29. Juli dieser jüngsten *Hofgängerei* gewidmet wurde.



Der Verfasser behandelte sie mit fast väterlicher Milde, der etwas sanfte Ironie als Würze beigegeben war, als eine in bester Absicht begangene *Verrung*. Die 7 sozialdemokratischen Schwaben meinten vielleicht, so deduzierte er, durch gute Manieren von den bürgerlichen Parteien im Landtag Zustimmung zu arbeiterfreundlichen Reformen zu erlangen, für die ihre eigenen Stimmen nicht ausreichen. Aber das sei eine falsche Taktik. Die dadurch zu erreichenden Vorteile könnten die Nachteile solchen opportunistischen Verhaltens nicht aufwiegen. Welches aber sind diese Nachteile? Sie bestehen nach dem Verfasser in einer Beirung der Massen. Die Massen, schreibt er, »werden irre, wenn sie sehen, dass unsere Vertreter im Parlament statt den Klassenstaat unerbittlich zu bekämpfen zu anzuschmiegen und anzupassen suchen«. Dieses Argument, dieses *Die Massen werden irre* verdient etwas unter die Lupe genommen zu werden.

Wer die Kontroversen verfolgt hat, die sich seit mehr als zehn Jahren in der Sozialdemokratie abspielen, dem wird es nicht entgangen sein, welche Doppelrolle die *Massen*, womit natürlich die Arbeitermassen gemeint sind, in den Deduktionen der Vertreter derjenigen Richtung in der Sozialdemokratie spielen, die sich als *radikal* bezeichnen, und der sich auch die Redaktion des *Vorwärts* zurechnet. Wagt jemand, der nicht zu ihrem Clan gehört, die Behauptung, dass für die grösste Aufgabe auf sozialem Gebiet, die völlige Umwälzung der Wirtschaftsordnung, die Arbeiterklasse auch heute noch nicht entwickelt genug sei, so wird er als bildungshochmütiger Zweifler an der unfehlbaren Intelligenz des Proletariats gebrandmarkt. Macht jemand aber einen Vorschlag, empfiehlt oder übt er eine Politik, die von der überkommenen Schablone abweicht, dann wird plötzlich das selbe Proletariat zum unreifen Kind, dessen Begriffsvermögen man nichts zumuten darf, was es nicht im grössten Sinne des Wortes mit den Händen greifen kann. Wie, unsere Arbeiter sollten so schwer von Begriffen sein, dass sie *Form* und *Wesen* für das gleiche halten, das Amt nicht vom Mann, einen Akt der Höflichkeit nicht von höfischer Liebedienerei unterscheiden können? Unsere Arbeiter sollen so wenig politisches Unterscheidungsvermögen haben, dass sie eine kraftvolle Vertretung von Grundsätzen mit der Beobachtung von Umgangsformen für unvereinbar halten, die selbst Völker auf einer viel tieferen Kulturstufe dem Gegner gegenüber einhalten? Wenn mit dem Besuch im Schlossgarten zu Friedrichshafen irgend etwas innerlich verbunden war, was Preisgabe eines auch noch so winzigen Teils eines sozialistischen Grundsatzes bedeutete, so ist man berechtigt ihn zu tadeln. Aber wenn man von einer bedeutungslosen Formalität sagt: tut das nicht, die Massen werden irre, so stellt man damit im letzten Grunde lediglich den Massen das Zeugnis politischer Unreife aus. Massen, die in der Politik an Äusserlichkeiten irre werden, sind, soweit sie überhaupt politisch erzogen sind, zur oberflächlichen Beurteilung der Dinge erzogen worden. Wer politisch denken gelernt hat, wird nicht so leicht *irre*.

Es hat von jeher einen *Radikalismus* gegeben, der die Rechtfertigung seines Namens im Durcheinanderwerfen der Begriffe erblickte. An ihn erinnert eine Notiz der Frankfurter *Volksstimme* vom 13. Juli zu dem Mahnwort, das ich jüngst an dieser Stelle an die Leute von der *Demokratischen Vereinigung* gerichtet habe.<sup>1)</sup> Dass ich diesen zurief, sie möchten über der berechtigten

<sup>1)</sup> Siehe meine *Randbemerkungen* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 879-880.

Kritik des Freisinns nicht vergessen, dass eine politische Verbesserung in Deutschland zu einem guten Teil vom Erzielen eines *modus vivendi* zwischen der bürgerlichen Linken und der Sozialdemokratie abhängt, und dass hier ihre Mission liege, die *Mass* und *Ton* ihrer Kritik zu bestimmen habe, ist dem Organ unserer Frankfurter Genossen ein »beschämender« Beweis, dass »den Sozialdemokraten Bernsteinischer Prägung die bürgerlichen Demokraten zu revolutionär sind«. Zu revolutionär: so steht es wörtlich in der *Volksstimme*. Ein Draufgehen ohne *Mass* und *Ziel* würde danach das Kriterium des Revolutionären bilden. Ich muss das politische Schamgefühl der *Volksstimme* um das Geständnis vermehren, dass mich der Vorwurf nicht in diesem Sinne *revolutionär* zu sein furchtbar gleichgültig lässt. Käme es darauf an wohl-gesehene Autoritäten heranzuziehen, so könnte ich die Schatten von Marx und Engels zum Beweise dafür heraufbeschwören, dass man selbst als revolutionärer Kommunist bürgerlichen Demokraten nicht *revolutionär* genug sein kann. Von den Tagen der ersten Londoner Emigration an, wo Engels und Marx von Kinkel, Ruge und anderen bürgerlichen Demokraten als Revolutionäre gewogen und zu leicht befunden wurden, ist es ihnen wiederholt passiert in den Augen von Politikern ähnlicher Gattung als *reaktionär* zu erscheinen. Will man das Warum wissen, so ist es in den Worten Marx' im 18. *Brunaire* angezeigt: »Keine Partei übertreibt sich mehr ihre Mittel, keine täuscht sich leichtsinniger über die Situation als die demokratische«. Es liegt im Wesen des bürgerlichen Radikalismus begründet, dass er stets der Gefahr ausgesetzt ist sich zu überschlagen.

Wenn jemand aus unseren Reihen für die Leute von der *Demokratischen Vereinigung* Sympathieen empfindet, so ist es der Schreiber dieses Artikels. Aber das kann mich nicht hindern sondern ist im Gegenteil erst recht für mich ein Anlass ihnen auch ein kritisches Wort zuzurufen, da sie sich meines Erachtens in einer Sackgasse zu verlieren im Begriff sind. Dass ich dabei gewärtigen musste von dem einen oder andern aus ihren Reihen Liebenswürdigkeiten zur Antwort zu erhalten, sagte ich mir schon, als ich jene Bemerkung niederschrieb. Das kleine Intermezzo, das Herr Dr. Moses am 16. Juli in einer Volksversammlung des 6. Berliner Wahlkreises zum Besten gab, hat mich weder überrascht, noch habe ich es, wie G. Ledebour nach ihm zartfühlend meinte, als *hart* empfunden. Wessen oberster Zweck es ist am Freisinn seinen Zorn auszulassen, der mag sich darin nach Herzenslust ergehen. Er wird in Berlin und etlichen grossen Städten des Beifalls grosser Volksversammlungen sicher sein. Aber er muss dann nicht von mir verlangen, dass ich ihn für einen Politiker nehme, dem es um eine Wahlreform in Preussen ernst ist, die der Herrschaft der Konservativen an den Leib geht. Die inneren Gebrechen und die politischen Sünden des Freisinns liegen so offen zu tage, dass jeder politische *ABC*-Schütze sie hersagen kann. Das ändert aber an der Tatsache nichts, dass der Freisinn in Preussen von allen in der *Gesetzgebung* zählenden bürgerlichen Parteien die am meisten links stehende Partei ist. Bis die *Demokratische Vereinigung* ihn durch eine starke bürgerlich-demokratische Partei ersetzt haben wird, bleibt es daher das Problem der Politik in Preussen ein solches Verhältnis zwischen ihm und der Sozialdemokratie herzustellen, das einen konzentrischen Angriff auf die Festen der Reaktion möglich macht.

Welche grossen Schwierigkeiten der Erzielung eines solchen Verhältnisses im Wege stehen, weiss jeder. Um vom wirtschaftlichen Gegensatz ganz zu schweigen, sind sie schon dadurch gegeben, dass in fast allen grossen Städten die Kämpfe um die Vertretung in der Gesetzgebung und den Verwaltungskörpern sich ernsthaft nur noch zwischen Freisinn und Sozialdemokratie abspielen. Daher ist dort der Freisinn für den Sozialdemokraten und der Sozialdemokrat für den Freisinn der Gegner. Aber die grossen Städte werden in den Gesetzgebungskörpern bei uns von den kleinen Städten und dem platten Lande geradezu erdrückt, und so darf der in ihnen erzeugte Groll nicht die Politik der beiden Parteien so sehr beherrschen, als seien nur diese Städte und sonst nichts auf der Welt. Wer nicht will, dass die Herrschaft des platten Landes über die Stadt, die Privilegierung der rückständigsten Elemente der Nation bei uns ins Unbestimmte hinaus verlängert wird, der muss sich geistig von den Rückwirkungen jener Reibungen befreien können, die bei Nachbarparteien stets am stärksten sind und am leichtesten ins Persönliche auslaufen. Er muss auf Mittel denken diese Nebenwirkung jener Reibungen möglichst zu reduzieren und den Kampf in denjenigen Grenzen zu halten, die durch die sachlichen Gegensätze angezeigt sind. Wenn also ein Herr Witt von der *Demokratischen Vereinigung* mir im *Blaubuch* auf meine erwähnte Bemerkung entgegenhält, es seien »noch keine Anzeichen da, dass der Freisinn seinen *Blockgeist* aufgegeben« habe, so erwidere ich ihm, dass wir das auch nicht erleben werden noch erwarten können, solange eben das jetzige Verhältnis zwischen Freisinn und Sozialdemokratie andauert. Parteien werden je nachdem durch gemeinsame positive oder negative Interessen zusammengeführt, das heisst entweder durch Gemeinsamkeit der Ziele oder durch Gemeinsamkeit im Hass und in der Abwehr. Als Partei des liberalen Mittel- und Kleinbürgertums hat aber der Freisinn in seinen Zielen recht wenig mit den Konservativen, dagegen gerade bei uns in Preussen noch manches mit der Partei der Arbeiter, der Sozialdemokratie, gemein. So scharf oft die Kämpfe zwischen den Arbeitern und denjenigen Geschäftsleuten sich gestalten, die den Kern der Freisinnstruppen bilden, so ist man heute doch genug an sie gewöhnt, um noch ihre Beseitigung von reaktionär polizistischen Massregeln zu erhoffen, und dass wir noch nicht vor der *roten Revolution* stehen, weiss auch der freisinnige Spiessbürger. Er weiss auch oder ist wenigstens fähig es zu begreifen, dass jene Kämpfe im Gewerbe und Handel gerade durch die Wirtschafts- und Steuerpolitik der Rechten über das Unvermeidliche hinaus verschärft und erschwert werden. Der *Blockgeist*, den Herr Witt bekämpft und mit Recht bekämpft, ist nicht in solchen Gegensätzen zwischen Freisinn und Sozialdemokratie begründet, denen gegenüber die zwischen Freisinn und Konservativen bestehenden Gegensätze mit Notwendigkeit verblassen müssen, sondern in Gegensätzen sehr sekundärer Natur. Ich kann die Erbitterung der entschieden demokratisch gesinnten Liberalen gegen den *Parochialismus*, wie ich es nennen möchte, der heutigen Freisinnsführung sehr gut begreifen und nachfühlen. Aber Erbitterung ist in der Politik stets ein mit Vorsicht zu gebrauchender Ratgeber. Starke Parteien und starke Politiker haben sich niemals durch solche Erbitterung von der Verfolgung einer Politik abhalten lassen, die durch das Verhältnis der realen Kräfte, mit denen sie zu rechnen hatten, und ihre vorgesetzten Ziele angezeigt war. Dass es sich nicht durch

persönliche Empfindungen in seiner Politik beeinflussen lässt, ist eines der Geheimnisse der Macht des Zentrums in Deutschland.

Ein schönes Beispiel, wie man persönliche Gegensätze in der Politik behandeln soll, hat soeben wieder in Frankreich Jean Jaurès gegeben. Die Übernahme des Ministerpräsidiums durch Aristide Briand, in dem die offizielle sozialistische Partei Frankreichs einen Abtrünnigen erblickt, war für die letztere eine starke Versuchung dem neuen Ministerium von vornherein den Krieg zu erklären. Da schrieb Jaurès in der *Humanité*, und seine Worte sind wert festgehalten zu werden:

«Ich weiss, welches die gerechten Beschwerden der sozialistischen Partei und der Arbeiterklasse gegen den neuen Ministerpräsidenten sind. Was ihm die Arbeiter vorwerfen, ist, dass er sich von seiner Partei getrennt und ihre Disziplin abgeschüttelt hat, um schnell zur Macht zu gelangen. Sie werfen ihm vor, dass er eine Politik der Schikaniierungen geduldet und mitgemacht hat, die im Widerspruch steht mit all seinen Erklärungen. Wie sollten sie ihn nicht jetzt, wo er Haupt der Regierung geworden ist, misstrauischen Auges betrachten. Aber eine starke und ihrer selbst bewusste Klasse macht ihre Politik nicht von Vergeltungsempfindungen abhängig, wie gerechtfertigt sie auch sein mögen. Sie betrachtet die Menschen und die Dinge mit ungetrübtem Blick.»

Jaurès setzt »ohne Nachgiebigkeit, ohne Leidenschaft und ohne Zorn« die verwickelte und widerspruchsvolle Situation auseinander, die durch den Regierungswechsel und die Zusammensetzung des neuen Ministeriums geschaffen worden sei, spricht von den Zweideutigkeiten in den Erklärungen Briands, wobei er bemerkt, dass es »die Strafe aller derjenigen ist, die nach der Macht greifen, ehe ihre gesamte Partei sie erlangen kann, dass sie sich entweder verstellen oder lossagen müssen und zu gleicher Zeit das Misstrauen derjenigen erregen, von denen sie sich getrennt haben, wie derjenigen erwecken, zu deren Führern sie sich aufwarfen«. Mit aller Geschmeidigkeit Briands werde dessen Ministerium um diese Schwierigkeit schwerlich herumkommen. Das müsse jedoch abgewartet werden:

«Vorläufig aber, scheint es mir, muss unsere Haltung die folgende sein: Kein Entfesseln der Feindseligkeiten, keine Schmähungen, keine wütenden Deklamationen sondern stolze Zurückhaltung und stets auf der Hut befindliche Umsicht. Das Land soll erkennen, dass wir weder eine Partei der Illusionen noch eine Partei der Verärgerung sondern eine grosse Partei der Aktion sind, die es versteht das Terrain zu sondieren, um mit desto grösserer Sicherheit ihren Weg zu wählen.»

Mehr noch als in Frankreich der Abgang Clemenceaus hat in Deutschland der Rücktritt Bülow's die politische Konstellation verändert. Die konservativ-liberale Paarung ist in die Brüche gegangen, ihre zerstreuten Teile werden und müssen früher oder später nach neuen Assoziationen streben. Soll man deren Bildung dem Zufall überlassen? Oder heisst Politik nicht beizeiten sich orientieren, um die Weiterentwicklung der Dinge nach Möglichkeit selbst in die Richtung zu drängen, die den Interessen der Arbeiter am besten dient? Ist es nicht erste Aufgabe des Politikers die Dinge zu treiben statt sich von ihnen treiben zu lassen? Zurzeit ist ja die Stimmung der undefinierten Volkselemente feindselig gegen rechts gerichtet, die Entrüstung über die neuen Steuern wendet sich, wie die Wahl in Neustadt-Landau gezeigt hat, mit elementarer Wucht gegen die Mehrheitsparteien des Reichstags. Aber unsere Zeit lebt schnell und vergisst schnell. Es kommt ganz darauf an, in welchem Masse die Steuern die Wirkungen haben werden, die man heute von ihnen befürchtet, dass nicht schon nach verhältnismässig kurzer Zeit andere Fragen

die Geister des unpolitischen Publikums beschäftigen werden. Mögen sich Dr. Witt und seine Freunde einmal die Frage vorlegen, wie denn in Preussen die Assoziation von Agrariertum, Bureokratentum und industriellem Neufeudalismus, für deren Kooperation sich, trotz *Hansabund*, immer wieder Anknüpfungsfäden finden, gesetzgeberisch neutralisiert werden soll, wenn nicht Mittel und Wege gefunden werden eine Kooperation derjenigen Parteien zu ermöglichen, deren politische und soziale Interessen den Interessen jener entgegengesetzt sind. Ich sage ausdrücklich: der Parteien; denn mit Gruppen allein ist es nicht getan. Die *Demokratische Vereinigung* hat in kluger Selbstbeschränkung vorerst auf den Namen *Partei* verzichtet und selbst anerkannt, dass ihre Aufgabe zunächst nur eine erzieherische sein kann, und dass ihr Erziehungswerk sich an die liberalen Volkselemente richtet, ist selbstverständlich. Ich bezweifle nur, dass eine Pädagogik zum Ziel führt, die bloss rekriminiert. So etwas schwächt sich auf die Dauer selbst ab, und oft bewirkt es das Gegenteil des Gewollten. In eine neue Situation soll der Politiker, ohne dass er darum zu vergessen braucht, nicht den Plunder aus der alten hinübertragen.

Radikal im Wesen, statt bloss in der Form, ist nur das, was zum Ziel führt. Jahrelang ist die österreichische Sozialdemokratie von den Demokraten der *Wiener Zeit* als *kaiserlich-königlich österreichische Sozialdemokratie* angegriffen, verspottet und verhöhnt worden, weil sie sich nicht mit ihnen um die Wette in Angriffen auf die Hofburg erging, die an der Regierungsform Österreichs nichts ändern konnten und für die Erlangung eines demokratischen Wahlrechts, wie es die Arbeiter Österreichs anstrebten, gegenstandslos waren, da die Feinde dieser Wahlreform ganz wo anders als in der Burg sassen. Die Massen sind darüber ebenso wenig *irre* geworden wie über den sozialdemokratischen *Hofgang* Pernerstorfers und die wiederholte Vereitelung *radikaler* Obstruktionsmanöver durch die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichsrats. Österreich ist eine Hochschule für die Befreiung von der bureaukratisch-formalistischen Auffassung der Politik, die bei uns noch vorherrscht, zu einer dynamischen, die allein auf den Namen *Staatskunst* Anspruch hat. In England unterstützt im Augenblick bei der Budgetberatung die Arbeiterpartei die Regierung gegen die Obstruktion der Konservativen und Iren: Ist sie radikaler, oder ist es die sogenannte *Sozialdemokratische Partei*, die auf das Budget schimpft? Es ist interessant, wie das soeben erschienene Vierteljahrsrundschreiben der Arbeiterpartei sich über das Budget ausspricht:

„Das Budget ist in seiner Zusammenfassung, besonders aber in seinen Abschnitten, die Zusatzsteuern auf die grossen unerarbeiteten Einkommen, Bodenwerte und Monopole legen, von der Arbeiterpartei herzlich bewillkommen worden als der Anfang einer Finanzpolitik, die den Grundsätzen entspricht, wie sie auf unserm diesjährigen ausserordentlichen Parteitag in Portsmouth in einstimmig angenommener Resolution niedergelegt sind. Wir hoffen, dass alle an uns angeschlossenen Organisationen darauf bedacht sein werden, dass, wie viel Mängel das Gesetz auch enthalten mag, die Vorschläge der Regierung, wo immer das ohne Verstoß gegen unser Organisationsstatut geschehen kann, ihre tatkräftigste Unterstützung finden und vor der Beseitigung durch die reichen und grundbesitzenden Klassen geschützt werden.“

Die britische Arbeiterpartei hat soeben beim Zarenbesuch wie in der neuesten Debatte über die Flottenvermehrung wiederum eine Haltung eingenommen, die an kraftvoller Vertretung der Grundsätze der Demokratie und der Internationalität nicht übertroffen werden kann. Insbesondere war George Barnes'

Rede gegen die neue Flottenvermehrung viel energischer als sie in den deutschen Blättern wiedergegeben ist. Und diese selbe Partei stimmt, nein, agitiert für die Unterstützung eines Budgets, das eine bürgerliche Regierung eingebracht hat. Werden die Massen darob *irre* werden? Vielleicht irgend wo sonst in der Welt, aber sicherlich nicht in England. Denn damit, dass die Arbeiterschaft sich in der Budgetfrage entschieden an die Seite der Regierung gestellt hat, ist die Obstruktion der reichen und grundbesitzenden Klassen faktisch besiegt. Die Konservativen haben auf den Plan verzichtet das Budget durch die Lords zu Fall bringen zu lassen. Und dass sie diesen Sieg ermöglicht hat, kann das ohnehin nicht geringe Vertrauen in das politische Geschick der Arbeiterfraktion nur noch steigern.

XX

## EUGEN DIETZGEN · ISOLIERUNG ODER BÜNDNISPOLITIK?



**R**EKANNTLICH läuft die Taktik der *Radikalen* in der Sozialdemokratie darauf hinaus die Partei politisch zu isolieren; jede nähere Berührung mit bürgerlichen Gruppen gilt ihnen schon als suspekt, gar eine formelle Koalition mit solchen als unbedingt verwerflich. Man geht in jenen Kreisen von der Annahme aus, dass die Sozialdemokratie den Weg zur Macht allein gehen könne und müsse. Das haben wir oft gelesen, und das ist uns neulich wieder in einer Broschüre K. Kautskys auseinandergesetzt worden, die jenen *Weg zur Macht* betrachtet und zur Verteidigung der *ultramarxistischen* Intransigenz geschrieben worden ist. Mag diese Anschauung nun ein grosses oder ein kleines Echo in der Partei wecken, sie darf auf keinen Fall von denjenigen unwidersprochen bleiben, die auf dem entgegengesetzten Standpunkt stehen. Und daher möchte ich die von K. Kautsky und seinen engeren Gesinnungsgenossen verpönte Taktik der Koalitionen mit der *verkommenen* kleinbürgerlichen Demokratie verteidigen, weil ich von ihr hoffe, dass sie die noch weite Strecke bis zur Ergreifung der Staatsgewalt durch das Proletariat erheblich abkürzen wird; unterwegs dürften freilich viele liebgewordene Schlagworte in den Chausseegraben fallen. Alle unterrichteten Sozialdemokraten sind mit K. Kautsky und Marx-Engels der Ansicht, dass »Revolutionen nicht nach Belieben gemacht werden können, sondern dass sie unter gegebenen Umständen mit Notwendigkeit entstehen und unmöglich bleiben, solange diese Umstände nicht vorhanden sind, die sich nur allmählich bilden«. Nach dem Vorbild der Meister nennt K. Kautsky die beiden notwendigsten Bedingungen für die siegreiche proletarische Machteroberung: eine hochentwickelte kapitalistische Produktionsweise, und ihr Korrelat: ein stark und zahlreich organisiertes Proletariat, das politisch hochgeschult und im stande ist die Sympathie der grossen Majorität des Volks zu erwerben. Gemäss Kautsky nun irrten sich Marx-Engels wissenschaftlich 1847 nicht, und Engels 1885 nicht, als sie diese zwei Hauptbedingungen für vorhanden annahmen, sondern sie täuschten sich nur insofern als »beide Male die revolutionäre, oppositionelle Kraft des Bürgertums von ihnen überschätzt wurde«. Wir wissen heute, wie wenig das deutsche Bürgertum noch 1847, und selbst 1885, ökonomisch entwickelt war. Woher sollte es dann nach dem Urteil Marx' und Engels', die doch entschieden und richtig an keinen

freien Revolutionswillen glaubten, die grosse revolutionäre, oppositionelle Kraft schöpfen? Es gab damals keine hochentwickelte kapitalistische Produktionsweise und deshalb auch kein zahlreich und stark organisiertes und politisch hochgeschultes Proletariat in Deutschland. Und dennoch diese Prophezeiungen von einer vor der nächsten Tür stehenden proletarischen Revolution, welche historisch durchaus unlogische Voraussage seitdem alle zehn Jahre wenigstens einmal von einem namhaften *Ultramarxisten* repetiert wurde, und die Kautsky in seinem Buch wieder für die nächste Zukunft frisch wagt!

Wie hoch muss die kapitalistische Produktionsweise entwickelt sein, damit die proletarische Staatsgewalt zur Wirklichkeit und das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln in bewusst gesellschaftliches verwandelt werden kann? K. Kautsky sagt dies nicht, sonst möchte auch seine Prophezeiung gar zu ungereimt scheinen. Ich will an seiner Stelle eine Antwort versuchen. Die Mehrzahl der Hauptzweige der Produktion muss mindestens in der Höhe der amerikanischen Stahlwerke, Bahnen und Versicherungsgesellschaften organisiert sein, ehe an die Stelle der kapitalistischen Wirtschaft die bewusst soziale und demokratische treten kann. Dieser nötige Reifegrad der Entwicklung ist selbst in den Vereinigten Staaten erst bei einer kleinen Zahl der wichtigsten Wirtschaftszweige erreicht, mithin auch noch in diesem industriell am meisten fortgeschrittenen Land vorerst nicht zu erwarten. So viele Schlupfwinkel für die Kleinbourgeoisie gibt es dort noch, in denen es die Faust des Grosskapitals wenig spürt, dass die übergrosse Masse des amerikanischen Volks, 99 % der Lohnarbeiter eingeschlossen, kleinbürgerlich weiterdenkt und handelt. Aber, so werfen die *Ultramarxisten* häufig ein, was der macht- und geldlüsterne Grosskapitalist im persönlichen Interesse (notabene diesem ursprünglichsten, kräftigsten und revolutionärsten Interesse) in Jahrzehnten nicht fertig bringt, das weiss das *selbstlose* Proletariat im Handumdrehen zu leisten, sobald es morgen die staatliche Macht erobert hat. Solchen Optimismus predigen die *Ultramarxisten*, wiewohl Marx selbst mit Recht betonte, dass die Zeit für eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsform nicht gekommen ist, ohne dass zuvor die alte sich ausgereift hat. Sehen wir etwa, wie es die *Ultramarxisten* ebenfalls vielfach behaupten, dass der Kapitalismus bereits »auf dem absterbenden Ast seiner Entwicklung« angekommen ist? Im Gegenteil, der Kapitalismus hat seit 1847 und 1885 noch ständig durch riesenhafte Pionierarbeiten und gewaltige Lebenskraft unser Erstaunen hervorgerufen.

Und wie sieht es mit der zweiten Grundbedingung für eine erfolgreiche Machteroberung seitens des Proletariats aus? Ist dieses heute genügend stark und zahlreich organisiert und politisch so geschult, dass es die Sympathie der grossen Majorität des Volks für sich hat? Leider muss auch hier die Antwort lauten: Nein, das ist wahrscheinlich nach einigen Jahrzehnten der Fall, wenn das Proletariat die isolierende Taktik der *Ultramarxisten* bald verabschiedet, der K. Kautsky im vorliegenden Buch wieder das Wort redet. Gewiss sind und bleiben auch wir *realpolitischen* Sozialdemokraten revolutionär in dem Sinn, dass wir die Ersetzung der autokratischen Privatproduktion durch eine bewusst soziale auf demokratischer Grundlage möglichst, das heisst im Einklang mit den gegebenen Entwicklungsgesetzen der Produktion, beschleunigen wollen und zu dem Zweck die politische Macht zu erlangen suchen. Wir wissen aber nicht nur, dass jene Umwandlung nicht allein von unserem

guten Willen abhängt, sondern wir erklären auch freimütig, dass wir, selbst nach einer Eroberung der politischen Macht vor Ablauf dieses Jahrhunderts, noch bei vielen Produktionszweigen warten müssen, bis sie den erforderlichen Reifegrad besitzen. Wir bilden uns daher nicht ein unter der *Diktatur des Proletariats* den Kapitalismus radikal und kurzer Hand abschaffen zu können — was auch K. Kautsky an anderer Stelle zugibt —, sondern wir werden selbst in der höchsten Machtstellung zufrieden sein müssen noch auf weitere Jahrzehnte hinaus den Kapitalismus oder die autokratische Privatproduktion neben der bewusst sozialen und demokratisch geleiteten Produktion einherlaufen zu lassen. Namentlich für die landwirtschaftliche Produktion dürfte dies zutreffen. Deshalb hat es keinen Sinn das Kleinbürgertum mit einer Umstürzelei gruselig zu machen, an die wir nicht denken. Was wir als politische Machthaber tun können und müssen, ist die Lage der Lohnarbeiter und Kleinbürger weit energischer und wirksamer zu heben als das unter dem kapitalistischen Regime möglich ist. Den Kleinbürgern helfen wir wohl am besten durch genossenschaftliche Einrichtungen, die der bewusst sozialen Produktion in die Hand arbeiten. Mithin wachsen wir selbst unter der proletarischen Vorherrschaft nur nach und nach, wenn auch in beschleunigterem Tempo, in den Sozialismus hinein. Mit Willen sage ich *proletarische Vorherrschaft* und nicht *Diktatur des Proletariats*, weil dieses, unter den genannten wirtschaftlichen Zwangsverhältnissen, wahrscheinlich noch auf lange hinaus seine politische Machtstellung mit dem linksstehenden demokratischen Kleinbürgertum teilen muss.

Die *radikalen Marxisten*, die ich die *Ultramaxisten* nenne, verkennen den sozialen Zusammenhang, und sie übertreiben, wenn sie, wie K. Kautsky, behaupten, dass das Proletariat die einzige revolutionäre Klasse in der heutigen Gesellschaft ist. Wahr ist lediglich, dass das Proletariat, auf grund seines grössten und empfindlichsten Abhängigkeitsverhältnisses vom Kapitalismus, diesen am energischsten bekämpft und insofern am revolutionärsten gesinnt sein muss, sobald es seine soziale Stellung begreifen lernt. Indes, das Kleinbürgertum, wozu, ausser den Kleinbauern und Beamten, auch die für uns als Mitkämpfer höchst wichtigen Schichten der bürgerlichen Intelligenz gehören, leidet ebenfalls in immer erhöhtem Masse durch die grosskapitalistische Wirtschaft; es sieht daher notgedrungen stets besser ein, dass der Entwicklungsgang nicht mehr zur kleinkapitalistischen Wirtschaftsform zurückführt sondern zur Grosswirtschaft auf sozialistischer Grundlage fortschreiten muss. Wegen seiner sozialen Wirtschaftsstellung ist und wird das Kleinbürgertum ebenfalls immer mehr eine revolutionäre Klasse, mit der das Proletariat notwendig paktieren muss, wenn es in absehbarer Zeit an der politischen Macht in wirksamster Weise teilnehmen will. Ohne solche interimistische Koalitionen das Proletariat zu einer fruchtbaren, dem Reifegrad der Entwicklung entsprechenden politischen Machtstellung bringen zu wollen ist nach meiner Überzeugung eine höchst unheilvolle, weil in der Tat reaktionär wirkende Illusion unserer *Ultramaxisten*. Einzig und allein durch eine kluge Taktik des Zusammenwirkens mit dem Proletariat nahestehenden bürgerlichen Parteien, mit denen man zusammen eine Koalitionsregierung bildet, zu der jede der beteiligten Parteien allein nicht ausreichen würde, kann die Sozialdemokratie, wenigstens auf Jahrzehnte hinaus, eine erhebliche Machtverschiebung zu gunsten des Proletariats



und wirksame Reformen für Lohnarbeiter und Kleinbürger durchsetzen. Zu dieser Ansicht habe ich mich nach mehr als 25 Jahren meines sozialistischen Daseins durchgerungen, und bedauern würde ich es nicht, wenn schon innerhalb des nächsten Jahrzehnts die ganze von Marx-Engels begründete sozialdemokratische Taktik eine Revolution in diesem Sinne erlebte, ja, ich würde das im besten Interesse des Fortschritts und des kämpfenden Proletariats begrüßen, das auch zu seinen und seiner Kinder Lebzeiten möglichst von den Früchten des Kampfes mitgeniessen möchte und sollte.

K. Kautsky stellt sich die Sache so vor, als ob bei einer wirksamen Evolution zum Sozialismus auf friedlichem Wege der Kapitalismus notwendig mit *allen* Machtmitteln [also doch wohl auch mit den Waffen in der Hand] einen Entscheidungskampf provozieren müsste. Allerdings setzt er dabei vorsichtig voraus, dass die ausbeutenden Klassen immer noch allein und uneingeschränkt über die Staatsgewalt verfügen. Nun braucht aber diese Voraussetzung gar nicht zu stimmen, zumal wenn das Proletariat endlich lernt alle politischen Chancen durch zielbewusste Koalitionen verständig auszunutzen. Alsdann kann es zwar auch noch zu einem gewaltsamen Entscheidungskampf kommen, jedoch wahrscheinlich ist das nicht, sobald die kapitalistischen Herren die grosse Majorität des Volks gegen sich sehen. Und hauptsächlich nach Wahrscheinlichkeiten sollte ein vernünftiger Politiker seine Taktik einrichten. Indes, unsere *Ultramaxisten* suchen den auf noch lange Zeit hinaus einzigen und fruchtbarsten Weg der proletarischen Koalitionen mit dem demokratischen Kleinbürgertum zu hintertreiben, indem sie dieses und die Kleinbürger überhaupt als unbedeutend, hirnlos und heillos willensschwach hinstellen, hingegen für das Proletariat vindizieren, dass es allein die Tugend des revolutionären Geistes besässe, die gar zu leicht durch Berührung mit der kleinbürgerlichen Demokratie korrumpiert werden und versumpfen könnte. Wo bleibt da bei den *Ultramaxisten* die Methode des historischen Materialismus? Offenbar wird sie ganz unhistorisch, zusammenhangslos oder antidialektisch, wo es gilt eine veraltete Taktik zu verteidigen, weil ihr grosse Denker zum Teil gehuldigt haben.

Die Aufhebung der Klassen oder die Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus, unser erhebendes, grosses Ziel, wird dadurch schlecht gefördert, dass man diese gewaltige Umwandlung hinmalt, als ob sie im Handumdrehen zu verwirklichen sei. Im Gegenteil, durch die Verbreitung solcher Illusionen machen wir unnötig Regierungen, Kleinbürger und viele Arbeiter gegen uns scharf und beeinträchtigen stark die zielbewusste Reformarbeit. Namentlich in den Vereinigten Staaten ist solche *ultramaxistische* Übertreibung mit ein Hauptgrund gewesen, weshalb wir dort im letzten Wahlkampf, trotz emsigster Agitation und trotz der fürchterlichsten Krise, so armselige Parteifortschritte machten. Die amerikanischen Arbeiter lauschen auch gern der *ultramaxistischen* Botschaft vom nahen Siege, sie glauben an die Aufrichtigkeit ihrer Verkünder, um diese jedoch hinterher, bei nüchterner Wiedererwägung, als Träumer zu verlachen und zur Zeit der Wahl im Stich zu lassen. Deshalb scheint es doch viel mehr angebracht bei der Verkündung unserer Ziele ausdrücklich und wirklichkeitsgemäss zu sagen, dass sie nur allmählich und schrittweise zu realisieren sind, und zwar einigermassen vollständig erst, nachdem wir wenigstens einige Generationen hindurch die politische Macht in Händen

gehabt haben. Wenn wir dann gleichzeitig die Lohnarbeiter und Kleinbürger auf die greifbaren Reformen aufmerksam machen, die wir mit ihrer Hilfe schon bald durchsetzen können, werden sie eher und zuverlässiger für den sozialdemokratischen Kampf gewonnen als durch übertriebene Verheissungen. Allerdings wird es ungleich schwieriger sein zielbewusst Realpolitik zu treiben als die schönen *ultramaxistischen* Zukunftsseifenblasen in die Luft zu schwingen. Zu bedenken ist ferner, dass wir keineswegs die Verwirklichung unseres nächsten grossen Ziels der politischen Machteroberung beschleunigen, wenn wir sie schon für die nächste Zukunft prophezeien, solange die bekannten zwei Hauptbedingungen nicht erfüllt sind. Dass dies selbst für Deutschland nicht der Fall ist, muss jeder einsehen, der nur etwas mit dem wirklichen Produktionsprozess und mit dem werktätigen Volk in Fühlung geblieben ist.


Für unheilvoll halte ich es auch, dass die vorläufig noch tonangebenden *Ultramarxisten* an der angeblich sieggekrönten, in der Tat jedoch an direkten praktischen Erfolgen für die Arbeiter so bescheidenen Isolierungstaktik *unentwegt* festhalten. Sehen wir, wie K. Kautsky diese Taktik zu verteidigen sucht. Einmal, indem er die Statistik heranzieht und zeigt, dass das Lohnproletariat in Deutschland nicht bloss die Mehrheit der Bevölkerung sondern auch der Wahlberechtigten ausmacht; dann, indem er auf die Unzuverlässigkeit des Kleinbürgertums hinweist, das mit dem Grossbürgertum noch in Imperialismus mache; und schliesslich, indem er seinen Haupttrumpf damit auszuspielen sucht, wenn er behauptet: »Das Hineinwachsen in den Sozialismus ist nur ein anderer Ausdruck für die stete Verschärfung der Klassengegensätze, für das Hineinwachsen in eine Epoche grosser, entscheidender Klassenkämpfe, die wir unter dem Namen der sozialen Revolution zusammenfassen dürfen.« Diese Epoche nun glaubt K. Kautsky jetzt wegen der kriegsgefährlichen allgemeinen Spannung im Westen und wegen der vielen Unruhen im Osten gekommen. Gewiss, die Gefahr eines fürchterlichen Weltkriegs ist heute grösser als seit langem. Doch welche Wahrscheinlichkeit spricht dafür, dass ein Weltkrieg uns die politische Vorherrschaft bringt? Ich meine erwidern zu dürfen: gar keine Wahrscheinlichkeit sondern nur eine vage Möglichkeit, nach der kein ernster Politiker seine unmittelbare Taktik zuschneiden wird. Noch nicht die Hälfte des wahlberechtigten Lohnproletariats in Deutschland stimmt für uns, die anderen Proletarier sind im Schlepptau des kleinbürgerlichen Gedankenkreises und bilden zusammen mit dem agitatorisch so stark von uns vernachlässigten Kleinbürgertum die grosse Majorität des deutschen Volks. Was liegt nun da näher als dass wir den kleinbürgerlichen Gedankensumpf zu sanieren suchen, weil wir auf diese Weise auch das übrige, so ausserordentlich zersplitterte Lohnproletariat am leichtesten und ehesten zu uns herüberziehen? Aber, nein, sagt Kautsky. Denn er meint, an dem Kleinbürgertum sei Hopfen und Malz verloren: »Wir dürfen auf dieses nicht rechnen, es wird stets ein unsicherer Kantonist sein — als Masse, vereinzelte können vorzügliche Parteigenossen sein —; seine Feindschaft gegen uns kann noch wachsen. Aber das schliesst nicht aus, dass es eines Tages, unter der Wirkung unerträglichen Steuerdrucks und eines plötzlichen moralischen Zusammenbruchs der Herrschenden, in Masse zu uns abschwenkt und vielleicht dadurch unsere Gegner hinwegfegt, unseren Sieg entscheidet.« Also ausnahmsweise lässt sich Kautsky

den Genossen aus dem Kleinbürgertum, die Marx, Engels, Lassalle, Liebknecht und Kautsky, gefallen, jedoch die Massen des Kleinbürgertums sind für die sozialdemokratische Agitation unbrauchbar; dennoch erhofft sich Kautsky das Wunder, dass das Kleinbürgertum über Nacht mal zur Besinnung kommt und in Masse zu uns abschwenkt, weil »es keinen klügeren Streich tun könnte, denn das siegreiche Proletariat hat allen jenen, die nicht Ausbeuter sind, allen Unterdrückten und Ausgebeuteten, auch solchen, die heute als Kleinbürger oder Kleinbauern vegetieren, eine gewaltige Verbesserung ihrer Lebenslage zu bieten«. Wenn die *Ultramarxisten* dem Kleinbürgertum diese verlockende und ganz richtige Aussicht bieten können, weshalb bringen sie es dann nicht durch eine entsprechende Agitation zur Besinnung, um damit zugleich die Massen der noch gegnerischen oder indifferenten Lohnproletarier zu gewinnen, die sich doch zumeist im kleinbürgerlichen Gedankengeleise bewegen? Die Antwort ist einfach: Weil das der *revolutionären ultramarxistischen* Taktik widersprechen würde. Diese baut sich nämlich auf der antidiagnostischen These der *Ultramarxisten* von einer steten Verschärfung der Klassegegensätze auf, ohne entsprechende Milderung dieser Gegensätze, so dass ganz logisch nur die Katastrophe des gewaltsamen Entscheidungskampfes übrig bleibt, die das Proletariat mit einem Schlag zur Macht ruft. Wie aber, wenn die Milderung der Klassegegensätze in dem selben Tempo und Grad zunimmt wie ihre Verschärfung? Dann verliert offenbar die gegenwärtige Taktik der proletarischen Isolierung ihre Hauptbegründung. Ich bin nämlich der Überzeugung, dass zwar die Klassegegensätze zwischen den extremen Flügeln der Gesellschaft, Grosskapitalisten und Lohnproletariern, sich stetig verschärfen, wohingegen sich gleichzeitig ebenso notwendig die Klassegegensätze zwischen den grossen Massen des Kleinbürgertums und dem Proletariat in dem selben Grade mildern, in dem diese beiden in Hinsicht auf Lebenshaltung, Existenzunsicherheit und Unzufriedenheit über die grosskapitalistische Wirtschaft sich immer näher rücken. In dieser Tatsache liegt nach meiner Ansicht unsere grösste Zuversicht auf einen unfernen Sieg der proletarischen Sache begründet. Es müsste doch merkwürdig zugehen, wenn die sonst allgemein gültigen Gesetze der dialektischen Bewegung in diesem Fall der sozialen Bewegung versagen sollten.

Versagen sie hier nicht, wie ich fest glaube, und wie Berufenerer überzeugender aufzeigen mögen — denn ich bezwecke heute nur eine Anregung zur gründlicheren Untersuchung —, dann muss unsere alte, *siegekrönte* und *ultramarxistische* Taktik eine kleine Revolution erleben, wodurch wahrscheinlich der Weg zur proletarischen Machteroberung ganz erheblich abgekürzt wird.

XX

**GEORG PAGA · JULIUS RUPP · ZUM SÄKULARTAG SEINER GEBURT AM 13. AUGUST 1909**

 RUPP aus Königsberg in Ostpreussen, an dessen Namen sich die freireligiöse Bewegung des vorigen Jahrhunderts knüpft — die freilich in ihrem weiteren Verlauf ein Zerrbild dessen geworden ist, was er gewollt hat —, und dessen Enkel Conrad Schmidt, Käthe Kollwitz und Lisbeth Stern den Lesern der *Sozialistischen Monatshefte* wohlbekannt sind, schrieb einst unter sein Bild: »Daraus, dass ein Streben zeitgemäss ist,

folgt nicht, dass es auf Beifall und Unterstützung zu rechnen hat.« Diese Worte treffen auf ihn zu, und er hat sie wohl auch mit in Hinblick auf seine eigenen Bestrebungen gemünzt. Er war also nicht der vulgären Meinung, dass nur das zeitgemäss sei, was immer die Zeit verlangt und begehrt; sondern, dass es auch etwas geben könne, was eine Zeit nicht verlangt und doch braucht. Und die Ideen, deren Dienst er sein Leben geweiht hatte, hielt er in diesem Sinn allerdings für eminent zeitgemäss und liess von ihnen nicht ab, obschon ihm nur geringe Zustimmung und Ermutigung zu teil ward. Viele werden aus seinem Verhalten den Schluss ziehen, dass er sich in bedauerlicher Selbsttäuschung befunden und sein Schicksal verdient habe, Wohlwollendere, dass er zu spät, einige vielleicht, dass er zu früh auf die Welt gekommen sei. Alle aber, die von ihm und seinem Auftreten Notiz genommen, werden darin einstimmig sein, dass sein Werk im wesentlichen gescheitert sei. Eine kurze Weile hatte es wohl den Anschein gehabt, als sollte es ihm gelingen die Mitlebenden auf seine Bahn zu reissen; sein Name war eine Zeitlang in aller Munde, gespannte Erwartungen und lebhaft Hoffnungen knüpften sich an ihn. Aber, noch stand Rupp auf der Mittagshöhe seiner Kraft, da begann das allgemeine Interesse für ihn und sein Wirken mehr und mehr zu verblassen, er geriet in fast völlige Vergessenheit und wurde erst wieder in üblicher Weise hervorgezogen, als sein Erdenleben endete und das nekrologische Geschäft seinen Vorteil ersah. Und in diesen Tagen wird die Säkularfeier seiner Geburt noch einmal die flüchtige Aufmerksamkeit des Lesepublikums ihm zuwenden. Mit anderen Worten: Rupp ist also eine Art verschollene Grösse. Und auch dabei wird manch einer noch verwundert fragen: Eine Grösse? Darauf wäre zu erwidern: In der Tat, eine Grösse; aber eine von jener seltensten Art, die nicht blenden und erregen, nicht leidenschaftliche Bewunderung und leidenschaftlichen Widerstreit hervorrufen, aber über den Wechsel der Meinungen und Interessen hinaus dauern, die für einen längeren oder kürzeren Zeitraum durch den Dunst und das schwere Gewölk, die über der Erde lagern, wohl verdunkelt werden, plötzlich aber aufs neue erstrahlen als Leitsterne, die dem suchenden und irrenden Menschen den Weg zeigen. Denn was auf Fichtes Grabstein zu lesen ist, gilt von Rupp durchaus: »Die Lehrer aber werden leuchten wie des Himmels Glanz; und die so viele zur Gerechtigkeit weisen, wie die Sterne, immer und ewiglich.«

Jeder, der über Rupp zu reden unternimmt, sieht sich einer doppelten Schwierigkeit gegenüber. Die eine liegt im Zuge unserer Zeit, die nur das versteht und zu würdigen weiss, was durchs Mikroskop beglaubigt ist, was durch das Laboratorium des Technikers gegangen ist oder sich dem Vorstellungskreis einreicht, der den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen der Gegenwart zu grunde liegt. Die Sprache Rupp's hingegen ist der Mitwelt beinahe völlig fremd geworden; denn sie appelliert an Kräfte und Anlagen im Menschen, von denen man heutzutage wenig sieht und wenig sehen will. Und eine andere und nicht geringere Schwierigkeit rührt von der Sache selbst her. Alles, was man über Rupp sagen kann, bleibt doch Stückwerk, wenn nicht die lebendige Kraft seines Geistes und die lebendige Anschauung seiner Persönlichkeit verdeutlichend, erleuchtend, steigend hinzutritt. Und bei ihm fühlt man ausserdem ganz besonders nachdrücklich, dass gleiches nur von gleichem erkannt werden kann. Was hier dargeboten werden kann, ist daher nur

das schwache Abbild einer tiefgeprägten, inhaltvollen und lebendigen Erfahrung, und wer Rupp wirklich kennen lernen und in ihn eindringen mag, der muss ihn schon in seinen Schriften aufsuchen, deren jetzt projektierte Sammlung und Herausgabe jedenfalls der grösste Gewinn dieser Säkularfeier ist.

Rupps äusseres Leben lässt sich zwanglos in drei Perioden scheiden. Die erste ist die der Ausbildung, der inneren Sammlung und einer stillen, aber fruchtbaren und verheissungsvollen Tätigkeit in beschränktem Wirkungskreise. Die zweite zeigt ihn im heftigen und weitgreifenden Kampf für seine Ideen, den er nicht gesucht, aber auch nicht gescheut hat, und lässt ihn als einen der Männer der Zeit erscheinen, auf dessen Wort man hört, der den Freunden und Anhängern Liebe und Bewunderung einflösst, den Gegnern Respekt abnötigt, dessen hohe Charaktereigenschaften Freund und Feind anerkennen. Die letzte, fast ein Menschenalter umfassende Periode endlich, in der seine Ideen und seine Gedankenarbeit völlig ausgereift und immer mehr vertieft zu tage treten, bannt ihn wieder in einen engen Wirkungskreis, wo er durch Vorbild und Lehre auf empfängliche Gemüter den nachhaltigsten Einfluss ausübt.

Rupp wurde in Königsberg geboren, in jenem Königsberg, das der Welt Immanuel Kant geschenkt hat und in seinen Mauern noch manches für die Allgemeinheit wichtige Leben sich hat abspielen sehen. Nachdem zwei ältere Geschwister unmittelbar nach der Geburt gestorben, wuchs Rupp als einziges Kind im Hause auf, wegen seiner äusserst zarten Konstitution ganz besonders sorgsam behütet. Sein Vater, der einen staatlichen Beamtenposten bekleidete, war ein Mann von strengster Gewissenhaftigkeit und Pflichterfüllung, die einem Predigerhause entstammende Mutter eine liebevolle, von tiefer Frömmigkeit erfüllte Frau; beiden Eltern bewahrte der Sohn zeitlebens die innigste Liebe, Dankbarkeit und Verehrung. Der Vater starb ihm um die Zeit, da er konfirmiert werden sollte. Noch nicht 18 Jahre alt, bezog Rupp die Universität seiner Vaterstadt, um Theologie, Geschichte und Philosophie zu studieren. Zu seinen Lehrern gehörte Herbart, den er als einen gediegenen und anregenden Forscher stets schätzte und rühmte, dessen System aber seine früh hervortretende Selbständigkeit sich nicht unterwarf. Nach vorzüglichem bestandenem ersten Examen wurde er auf Vorschlag der theologischen Fakultät als Mitglied in das Wittenberger Predigerseminar aufgenommen, was als besondere Auszeichnung galt. Die dort herrschende orthodoxe Richtung vermochte jedoch Rupp nicht in ihren Bann zu ziehen; denn in ihm lebte von Anbeginn eine eigene Kraft, die sich äusseren Einflüssen niemals gefangen gab sondern unbeirrt, wenn auch unbefangen, andere Meinungen prüfend, den ihr vorgezeichneten Weg ging. Nach 1 $\frac{1}{2}$ jährigem Aufenthalt in Wittenberg kehrte er in die Heimat zurück, promovierte zum Doktor der Philosophie, wurde Hilfslehrer an mehreren höheren Schulen und habilitierte sich zugleich mit der Schrift *De Spinozae philosophia practica* als Privatdozent für Philosophie an der *Albertina*, wo seine Vorlesungen über philosophische, historische und literarische Gegenstände ihm rasch eine zahlreiche und eifrige Zuhörerschaft erwarben. Bald darauf sicherte er sich auch die unbeschränkte Lehrberechtigung für alle Klassen des Gymnasiums, schon hierdurch eine nicht gewöhnliche Gründlichkeit und Weite der Bildung dokumentierend. Es folgten einige Jahre der Lehrtätigkeit an Königsberger Gymnasien, und Rupp erwies sich darin als ein ausgezeichnete Erzieher der Jugend, der sich vor allem

die Anregung der Selbsttätigkeit seiner Schüler angelegen sein liess und ihnen auch ein väterlicher Freund und Berater war. Namentlich war sein Unterricht in Religion und Deutsch eigenartig und vorbildlich, indem er überall bemüht war seine Schüler dahin zu bringen alle rein formale Bildung als ein Mittel zur Bildung des Charakters und ein Vehikel für ihre spätere Tätigkeit im Dienst der Allgemeinheit aufzunehmen und zu verarbeiten.

Diese ruhige, aber segensreiche Laufbahn nahm ein Ende, als Rupp im Jahre 1842 zum Divisionsprediger in Königsberg gewählt wurde und nun eine Wirksamkeit eröffnete, die eine geraume Weile die Welt in Atem hielt. Diese neue Stellung förderte sogleich die hohen Gaben des Mannes ans Licht. In kurzem war er der gefeiertste Kanzelredner Königsbergs, zu dessen von tiefem Ernst und glühender Begeisterung erfüllten und von seltener Beredsamkeit getragenen Predigten sich die Zuhörer aus allen Ständen drängten. Und bald sollte sich zeigen, dass dieser im persönlichen Verkehr so zurückhaltende und wortkarge Mann, für den allezeit die erkannte Wahrheit nicht scheu und vorsichtig zu verschliessen sondern furchtlos zu bekennen als oberstes Gesetz galt, bestimmt war die gärende Zeit in heftigste Bewegung zu bringen. Noch im selben Jahre gab er den herrschenden Mächten in Kirche und Staat das erste Ärgernis — das Anfangsglied einer langen und schweren Kette, deren sie sich nur mit der *ultima ratio* aller Machthaber, der Gewalt, oder vielmehr der mit gesetzlichen Formen drapierten Gewalt, später entledigen konnten —: er hielt zur Geburtstagsfeier des Königs in einer gelehrten Gesellschaft seine berühmte Rede über den *christlichen Staat*, wohl in Anlehnung an die Verheissung Friedrich Wilhelms IV. seinen Ruhm darin zu suchen, dass er seinem Staat den Namen eines *christlichen* erwerben wolle. In dieser Rede legte Rupp, angetan mit dem vollen Rüstzeug historischer, philosophischer und theologischer Bildung, und in den objektiven Formen, die die Gelegenheit erheischte, aber mit grösster Kühnheit und unerbittlicher Schärfe dar, wie nach dem Evangelium ein Staat beschaffen sein müsse, der auf den Namen *christlich* Anspruch erheben wolle, und stellte einem solchen christlichen Idealstaat mit voller Deutlichkeit die bisherigen sogenannten *christlichen* Staatengebilde gegenüber. Diese Rede wirkte mit elementarer Kraft, entfesselte heftige Polemik für und wider und gab das Signal zum Kampf nun auch in religiösen Dingen, nachdem im Jahre vorher Johann Jacoby mit seinen *Vier Fragen* die politische Bewegung in Fluss gebracht hatte. Die Behörden durften natürlich nicht müssig bleiben. Aber während die Militärbehörde jedes Einschreiten ablehnte, weil Rupp jene verfänglichen Äusserungen in seiner Eigenschaft als Gelehrter getan hätte, liess das Konsistorium es sich nicht nehmen wenigstens einen Schriftwechsel mit dem Missetäter zu provozieren und ihm einen halben Verweis zu erteilen. Und die Regierung gab ihren Segen dazu, indem sie die Wahl Rupps zum Direktor eines Königsberger Gymnasiums nicht bestätigte. Rupp blieb nach wie vor der gefeierte Prediger, genoss die begeisterte Verehrung seiner studentischen Hörer und die unbedingte Achtung seiner Mitbürger, bis sich zwei Jahre später sein Schicksal erfüllte. Am Krönungstage 1844 hatte Rupp wiederum an jener Stätte, wo damals seine aufrüttelnden Worte erklangen waren, die Festrede zu halten, und er wählte sich als Thema *Theodor von Hippel und seine Lehre vom christlichen Staat*, in der Absicht bei der Behandlung dieser literarischen Frage zugleich die Missverständnisse

und Entstellungen zu beseitigen, die seinen früheren Ausführungen widerfahren waren. Er rief aber damit nur wieder Militär- und Kirchenbehörde auf den Plan, von denen die erstere wieder mit Ablehnung eines Verfahrens, die andere mit einem Verweis reagierte. Rupp, der die Lage der Dinge deutlich übersah, beschloss volle Klarheit zu schaffen und sich das Recht auf Äusserung seiner Überzeugungen nicht rauben zu lassen. Seine Einsicht in die Grundwahrheit des Christentums hatte sich immer weiter geklärt und gefestigt, und er war zu der Erkenntnis durchgedrungen, dass es dieser Grundwahrheit aufs schroffste widerspräche, wenn dogmatische Ansichten und Bekenntnisse zum Massstab für den Wert des Menschen gemacht würden, während vielmehr nach Jesu Lehre des Menschen Wert allein in seinem sittlichen Tun zu suchen wäre. In den Glaubensbekenntnissen der Kirche aber erklärte das Athanasianische unumwunden jeden für verworfen und der ewigen Seligkeit verlustig, der sich nicht zum Glauben an die Trinität bekenne. Dies Bekenntnis war noch in Geltung, obschon halb in Vergessenheit geraten, bis neuerdings Hegel dem Trinitätsgedanken mit spitzfindiger Dialektik eine quasi höhere Deutung gegeben hatte. Hegelisch angehauchte Theologen hatten sich diese Deutung zu eigen gemacht, und einer von ihnen hatte sogar in Königsberg von der Kanzel herab auf grund des Athanasianums die Konsequenzen daraus gezogen und jeden für verdammt erklärt, der an die Trinität nicht glaube. Es ist Rupp mehrfach zum Vorwurf gemacht worden, dass er gegen das Athanasianum aufgetreten sei; er habe damit mutwillig und vielleicht aus ehrgeizigen Motiven, in der Sucht als Reformator zu glänzen, einen Streit provoziert, der sich um eine leere Formel drehe. Wer so urteilte, kannte Rupp ganz und gar nicht. Dass er von Ehrgeiz absolut freigewesen ist und niemals eine Rolle zu spielen beabsichtigt hat, beweist sein ganzes ferneres Leben, das sich in den Dienst einer Sache gestellt hat, bei der es Ansehn, Einfluss und Macht nicht zu holen gab; während seine hervorragenden Talente und der Einfluss, den er schon besass, ihm leicht die Wege zu den höchsten Stellen hätten eröffnen können, wenn er sich den herrschenden Mächten, die ihm bis zuletzt goldene Brücken bauten, anbequem hätte. Und man vergisst dabei, dass für Rupp eine Formel, die er zu gebrauchen und vertreten hatte, niemals eine leere Formel gewesen ist, sondern dass für ihn jedes Wort, dessen er sich bediente, der Ausdruck seiner Überzeugung war, und dass er sich niemals eines Wortes bediente, das nicht aus seinem Innern kam. Und seinem unbestochenen Blick offenbarten sich überall die tiefverborgenen und wohlverhüllten Irrtümer, mit denen böser und verkehrter Wille bald hier bald da sein Tun beschönigt hat. In der Auffassung, dass theoretische Bekenntnisse über die wahrhaft christliche Gesinnung zu entscheiden hätten, sah er einen der gefährlichsten Grundirrtümer der Kirche und war daher der Überzeugung, dass sie ihren erhabenen Beruf verfehlen müsse, solange sie sich nicht von diesem Irrtum befreit habe. Aus diesen Gründen hielt er es für Pflicht dem Konsistorium anzuzeigen, dass dieses Athanasianische Bekenntnis gegen sein Gewissen und seine Einsicht in die christliche Lehre verstosse, und dass er gewillt sei der Gemeinde diese seine Überzeugung offen darzulegen. Er tat es unmittelbar darauf am 29. Dezember 1844 in der Predigt *Der christliche Glaube ist der Glaube der Mündigen*. Angesichts dieses Vorgehens konnte das Kirchenregiment sich natürlich nicht wieder mit lahmen Verweisen aus der Schlinge ziehen. So wurde denn das Disziplinarverfahren gegen Rupp eröffnet.

es erfolgte seine Suspension vom Schulamt, und der Konflikt endete mit Amtsentlassung, »wegen wiederholter Verletzung seiner Amtspflichten aus grober Fahrlässigkeit und wegen beharrlicher Weigerung die ihm vorgehaltenen Vergehungen als solche zu erkennen und zu geloben, dass er fortan ähnliche Fehltritte zu vermeiden bestrebt sein werde«. Auf die Bedingung von einem Rekurs an den Minister Abstand zu nehmen und dann noch für 2 Jahre ein Wartegeld zu erhalten ging Rupp nicht ein, sondern er rekurrierte, natürlich ohne Erfolg, und überliess sich einer ungewissen Zukunft, obwohl er Frau und 6 Kinder zu ernähren hatte. Da die wiederholte Wahl Rupps zum Prediger der deutsch-reformierten Kirche die Bestätigung nicht gefunden hatte, traten seine Anhänger, die ihn nicht entbehren mochten, am 19. Januar 1846 zu der ersten freien Gemeinde auf dem Boden der evangelischen Kirche zusammen, hiermit davon Zeugnis ablegend, dass sie die Forderungen und Überzeugungen der evangelischen Kirche anerkannten, aber das Prinzip des Protestantismus, das jedem die selbständige Prüfung aller religiösen Fragen zuerkennt, durch die Landeskirche nicht gewillt waren sich verschränken zu lassen. Die Mitglieder dieser neuen Gemeinschaft gestanden jedem die volle Freiheit der religiösen Überzeugung zu, wie sie ihm seine individuelle Anlage vorschrieb. Das gemeinsame Band sollte einzig das Streben sein sich gegenseitig in der Erkenntnis und Vertiefung des religiösen Lebens zu fördern und diese Erkenntnis in die T a t umzusetzen.

Diese Frühzeit der Gemeinde war eine grosse und von glühendem Enthusiasmus erfüllte Zeit. Von der Polizeigewalt aufs ärgste gehindert, verfolgt, gehetzt, waren ihre Mitglieder doch voll Freudigkeit und Hingabe an die hohe Idee der Befreiung des Geistes vom Irrtum und der Läuterung des Lebens zu einem Abbild der Gottergebenheit. Charaktervolle Männer und hochsinnige, hochbegabte Frauen standen Rupp zur Seite, der wie ein Prophet anfeuerte, tröstete, stärkte, half, lehrte und arbeitete, wie nur ein Mensch arbeiten kann, in jedem Augenblick die ganze Kraft einsetzend. Für den Unterhalt seiner Familie noch mit durch Unterrichten sorgend, zahlreiche Versammlungen abhaltend, bisweilen heimlich im Morgengrauen eine Taufe oder Trauung vollziehend — geistliche Amtshandlungen waren ihm untersagt —, fand er noch Musse zu Studien und reicher schriftstellerischer Tätigkeit. Da diese Gemeinde kein religiöses Bekenntnis hatte, wurde sie als politischer Verein erklärt. Die von Rupp vollzogenen Ehen wurden für Konkubinate, die aus diesen Ehen entsprossenen Kinder als uneheliche erklärt. Rupp ward nach einander aus dem *Gustav Adolf-Verein* ausgeschlossen, aus der Freimaurerloge ausgestossen und ihm nach 19jähriger erfolgreicher Tätigkeit als Privatdozent die *venia legendi* entzogen; ausserdem wurden mehrfach Geldstrafen und Gefängnishaft über ihn verhängt. Er blieb unerschüttert. Wie sehr aber eine solche Gemeinde für die herrschenden Gewalten eine Gefahr bedeutete, beweist die *Lebensordnung für die freie Gemeinde*, in der allgemach eine Ersetzung der staatlichen Funktionen der Rechts-, Unterrichts-, Armenpflege usw. durch freiwillige Leistungen der Gemeindemitglieder angestrebt wurde. Der kluge Theoretiker des Konservatismus, der Berliner Rechtslehrer Julius Stahl, erkannte diese Gefahr sofort, polemisierte in seiner Vorlesung aufs heftigste gegen derartige Tendenzen und verlangte, der Staat solle um seiner selbst willen diese revolutionären Gebilde vom Erdboden vertilgen.



Die Regierung aber kannte ihre Pflicht schon. Als alle Drangsalierungen nichts verfrühen, schloss sie 1851 die Gemeinde als politischen Verein, und das Gericht bestätigte in beiden Instanzen diesen Beschluss, weil die Voraussetzung eines religiösen Bekenntnisses, unter der religiöse Gemeinschaften von der Verfassung gewährleistet würden, hier nicht erfüllt wäre. Eine kleinere Anzahl der Anhänger dieser ersten Gemeinde, die eine festere Gemeinschaft nicht auf die Dauer entbehren mochten, verstanden sich dazu, jeder für sich, ihr religiöses Bekenntnis der Behörde einzureichen und damit der geforderten Bedingung für einen Zusammenschluss zu genügen. Rupp selbst war entschieden dafür die alte Gemeinde in ganz freier Form, auch ohne staatliche Anerkennung und voraussichtlich überall der Polizeiwillkür preisgegeben, weiter bestehen zu lassen. Schliesslich fügte er sich aber und ward der Prediger dieser zweiten Gemeinde, die 1853 die Genehmigung fand. Auch sie hatte noch lange unter Verfolgungen und Schikanen zu leiden, bis die sogenannte *neue Ara*, die mit der Prinzregentschaft Wilhelms I. einsetzte, hierin Wandel schuf.

Dieser Gemeinde war fortan Rupp's ganze Wirksamkeit gewidmet. Noch einmal wurde er ihr für kurze Zeit entzogen, indem seine Vaterstadt ihn 1862-1863 in das Abgeordnetenhaus entsandte, nachdem er schon 1849 der zweiten Kammer angehört hatte. Er schloss sich der Fortschrittspartei an und bewährte sich als Redner und in den Kommissionen als einer der hervorragendsten Politiker jener an solchen Männern nicht armen Zeit. Bereits 1863 legte er sein Mandat nieder und enttäuschte damit schwer die Hoffnungen, die der Liberalismus auf seine mächtige Persönlichkeit gebaut hatte. Seitdem galt er dem Liberalismus als ein toter Mann und wurde von der Parteipresse beharrlich totgeschwiegen, so oft er auch noch bei bedeutsameren Anlässen seine gewichtige Stimme in freigemeindlichen Organen erhob. Der weiteren Öffentlichkeit ward er immer mehr entrückt, galt aber in engeren Kreisen Königsbergs als eine bedeutende Persönlichkeit, der gegenüber man eine aus Scheu, Achtung und Bedauern gemischte Stimmung empfand. Ab und zu hielt er wohl öffentliche Vorträge und Vortragszyklen über Gegenstände der Philosophie, Literatur und Geschichte, deren geistvolle, gedankenreiche und eigentümliche Art Zuhörer aus allen Kreisen anzog, während zu seinen regelmässigen Vorträgen innerhalb der Gemeinde nur hie und da ein Aussenstehender sich einstellte, und ein stärkerer Andrang nur stattfand, wenn er dabei zu besonders brennenden Fragen der Zeit oder besonderen Gelegenheiten Stellung nahm. Sein eigentliches Leben aber ging fortan in der Gemeinde auf, in deren Dienst er sich auch als Herausgeber und Hauptmitarbeiter einer Reihe von Zeitschriften stellte. 1884 schied er von dieser Welt, halb erblindet und fast der Sprache beraubt, bis zum letzten Augenblick tätig und schwere Leiden wie ein Held und Weiser gelassen tragend.

Rupp's gesamtes Gedankenleben war von der Idee der Freiheit beherrscht, und er sagte wohl gelegentlich von sich, dass er nur die eine Aufgabe hätte den Zeitgenossen das Wesen und die Bedeutung dieser Idee zu verkünden, nach allen Seiten hin zu erläutern und einzuprägen. Vom Standpunkt dieser Idee aus unterwarf er das Einzelleben des Menschen, die weltgeschichtlichen Vorgänge und Bewegungen, alle Manifestationen des Menschengestes in der Kultur einer in die Tiefe gehenden Kritik und Betrachtung. An allen Vor-

urteilen und Theoremen, die der Anerkennung dieser Idee entgegenstehen oder entgegenzustehen scheinen, war er bemüht die Widersprüche, Verkehrtheiten und Gefahren aufzuzeigen, aber in dem klaren Bewusstsein natürlich, dass am letzten Ende die Idee der Freiheit ein Glaube sei, den man haben oder ablehnen könne, für den es einen zwingenden theoretischen Beweis nicht gebe. Es war jedoch seine Überzeugung, dass die konsequente Bewährung dieses Glaubens am vollkommensten das Rätsel des Daseins löse und jene in sich übereinstimmende vernünftige Ordnung aller Dinge herbeiführe, um die sich Denker und Dichter und Männer der Tat so vielfach und so vielfach vergeblich bemüht haben. Rupp entwarf die Grundlinien eines unter der Idee der Freiheit geordneten Menschenlebens, und wenn einer zu dieser Aufgabe berufen war, so war er es; denn Leben und Lehre waren in ihm völlig eins, jedes der getreue und vollkommene Ausdruck des anderen.

Rupp ganz eigentümlich ist die Auffassung, dass der eigentliche Gehalt von Jesu Lehre nicht ein Komplex von Vorstellungen, Meinungen und Forderungen sei, die sich allein oder vorzugsweise auf das religiöse Leben des Menschen beziehen, sondern eine einzige Wahrheit, eben die der Autonomie und Freiheit, ein Lebensprinzip, das die Aufgabe habe das gesamte Leben des Menschen zu durchdringen und umzugestalten. Immer wieder hob er hervor, dass dieses Freiheitsprinzip von Jesus zuerst in das Bewusstsein der Menschheit gebracht und von ihm am vollkommensten vertreten sei, und hing daher bis zum letzten Atemzug in pietätvoller Hingebung an ihm, so unbefangen und dankbar er auch die Leistungen und Verdienste anderer grosser Lehrer der Menschheit zu würdigen wusste.

Zwei Aussprüche waren für Rupp der Inbegriff der Lehre Jesu: »Wie der Vater das Leben in sich selbst hat, so hat er auch dem Sohn [das heisst dem Menschen, nach der Interpretation Rupp] das Leben gegeben zu haben in sich selbst.« Und: »Ich [das heisst jeder, der mit mir eines Sinnes ist] und der Vater sind eins.« Der erste besagte ihm, dass als sein eigentliches Wesen im Menschen eine Kraft lebe, die von dem Kausalgesetz der Natur völlig unabhängig sei. Der andere, dass der Mensch, sofern er dem Gesetz im eigenen Busen gehorsam sei, mit Gott eines Wesens sei; woraus natürlich auch die Wesensgleichheit der Menschen unter einander folgt, die von eminenter praktischer Wichtigkeit für das Zusammenleben der Menschen sein muss. Rupp's weiterer Gedankengang auf grund dieser Lehre war folgender: In jedem Menschen ist ein Übersinnliches und ein Sinnliches verkörpert, Geist und Natur, wie er sich auszudrücken pflegte. Diese beiden Elemente des Menschenwesens sind aber insofern nicht als dualistisch zu denken, als ein Widerstreit zwischen ihnen in keiner Hinsicht stattfindet. Weder ist, wie die altkirchliche Doktrin will, die Natur (das sündige Fleisch) ein Hindernis für die Entfaltung des Geisteslebens noch kollidieren die Gesetze und Forderungen des Freiheitslebens mit den ewigen Gesetzen der Natur, wenn die letzteren ihren eigenen Gang vollenden, ohne missbräuchliche Eingriffe von seiten der menschlichen Freiheit zu erfahren. Der Wille im Menschen hat seine Impulse lediglich von dem Sittengesetz zu empfangen, und solange er dies tut, geht die Natur im Menschen ruhig ihren vorherbestimmten Gang, ein klares Spiegelbild des übersinnlichen Lebens. Der Spiegel trübt sich erst, und es tritt Verwirrung ein, wenn der Mensch seine Impulse in der Natur

sucht und Zwecke der Natur zu unbedingten Bestimmungsgründen seines Willens erhebt. Es fallen einem Goethes Worte hierbei ein:

»Den Sinnen hast du dann zu trauen;  
Kein Falsches lassen sie dich schauen,  
Wenn dein Verstand dich wach erhält.  
Mit frischem Blick bemerke freudig,  
Und wandle sicher wie geschmeidig  
Durch Auen reich begabter Welt.«

Der Selbsterhaltungstrieb ist auch im Menschen, soweit er Natur ist, das herrschende und treibende Gesetz. Er offenbart sich in ihm in 3 Hauptformen: dem religiösen Trieb, der seine Befriedigung von höheren Mächten erwartet, und von selbst alle Vorstellungen, Formen und Vorkehrungen hervorbringt, die diesem Bedürfnis dienen; dem Geselligkeitstrieb, der alle Beziehungen des Menschen zum Menschen entwickelt (Familie, Nation, Staat usw.), dem Bildungstrieb, der alle dem Menschen innewohnenden Naturkräfte zur Entfaltung bringt (Wissenschaft, Kunst usw.). Nach der Ansicht Ruppss steht keine dieser natürlichen Entwicklungsformen der Selbstbestimmung im Menschen näher als die andere, keine wird von ihr besonders bevorzugt; sie offenbart sich und kann sich in allen in gleicher Weise offenbaren.

Einen absoluten Wert hat daher eine Religion als solche niemals sondern nur insofern als ihre natürlichen Bildungen in Vorstellungen, Vereinigungen, Forderungen das Abbild einer Zeit oder einer Gruppe von Menschen sind, die durchaus dem Sittengesetz auch hierbei folgen und in innigster Verbindung mit ihm ihr religiöses Leben ausgebildet haben. Doch ist auch dies so zu verstehen, dass niemals diese ausgebildeten Formen an sich und fortdauernd als Abbilder guten Willens nun auch fortdauernd als bestimmend für den Willen zu gelten hätten, sondern nur insofern sie immer aufs neue als Manifestationen eines autonomen Strebens angesehen und erprobt werden. Ebenso wenig hat das Gemeinschaftsleben des Menschen an sich absoluten Wert mit seiner Moral der Eigenliebe, wie Rupp sie nennt, die nach dem Grundsatz *Was du nicht willst, das man dir tu; das füg auch keinem andern zu!* aufgebaut ist und alle die Rechtsvorschriften umfasst, die das Zusammenleben regeln. Und das selbe gilt von allen Kulturschöpfungen in Wissenschaft, Kunst usw. Überall offenbart sich das Prinzip der Selbstbestimmung, offenbart es sich, ob rechte oder falsche Selbstbestimmung wirksam gewesen ist. Und wenn die letztere stattgefunden hat, so zeigt sich das immer daran, dass der ursprüngliche Zweck und die Absicht der Natur verwirrt wird und Irrtum, Zwiespalt, Misslingen, Selbstvernichtung eintreten. Die Welt ist vollkommen überall, wo der Mensch nicht hinkommt mit seiner Qual, das heisst sie nicht zu einer Qual macht, das war auch Ruppss Überzeugung. Und er war weiter mit Jesus der Überzeugung, dass die Welt, wie sie tatsächlich in ihren Gesetzen, Einrichtungen, Sitten sich darstellt, im allgemeinen ein Gewebe von Irrtum, Verkehrtheit und Verworrenheit ist, woran Eigensucht und gottentfremdetes Wesen des Menschengeschlechts im Laufe der Zeiten gewebt haben, die natürliche Ordnung der Dinge umkehrend und zerstörend. Er war mit Jesus der Überzeugung, dass diese Welt allmählich überwunden werden muss.

Aus dem angedeuteten Gedankengang ergibt sich Ruppss Stellung zu den Kirchen, Konfessionen, Dogmen, Kulturformen von selbst. Überall, wo sie

Selbstzweck zu sein beanspruchen, verwarf er sie unbedingt und liess sie nur gelten, insofern sie ihm als getreuer Ausdruck des Gehorsams gegen das göttliche Gesetz bei gewissenhafter Prüfung erschienen. Er verwarf daher in religiösen Dingen jeden Zwang, bis auf den verstecktesten moralischen hinab, und erachtete keine religiöse Gemeinschaft als zulässig, wenn sie nicht als obersten Grundsatz völlige und konsequente Freiwilligkeit aufrichtete. Dabei blieb ihm natürlich nicht verborgen, wie sehr die realen Verhältnisse diesem Ideal entgegenstehen. Und eben deshalb vertrat er die Ansicht, dass diejenigen Menschen, die sich zum Bewusstsein der Freiheit durchgerungen, freiwillig zu einer Gemeinschaft zusammentreten sollten, in der durch gegenseitige Mitteilung der Ergebnisse des Gewissenlebens der einzelnen alle in ihrer Erkenntnis gefördert und geklärt werden, in der einer den andern durch sein Vorbild anregen sollte Erkenntnis in Taten umzusetzen, in dem die Schwächeren erhoben, die allzu Kühnen' gezügelt, alle aber in dem Streben das Dasein zu einem Abbild des Ewigen zu gestalten verbunden sein sollten. Solche Gemeinden sollten die Keime bilden für eine Erneuerung des sittlich-religiösen Lebens überhaupt, das nach und nach alle Sitten, Gesetze durchdringen und umbilden muss. Dass innerhalb einer derartigen Gemeinde der Prediger nur diejenige Autorität hat und haben darf, die sein sittlich-religiöses Verhalten ihm erwirbt, versteht sich von selbst.

Diese Grundanschauungen hat Rupp jederzeit mit unbeirrter und unerbittlicher Konsequenz durch sein Wirken innerhalb der Gemeinde und durch eine umfassende schriftstellerische Tätigkeit vertreten.

Will man seine historische Bedeutung kurz charakterisieren, so kann man sagen: Er erscheint zunächst als Vollender der Kantischen Sittenlehre, die er von den ihr noch hiè und da anhaftenden Resten eudämonistischer Auffassung (Idee des höchsten Gutes) läuterte. Auf der anderen Seite ist er der Fortbildner und Vollender der Lessingschen Theologie. Die Unterscheidung zwischen christlicher Religion und der Religion Christi, die Lessing forderte und andeutete, führte Rupp mit tiefdringender, gewissenhafter Gedankenarbeit durch und legte sie in zahlreichen Aufsätzen von mustergültiger Klarheit und Sachlichkeit der Diktion nieder. Diese Gedankenarbeit harret nur der Zusammenfassung, um vielleicht die tiefste, originellste und getreueste Darstellung der Lehre Jesu zu sein, die wir überhaupt besitzen. Und ebenso liesse sich aus seinen Aufsätzen eine tiefsinnige Phänomenologie des guten und bösen Willens zusammenstellen, die dann in unserer Literatur wenig ihresgleichen haben würde.

Warum hat Rupp verhältnismässig so geringen Einfluss ausgeübt? Die Frage liegt nahe. Man kann zu ihrer Beantwortung allerlei äussere Gründe heranziehen: die das Verständnis erschwerende philosophische Form, in die er seine Lehre kleidete, die Abgelegenheit seiner Wirkungsstätte von den Zentren des geistigen Lebens in Deutschland, die immer stürmischer sich hervor-drängenden Forderungen der Zeit auf politischem und sozialem Gebiet, denen die von ihm angestrebte radikale, aber allmähliche Umgestaltung des öffentlichen Lebens viel zu langsam und problematisch erschien, endlich die Gleichgültigkeit des Liberalismus, der ihn fallen liess und totschwieg, als er von dem Politiker Rupp nichts mehr glauben zu dürfen. Und wahr ist es ja, dass der Liberalismus ebenso verständnislos und indifferent wie er sich

später angesichts der sozialen Frage erwies, hier gegenüber der religiösen Frage war und nicht begriff, dass die Reaktion wirksam nur bekämpft werden könne, wenn man sie auf allen Gebieten ihrer Betätigung zu überwinden sucht, und dass das Bündnis von Staat und Kirche eines der Haupthindernisse des Fortschritts ist. Der triftigste Grund für die geringe Ausbreitung und Nachhaltigkeit seines Wirkens wird wohl aber darin zu finden sein, dass Rupp das sittliche und religiöse Ideal in solcher Reinheit und Unmittelbarkeit aufstellte und verkörperte, dass ein Zeitalter, in dem der Materialismus die Rätsel des Daseins am besten lösen zu können vorgab, dass ein solches Zeitalter ihn nicht hören mochte, weil es ihn nicht verstand und noch weniger gewillt gewesen wäre ihm zu folgen. Es nahm ihn bestenfalls für einen Schwärmer und Phantasten, der über seinen Träumen von Vervollkommnung des Menschen die rauhe Wirklichkeit vergass, und behandelte ihn danach.

In Wahrheit steckte in Rupp weder Schwärmerei nach Phantasterei sondern die unerschütterliche Festigkeit im Bewahren einer grundsätzlichen Überzeugung, der Überzeugung von der Autonomie des Menschen, während er im übrigen der Relativität der sogenannten *Überzeugungen* eine erheblich weitere Ausdehnung zugestand als die meisten sonst. Aber für die anderen gibt es eben, bei Lichte besehen, oder wenn die Feuerprobe gemacht wird, überhaupt nur eine Relativität und daneben die oft bequeme Weisheit, dass alles im ewigen Flusse befindlich sei. Also nichts war an ihm Schwärmerei und Phantastik, vielmehr war das frappierend Charakteristische an ihm gerade die Wahrnehmung, dass er auf der einen Seite unbeugsam an der hohen Bestimmung des Menschen festhielt und von glühendem Enthusiasmus für die Welt der Ideen erfüllt war, und auf der anderen Seite eine Schärfe, Kälte und Nüchternheit in der Beurteilung der Menschen und Verhältnisse an den Tag legte, wie man sie sonst nur an grossen Menschenverächtern gewohnt ist. Rupp war ein Menschenkenner ersten Ranges; er kannte den Menschen und kannte die Menschen aus der Erfahrung und aus tiefgehender vorurteilsloser Betrachtung der Geschichte. Überall ging sein Urteil den Dingen auf den Grund; denn seinen umfassenden Verstand unterstützte die Freiheit und Unabhängigkeit des Gemüts, die sich aller Illusion für immer entschlagen hat und festen Blicks der Wahrheit ins Gesicht sieht.

Dass dies keine übertriebene Behauptung ist, dafür mögen beispielsweise folgende Tatsachen sprechen. Als Rupp 1862-1863 Abgeordneter war, sah er sehr bald ein, dass dem Ministerium Bismarck die schönsten Reden und Argumente niemals imponieren würden, dass schwere und erbitterte Kämpfe bevorstünden, und dass der Liberalismus sich diesen Kämpfen nicht gewachsen zeigen würde. Darum legte Rupp sein Mandat nieder; um nicht durch eine unfruchtbare politische Tätigkeit in dem Wirken für seine Hauptaufgabe, die Königsberger Gemeinde, behindert zu werden. In der ersten Gemeindeversammlung nach seiner Rückkehr sprach er über das Thema *Reden ist Silber, Schweigen ist Gold*. Hat die weitere geschichtliche Entwicklung ihm hierin völlig recht gegeben, so bestätigte sie seine Voraussicht auch darin, dass er zu einer Zeit, wo sonst niemand auf die Bedeutung nationalökonomischer Studien acht hatte, die jüngeren Leute seines Kreises mit Nachdruck auf die Notwendigkeit der Beschäftigung mit dieser Wissenschaft hinwies; es sei die Wissenschaft, die in den kommenden Dezennien eine Hauptrolle zu spielen

berufen wäre. Auch das ist ein Zeugnis für seine Einsicht in die Verhältnisse, dass er, obwohl selbst von demokratischer Gesinnung erfüllt und voll Hochachtung vor Johann Jacoby und seinem mannhaften Wirken, doch den Standpunkt vertrat, dass Jacoby eine viel zu hohe Meinung vom *Volk* habe, das noch keineswegs zur Durchführung der Demokratie reif sei. Der religiöse Schwärmer Rupp hat auch da klar gesehen, klarer sogar als der praktische Politiker. Wie man sich aber auch zu Rups Lehre und praktischer Wirksamkeit stellen mochte, eins konnte ihm niemand streitig machen: dass er unter den vielen durch Geist, Talent und Charakter hervorragenden Männern der vierziger und fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts einer der bedeutendsten überhaupt war und an Charakter sie alle weit hinter sich liess. Dem Eindruck seiner grossen Persönlichkeit konnte sich niemand entziehen.

Unter seinen natürlichen Anlagen ragte seine Beredsamkeit am glänzendsten hervor. Rupp war ohne Frage einer der ersten Redner der Zeit. Seine Beredsamkeit hatte aber nichts von jener Wortgewandtheit, Beweglichkeit der Phantasie und Routine in der Formulierung und Gruppierung des Stoffs an sich, die oft als Beredsamkeit angesprochen werden. Seine Rede war vielmehr im ganzen und in allen einzelnen Teilen der Ausdruck energischer Gedankenarbeit. Die Vorstellungsmassen und Begriffe, die ihm auf fast allen Gebieten in reicher Fülle und eminenten Klarheit zur Verfügung standen, ordneten sich ihm rasch und sicher unter die allgemeinen Gesichtspunkte, die in der Sache selbst gegeben waren, und wurden beherrscht von einer logischen Schärfe des Denkens, die den feinsten Verzweigungen und Abgrenzungen der Begriffe nachging. Dabei gebot er über den ganzen Wortschatz der deutschen Sprache souverän, wählte aber stets nur das treffende Wort für das, was er sagen wollte, und verschmähte jede Redefloskel und lediglich schmückende Wendung. Die Begeisterung für die Welt der Ideen, die fortdauernd in ihm lebte, stand fort und fort unter der Disziplin seines Gewissenlebens; wenn sie sich aber für Augenblicke seiner Herrschaft entzog und Macht über ihn gewann, strömte eine Fülle der erhabensten und ergreifendsten Bilder aus seiner Rede hervor, die den Hörer unwiderstehlich mit sich fortriss und tiefer erschütterte als es jemals der bedeutendste blosser Kunstredner zu tun im stande ist. Charakteristisch ist für seine Beredsamkeit, dass sie allemal mit feinstem Takt der Gelegenheit angepasst erschien, und eine wesentlich andere war, wenn sie in einem religiösen oder politischen Vortrag, wenn sie auf dem Katheder der Universität oder in einem wissenschaftlichen Kränzchen oder bei geselligem Anlass, wo auch der Humor zu seinem Recht kam, sich manifestierte. Und so verschieden zeigte sich Rupp bei so verschiedenen Gelegenheiten, dass er jedesmal als ein völlig Neuer erschien. Immer aber stand hinter jedem Wort, das er sprach, der ganze Mann. Hinzugefügt mag werden, dass seine Worte von einem Organ getragen wurden, dessen Biagsamkeit, Wohllaut und durchdringende Kraft auch äusserlich die Hörer schon gefangen nahm.

In seinem intellektuellen Wesen erinnerte Rupp häufig an Kant und Lessing. In der Schärfe und kritischen Sönderung des Denkens, das jeder Vermischung des Ungleichtartigen und jeder voreiligen Verbindung des Verwandten widerstrebte, in der strengen systematischen Darstellung seiner Gedanken steckt Kantische Art. An Lessing erinnert seine vielseitige, scheinbar fragmentarische Beschäftigung mit der Wissenschaft, die er bald von dieser bald von

jener Seite angreift, wobei er mit eminenter Sicherheit das Wesentliche erfasst, ohne die Einzelforschung zu verschmähen. Mit Lessing teilt er die Breite der Bildung und die Interessiertheit für das Wissen und zugleich die völlige Freiheit von jeder Überschätzung der rein intellektuellen Tätigkeit. Auch er war, wie Lessing, der *Freieste der Freien*. Mit beiden gemeinsam ist ihm die Energie und Tiefe des Denkens, die überall auf den Kern der Sache geht und schwierige Gedankenkomplexe klar aus einander legt, mit beiden auch die Gewandtheit und Subtilität der Dialektik, die jeder Aufgabe gewachsen ist und vor keiner zurückschreckt.

Das Unvergängliche an Rupp ist seine sittliche Grösse. Er war ein moralisch vollkommener Charakter; und alle, die seinen Wandel auf Erden schauen durften, mussten inne werden, dass sich in ihm das absolut Gute verkörpert hatte. Dies prägte sich in seinem Leben im ganzen aus und in jeder seiner einzelnen Äusserungen, es sprach aus der Würde seiner äusseren Erscheinung, in der alle Triebe gebändigt waren. Keine Macht der Erde hatte Gewalt über ihn, und er wäre bereit gewesen für seine Überzeugung jederzeit sein Haupt auf den Block zu legen, wie er jederzeit Verfolgungen willig auf sich genommen für seine Überzeugung, gegenüber allen Schlägen des Schicksals, allen körperlichen Leiden eine hohe Gefasstheit und Ergebenheit bewiesen hat. Wer Rupp gekannt hat und das Ideal wahrer Menschengrösse sich vorstellen will, wird unwillkürlich das Bild einer Persönlichkeit entwerfen, die in allen Stücken Rupp's Züge trägt; oder wenn er Rupp's Bild sich vergegenwärtigen will, wird er von selbst das Ideal wahrer Menschengrösse zeichnen. Rupp gehörte mit Sokrates, Jesus und Lessing zu den wenigen durchaus erhabenen Charakteren, von denen uns die geschichtliche Überlieferung zu berichten hat. Er hat sich aber nicht zur Vollkommenheit durchringen und mühsam der widerstrebenden Leidenschaften seiner Natur Herr werden müssen wie Sokrates. Auch war er nicht so geartet wie Lessing, der jeden Augenblick seine Würde wegwerfen durfte, weil er gewiss war sie in jedem Augenblick wieder ergreifen zu können. Rupp war sich vielmehr von früh an seiner Pflicht aufs deutlichste bewusst, und es wird in seinem Leben keine Handlung nachzuweisen sein, die nicht der Ausfluss seines Pflichtbewusstseins war; aber er überliess sich niemals sorglos dem Zuge seiner Natur sondern war immer und überall gewappnet gegen die Täuschungen und Verlockungen, die die Natur dem Menschen vorspiegelt, wenn er nicht auf seiner Hut ist. Am meisten Ähnlichkeit dürfte Rupp in der individuellen Prägung seines Wesens mit der Persönlichkeit gehabt haben, als die wir uns Jesus denken.

In seinem persönlichen Gebaren zeigte Rupp bei aller Schlichtheit, Güte und taktvollen Liebenswürdigkeit und der wahrhaft brüderlichen Gesinnung, die ihn gegen jedermann beseelte, etwas unnahbar Ernstes, Strenges und Hohes, das doch eine unsichtbare Scheidewand zwischen ihm und den anderen aufrichtete. Der Kampf mit dem widrigen Schicksal, der ihm auferlegt war, sein in die Tiefen des Lebens, der Welt und der Menschenseele dringender Blick, für den es keine lindernden Täuschungen und beglückenden Illusionen gab, hatten ihm einen Ernst aufgeprägt, der nur in den Momenten geselligen Verkehrs kindlich-unbefangener Heiterkeit wich. Mit sich und seinem Gott vollkommen im Einklang, hat er doch wohl das schmerzliche Bewusstsein mit sich herumgetragen, wie verworren und nichtig das Treiben der allermeisten

Menschen sei, wie sehr die Menschheit immerfort von der Bahn abirre, die sein gotterfüllter Geist als die allein notwendige vor sich sah; und sein empfindendes Gemüt wird oft tief davon ergriffen gewesen sein, dass er so wenig im stande sei den Menschen zu helfen, weil sie den notwendigen Entschluss sich selbst zu helfen und dem Guten zuzuwenden nicht zu fassen vermochten. Der selbe Mann, der so oft die Schönheit und Herrlichkeit der Welt bekannt und gepriesen hat, hat auch die inhaltsschweren Worte einmal gesagt: »Die Atmosphäre dieser Erde ist nicht danach angetan die Gefallenen zu erheben.« Und: »Das Leben der meisten Menschen ist so beschaffen, dass sie das Dasein hassen und den Tod scheuen.«

Mag eine persönliche Erinnerung diesen charakterisierenden Rückblick beschliessen. An einem Charfreitag hatte Rupp eine seiner herrlichsten und gedankenvollsten Betrachtungen gehalten. Dem Vortrag schloss sich das Abendmahl an »zur Erinnerung an den Meister, dessen Leben und Lehre wir alle das Höchste verdanken«. Als es vorüber war, entliess Rupp die ernstgestimmten Hörer mit den Schlussworten des Requiems für Mignon: »Schreitet, schreitet ins Leben hinaus, nehmt den Ernst, den heiligen, mit hinaus; denn der Ernst, der heilge, macht das Leben erst zur Ewigkeit.« Es sind mehr als 25 Jahre seither verflossen, und die Einzelheiten jenes Vorgangs bereits in meinem Gedächtnis verblasst; aber mit greifbarer und immer aufs neue ergreifender Deutlichkeit steht die Erschütterung, die mein Gemüt in jener Stunde durch Rupp erfuhr, vor meinem inneren Auge. Es war keinerlei sentimentale Regung dabei, kein zufälliges Zusammentreffen dieses Eindrucks mit momentaner Stimmung des Gemüts, sondern ein Erlebnis, das sich nur dahin kennzeichnen lässt, dass ich für einen Augenblick das Heilige vor meinem Blick gewahrte, das sich in einem erhabenen Menschen verkörperte. In Stunden der Einkehr mitten in einem Leben, das mich vielfach auf ganz andere Bahnen geführt hat, erscheint mir noch immer jenes Erlebnis als das tiefste und bedeutendste meines inneren Lebens. Kein Pathos der Rede, keine Gebärde des Nachdrucks unterstützte damals jene Worte Goethes, die Rupp mit seltsam verklärtem Antlitz und leise zitternder Stimme sprach; still, mit überwältigender Überzeugungskraft drangen sie aus der tiefsten Tiefe einer erhabenen Menschenseele hervor, und mir war, als sähe ich einen Augenblick die ganze Nichtigkeit und Flüchtigkeit des Erdenlebens und -strebens und zugleich die Herrlichkeit der Ideenwelt unverschleiert vor mir liegen.

XX

## ROMAN STRELTZOW : DIE ANDERE FRAKTION DES RUSSISCHEN SOZIALISMUS

**R**OSTLOS ist die Lage, in die die *sozialrevolutionäre* Partei, die neben der Sozialdemokratie die bedeutendste Gruppe im russischen Sozialismus war, durch die Entlarvung Asews geraten ist. Ihre Organisation ist nahezu völlig zerrüttet. Die Parteiführer, die einem Offiziersstab ohne Armee gleichen, strengen nun ihre Kräfte auf das äusserste an, um der um sich greifenden Demoralisation Herr zu werden. Es wird aber, wie es scheint, noch viel Zeit und Mühe kosten, bis wieder etwas Lebensfähiges aufgerichtet wird; vorausgesetzt, dass eine Aufrichtung überhaupt möglich ist, was viele aus guten Gründen stark bezweifeln.



Unter normalen Verhältnissen wäre es nach der Affäre Asew selbstverständlich, dass die so kompromittierte Parteileitung einen ausserordentlichen Parteitag hätte einberufen müssen, der die Geschäfte der Partei und ihre Organisation einer gründlichen Kritik und Reorganisation unterzogen hätte. Bei der jetzigen Zerfahrenheit aber war dies ein Ding der Unmöglichkeit. Statt eines Parteitags wurde daher eine Konferenz des sogenannten *Parteitrats* (einer Art erweiterten Vorstands) abgehalten, die vor kurzem irgendwo in der weiten Welt stattgefunden hat. Die Ergebnisse dieser interessanten Konferenz liegen nun vor, und ich möchte in folgendem die wichtigsten unter ihnen etwas beleuchten. Natürlich sehe ich von den rein organisatorischen Beschlüssen ab und beschränke mich auf die prinzipiellen Resolutionen.

Von diesen muss ich zuerst diejenige erwähnen, die sich mit dem *Terrorismus* befasst. Der Öffentlichkeit wurde darüber nur folgender Passus bekannt gegeben:

»Der Parteirat sprach sich für die Fortsetzung des terroristischen Kampfes aus und nahm für dessen Organisation eine Resolution an, die nicht zur Veröffentlichung gelangt.«

Und in der Proklamation, die den Beschlüssen beigegeben ist, lesen wir über den selben Gegenstand nachstehendes:

»Asews Teilnahme an einer Reihe von terroristischen Unternehmungen hat diese Kampfsmethode in den Augen der Partei nicht diskreditiert und konnte sie auch nicht diskreditieren. Je mehr die wirkliche Lage aufgeklärt wurde, um so mehr kam die Partei zu der Erkenntnis, dass zwar die Beteiligung des Provokateurs einige grössere Siege auf diesem Gebiete nicht verhindern konnte, dass sie aber den Terror gerade in dem für die Regierung und die Revolution allerkritischsten Moment entkräftete, denn sie verhinderte die Entfaltung der ganzen Macht dieser Kampfsmethode und der ganzen Energie, die die Partei in der Benutzung dieser Methode entwickeln konnte; sie verstärkte die Zuversicht der Regierung und damit ihre Entschlossenheit gerade in dem Moment, wo sie dieser Entschlossenheit am meisten bedurfte. Und wenn die Enthüllung Asews dazu geführt hat, dass einzelne [?] Persönlichkeiten von der Wirksamkeit des terroristischen Kampfes nichts mehr hielten, so fand die Partei als solche hier nur die Antwort darauf, warum der Terror für die Partei und die Revolution nicht das geleistet hat, was er hätte leisten können, und was er bei seiner Wiedergeburt bewirken wird. In dieser Frage beharrte die Partei also auf ihrer alten Kampfesposition.«

Die Parteileitung will also den Versuch machen dem Terrorismus neues Leben einzuhauchen. Das ist tief zu bedauern. Nicht nur aus ethischen Gründen, die ja unbedingt zu einer Verwerfung des Terrorismus als Kampfsmethode einer Partei führen müssen. Auch vom sozialistischen Standpunkt aus muss man ihn ablehnen, denn es ist nicht Sache der Sozialisten einzelne Personen aus dem feindlichen Lager mittels Gewalt beseitigen zu lassen. Die Partei als solche kämpft gegen Systeme, nicht aber gegen einzelne Vertreter dieser Systeme. Gewiss gibt es solche Vertreter, deren Wirken eine Gefahr für die Existenz des Volkes ist, und es ist zweifellos, dass deren Beseitigung unter Umständen eine sittliche Pflicht sein kann. Aber auch in diesem Fall kann es nur Sache der einzelnen Person, nicht aber die einer Parteiorganisation sein einen solchen Gewaltakt vorzunehmen. Die einzelne Person kann sich einer Sache opfern, die sie als gut erkannt hat — und jede terroristische Tat ist gleichzeitig eine Preisgabe des Täters —, keine Partei, keine Versammlung von dritten Personen darf ihren Segen zu einem solchen Opfer geben. Wer sein Leben nicht direkt dem Tode weihen kann oder will, der soll besser vom Terror schweigen.

Die *Sozialrevolutionäre* denken darüber anders. Sie sind der Meinung, dass es nicht nur ein Recht sondern eine Pflicht der Partei ist den terroristischen Kampf zu organisieren und zu leiten. Ich will mit ihnen darüber nicht streiten; möchte aber bemerken, dass man den Terror, wie gesagt, nicht nur aus ethischen Gründen sondern auch aus rein politischen Erwägungen auf das entschiedenste verwerfen muss. Politisch ist der Terror gegenwärtig nicht nur nicht nützlich sondern in hohem Masse schädlich. Und hätte die Konferenz die Bedingungen einer erfolgreichen terroristischen Taktik einer genaueren Analyse unterzogen, hätte sie bei ihren Beschlussfassungen den Versuch gemacht sich über die jetzige Lage Rechenschaft zu geben, so hätte sie selbst zu diesem Resultat kommen müssen. Dass sie es nicht getan hat, muss man ihr als eine grobe politische Unterlassungssünde anrechnen. Die Konferenz musste sich sagen, dass die Verhältnisse momentan ganz anders liegen als damals, da jeder Revolverschuss, jede Bombenexplosion nur ein besonderer Ausdruck der öffentlichen Meinung war. Damals stand die Regierung vollständig isoliert da, gegen sie kämpfte das gesamte Russland. Jetzt ist es aber anders geworden. Die öffentliche Meinung hat sich differenziert, die Regierung hat überzeugte, einflussreiche Freunde gefunden, sie wird von mächtigen Interessentengruppen und Klassen unterstützt. Jeder terroristische Anschlag macht den Bund, den die Regierung mit dem Adel und dem Kapital geschlossen hat, nur noch fester und mächtiger. Jedes Attentat treibt die Bevölkerung direkt in die Arme der Reaktion. Und diese Wirkung wird der Terror immer haben, solange die *Duma* existiert. Denn, wie mangelhaft dieses Parlament auch sei, es ist immerhin ein Ort, von dem aus einige Dutzend wirklicher Volksvertreter die Not des Volkes klagen, das Treiben der Volksfeinde blosslegen können. Das ist für das Gedeihen einer Nation gewiss nicht viel, es genügt aber dazu, um die terroristischen Angriffe vor der öffentlichen Meinung als Ausflüsse der Sinnlosigkeit oder des gemeinen Verbrechens erscheinen zu lassen. Der Terrorismus dient somit momentan nicht der freiheitlichen Bewegung sondern den Interessen des *Schwarzen Hunderts*. Aus diesen Gründen muss man ihn auf das schärfste bekämpfen.

Bei dem Punkt *Agitation unter dem Bauerntum* nahm die Konferenz eine längere Resolution an, aus der ich einige Stellen bringen möchte. Die jetzige Lage auf dem Lande wird folgendermassen charakterisiert:

•Die Niederlage der Revolution, die grausamsten Repressalien, die dem flachen Land beschert wurden, unter dem Schutz dieser Repressalien die Aufrichtung der halbzerstörten Wirtschaft der Grossgrundbesitzer — und zwar auf der Grundlage von Hungerlöhnen und Hungerpacht — zusammen mit der äusserst eiligen Durchführung der Agrarpolitik der Regierung: all dies ist nicht im stande einem grösseren Teil des Bauerntums Hilfe zu bringen, beschleunigt und verstärkt vielmehr den Ruin des arbeitenden Bauerntums, das in der von einer dauernden Krise heimgesuchten Industrie kein Unterkommen finden kann. . . . Das Ergebnis ist auf dem Lande neben einer allgemeinen Erbitterung auch eine gegenseitige Entfremdung, die beim Bauerntum nicht selten von einem Gefühl der Hoffnungslosigkeit begleitet ist. Bei den aufgeklärteren Bauern wird ein Suchen nach neuen Wegen beobachtet. . . . Der Zutritt zum flachen Land ist äusserst erschwert; dieser Umstand bewirkt zusammen mit dem ungeheuren Verlust an Parteikämpfern eine weitere Isolierung des flachen Landes von der Partei, die ihrerseits dazu führt, dass das Interesse für allgemeine sozialpolitische Probleme auf dem flachen Lande abgeschwächt, der Kampf innerhalb der Landgemeinde wegen Kauf oder Pacht usw. des Grund und Bodens verschärft wird. Endlich führt es zur Bildung einer ständigen Quelle des Agrarerrors.

Da nun die Konferenz von dieser Lage der Dinge ausging, so empfahl sie für das flache Land folgende Taktik:

»Bei Lösung von Fragen, die dem örtlichen Bauerntum durch die Agrarpolitik der Regierung gestellt werden, muss das hartnäckige Eintreten für unversöhnliche Parolen (*Keinen Boden kaufen!*, *Nichts pachten!* usw.) dort, wo es praktisch aussichtslos ist, einer Formulierung solcher Forderungen Platz machen, die am besten die Solidarität des arbeitenden Bauerntums erhalten, eine Spaltung in feindselige Gruppen verhindern könnten, und die gleichzeitig mit den Prinzipien unseres Programms am meisten im Einklang ständen, beispielsweise Kauf des Grund und Bodens durch die ganze Landgemeinde sowie gemeinschaftliche Pachtung.«

Diese Resolution leidet an einem organischen Fehler: Es ist verkehrt die steigende Differenzierung des Bauerntums ausschliesslich auf das Konto der Stolypinschen Agrarpolitik zu setzen. Diese Agrarpolitik beschleunigt nur den Prozess, der ohnehin vor sich geht. Schon während der Bauernunruhen konnte man die Gegensätze unter dem Bauerntum beobachten, und eine Ursache des Misserfolgs der ganzen Bauernkampagne, die so viel Blut und Gut gekostet hat, waren eben diese inneren Gegensätze. In der Enquete, die die *Kaiserliche Freie ökonomische Gesellschaft* im vorigen Jahr veröffentlicht hat, wurden mehrere charakteristische Fälle festgestellt, bei denen die Streitigkeiten unter den Bauern deshalb zum Ausbruch kamen, weil man die gemeinsam eroberte Beute ungleichmässig teilen musste. Der Arme war gezwungen sich mit dem zu begnügen, was er auf seinem einzigen Pferd mitnehmen konnte, der Reiche dagegen kam mit einem Schatz heim, den er auf 6 Pferde aufladen konnte. Überhaupt war eine gewisse Solidarität nur beim Angriff vorhanden, bei der Teilung ging sie bald in die Brüche.

Diese Differenzen sind nicht nur unter den Bauern mit individuellem Besitz sondern auch unter den Landgemeindebauern vorhanden. Die Landgemeinde hat keine Gütergleichheit herbeigeführt, und neben vermögenden Bauern existieren in ihr ganz arme, die ihren Bodenanteil gar nicht bebauen können und sich deshalb lieber verdingen. Eine gewisse Lebensfähigkeit der Landgemeinde wird nur dort beobachtet, wo das wirtschaftliche Niveau sehr niedrig ist. Je grösser die Armut, desto stärker die Bande, die die Bauern zu einer Einheit verbinden. Sobald aber das wirtschaftliche Niveau sich etwas zu heben beginnt, sobald der Ackerbau auf eine höhere Stufe steigt und intensiver betrieben wird, erscheinen sofort individualistische Tendenzen, und die frühere Solidarität der Armut macht einer mehr oder weniger tief gehenden Trennung Platz. Diese Tatsache wurde zuletzt in sehr anschaulicher Weise gerade von Nationalökonomern *sozialrevolutionärer* Färbung festgestellt und geschildert.<sup>1)</sup> Es geht somit nicht an eine sozialistische Agrarpolitik auf der Basis der Landgemeinde aufbauen zu wollen. Die Landgemeinde kann nicht, wie es die *Sozialrevolutionäre* tun, als ein Keim der sozialistischen Entwicklung angesehen werden. Es spricht sehr viel dafür, dass der *Mir*, die *Obschtschina* (Landgemeinde) einer mehr oder weniger raschen Auflösung entgegen geht, und dass eine Sozialisierung des landwirtschaftlichen Betriebs auf grund anderer Faktoren vor sich gehen wird. Mehr als die Landgemeinde wird in dieser Hinsicht zum Beispiel die Kooperation, die Genossenschaft, wirken. Eine mächtige Entwicklung des Genossenschaftswesens

<sup>1)</sup> Siehe meinen Artikel *Die russische Dorfgemeinde* in den *Dokumenten des Fortschritts*, 1908, pag. 740 ff., in dem ich das Ergebnis der interessanten Arbeit des Herrn K. Katschorowskij zusammengefasst habe.

ist aber nur unter der Voraussetzung der politischen Freiheit denkbar. Ohne Versammlungs- und Vereinsrecht kann eine solche Bewegung nicht gedeihen, kann sie nicht zur Blüte kommen. Daraus entsteht die Notwendigkeit alle verfügbaren Kräfte zunächst auf die Eroberung der politischen Rechte zu konzentrieren, was natürlich die Arbeit auf ökonomischem Gebiet nicht ausschliesst. Diese Arbeit muss und wird geleistet werden, sie darf aber vernünftigerweise nicht im Vordergrund stehen.

Der Kampf für die politische Freiheit wird aber nicht auf dem flachen Land sondern in der Stadt geführt. Das Bauerntum hat bisher nur Sinn für seine agrarischen Nöte, es reagiert nur zu schwach auf rein politische Forderungen. Eine rationelle Politik muss daher in erster Linie auf die städtische Entwicklung aufgebaut werden, und hier kommt für den Sozialismus in allererster Reihe die Entwicklung der Industrie und des Proletariats in betracht. Die *Sozialrevolutionäre* stehen aber der Industrie in Russland sehr skeptisch gegenüber, sie glauben nicht an ihre Lebensfähigkeit. Die russische Industrie, behaupten sie, habe sich nicht organisch, nicht aus den Bedürfnissen der Bevölkerung heraus entwickelt sondern wurde von der Regierung künstlich gezüchtet. Sie wurde durch Zölle, Prämien, Subsidien usw. erhalten und sei nicht im stande eine selbständige und somit entwicklungsfähige Existenz zu führen. Die Krise, in der sich die Industrie momentan befindet, resultiere eben aus dieser ihrer Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte. Es sei deshalb vollkommen verkehrt irgend welche Hoffnungen auf die Industrialisierung Russlands zu setzen und auch verkehrt seine Politik auf diesen Industrialisierungsprozess einrichten zu wollen.

Man sieht: Die *Sozialrevolutionäre* vergessen die Geschichte der industriellen Entwicklung in anderen Ländern. Auch in Deutschland war die Industrie *künstlich* gezüchtet worden, auch da gab es und gibt es bisher noch eine ganze Reihe von staatlichen Massnahmen, die einen Aufschwung der Industrie bewirken sollen. Kann man nun etwa im Ernst behaupten, dass die deutsche Industrie sich nicht *organisch* entwickelt habe? Und die amerikanische Industrie, ist die nicht auch erst dank dem Schutzzoll und anderer staatlichen Hilfe gross geworden? Weshalb soll denn Russland in dieser Hinsicht eine Ausnahme machen? Die Lage der russischen Industrie ist zwar momentan sehr beklagenswert, aber es ist bestimmt zu erwarten, dass schon die nächsten 5 bis 10 Jahre eine Änderung bringen werden. Und diese Änderung im Interesse des Proletariats und der politischen Freiheit auszunutzen: das muss die Aufgabe einer wohl überlegten Politik sein. Einen besseren Weg, eine bessere Politik gibt es vorderhand nicht.

XX

## ALBERT THOMAS · DIE GEWERKSCHAFTSKRISE IN FRANKREICH



S gibt entschieden wenige so komplizierte, so schwer verständliche und schwer zu verfolgende Bewegungen wie die jetzige Gewerkschaftsbewegung in Frankreich. Die ausländischen Genossen werden oft genug durch merkwürdige Kundgebungen irre gemacht, die aller Voraussicht ihrer Erfahrung Hohn sprechen, und manche, die immer bereit sind zu kritisieren, ohne die Gabe zu besitzen sich zu informieren,

scheuen sich auch nicht uns von oben herab zu schulmeistern. Allein selbst angenommen, dass die Informationen des Pariser *Vorwärts*korrespondenten objektiv genug wären, um nicht Öl ins Feuer unserer innern Streitigkeiten zu giessen, so würden doch unsere deutschen Genossen unsere augenblickliche Situation sehr verwickelt finden.

Fassen wir einmal kurz die allgemein bekannten Tatsachen zusammen. Fast seit der Gründung der *Confédération générale du Travail* tobt ein ununterbrochener Kampf in einer oder der andern Form zwischen den revolutionären und reformistischen Gewerkschaftern. Genosse Etienne Buisson hat den Lesern der *Sozialistischen Monatshefte* schon dargelegt, um welche Punkte sich dieser Kampf dreht; er hat gezeigt, wie das auf den Kongressen übliche Abstimmungs-system, das jeder Gewerkschaft, ganz gleich wie gross die Zahl ihrer Mitglieder ist, eine Stimme gibt, den namentlich in kleinen Gewerkschaften gruppierten Revolutionären tatsächlich die Majorität verschafft und die grossen Verbände trotz ihrer viel bedeutendern Mitgliederzahl in beständiger Inferiorität erhalten hat.<sup>1)</sup> Auf dem Kongress zu Bourges /1904/ konnte man ausrechnen, dass die der *Confédération générale du Travail* angehörigen Gewerkschaften sich nicht, wie die Abstimmung der Gewerkschaften scheinbar ergab, in eine starke revolutionäre Mehrheit und eine reformistische Minderheit sondern ungefähr in zwei gleiche Teile spalteten. Andere, optimistischere Berechnungen schrieben sogar der Minderheit die tatsächliche Majorität zu. Die von den grossen Verbänden geforderte Proportionalvertretung war abgelehnt worden, und so blieb die unbehagliche Stimmung bestehen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1906, nach den Kämpfen für den Achtstundentag und bei den Debatten über die Beziehungen zwischen der sozialistischen Partei und den Gewerkschaften, schien es einmal, als ob trotz der Ungerechtigkeit des Vertretungsmodus eine Annäherung zwischen den Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen möglich wäre. Auch im Jahre 1907 und in der ersten Hälfte des Jahres 1908 konnte man aus einigen Ereignissen die Hoffnung schöpfen, dass es gelingen werde die Kräfte zusammenzufassen oder eine wirklich moralische Einheit herzustellen. Diese Hoffnungen wurden vereitelt. Nach den tragischen Ereignissen in Draveil und Villeneuve-Saint-Georges, nach dem 24stündigen Generalstreik am 31. Juli 1908, wobei mehrere Arbeiter in einen richtigen Hinterhalt gelockt und getötet wurden, brach der Streit in noch schärferer, heftigerer Form von neuem los. Während des Marseiller Kongresses erreichte er seinen Höhepunkt. Dass die meisten Gegner in die Schranken traten, schaffte keine Besänftigung sondern nur noch mehr Erbitterung. In Hinsicht auf einige Fragen musste zwar die revolutionäre Mehrheit etwas nachgeben: Die Resolutionen über die Beziehungen der *Confédération* und des internationalen Sekretariats, über den Antimilitarismus und die Haltung der Arbeiterklasse im Streikfall sind ganz entschieden weniger intransigent als die in Amiens angenommenen Resolutionen über die selben Probleme. Allein wieder wurden die von den Reformisten vorgeschlagenen Lösungen systematisch abgelehnt. Ihre Delegierten verliessen Marseille tiefgekränkt, und der Gedanke an Spaltung, der nach Amiens verschwunden zu sein schien, regte sich von neuem in manchen Köpfen.

<sup>1)</sup> Siehe Buisson *Die beiden Tendenzen in der französischen Gewerkschaftsbewegung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1907, 2. Band, pag. 523 ff.

Damals geschah es, dass diese sozusagen traditionelle, klassische Situation, die in ihrer logischen Entwicklung entweder zu einer Spaltung oder einer Besitzergreifung der Macht seitens der mächtigen und fortwährend wachsenden Verbände führen zu müssen schien, durch unerwartete Ereignisse plötzlich kompliziert wurde. Zur Zeit des Marseiller Kongresses waren die gewandten, geschmeidigen Führer, die bis dahin an der Spitze der revolutionären *Mehrheit* gestanden und sie zusammengehalten hatten, Pouget, Griffuelhes und andere, im Gefängnis. Das Wort hatten ungeschickte Ultrarevolutionäre, die reinen Anarchisten, die es diesmal unverblümt versuchten die Gewerkschaften zu einer antiparlamentarischen und antimilitaristischen, sich der Anarchie nähernden Aktion fortzureissen. Seit dem Marseiller Kongress fühlten sich viele revolutionäre Gewerkschafter, wie einer von ihnen, Latapie, sagte, als Gefangene der Anarchisten. Eine ziemlich heftige Presskampagne setzte ein, und als Pouget, Griffuelhes und Genossen das Gefängnis verliessen, fanden sie den kleinen syndikalistischen Generalstab der Strasse Grange-aux-Belles von innerm Zwist zerrissen und schon aufgelöst. War es die Rückwirkung der durch den 24stündigen Generalstreik hervorgegerufenen Ereignisse? War es Unsicherheit und Mutlosigkeit? War es die Wirkung einer Intrige? Genug, die revolutionäre Gruppe hielt der Prüfung nicht stand. Bald wurde auch die Verwaltung Griffuelhes' selbst von dem Verbandsschatzmeister Lévy angegriffen. Lévy warf ihm vor die Fonds der *Confédération* zu Unternehmungen benutzt zu haben, die zwar der gewerkschaftlichen Bewegung Nutzen brachten, aber sich ihrer Kontrolle entzogen, wie die Verbandsdruckerei und das Verbandshaus. Das war der Anfang langer und heftiger Debatten im Verbandskomitee. Da Lévy zur Wiederwahl als Schatzmeister aufgefordert wurde, stellte er seine Kandidatur in Form eines Protests gegen Griffuelhes auf. Die Freunde Griffuelhes' stellten ihm als Gegenkandidaten Sauvage entgegen, aber Lévy wurde mit 56 Stimmen gegen 50 wiedergewählt. Er demissionierte jedoch sofort mit der Erklärung, dass er nur aus moralischen Gründen seine Kandidatur aufgestellt hätte. Am 24. Februar sollte die Wahl des Generalsekretärs der *Confédération générale du Travail* und des Sekretäradjunkten stattfinden. Griffuelhes erklärte, dass er nach allen Debatten im Verbandskomitee nicht mehr kandidiere. Dessen ungeachtet stellte der Verband der Lederarbeiter, dem er angehörte, und der ihn auf irgend eine Art von den gegen ihn erhobenen Anklagen reinwaschen wollte, seine Kandidatur auf. Wenn die revolutionäre Gruppe auf ebenso festen Füßen gestanden hätte wie früher, hätten alle ebenso gehandelt, aber dies geschah nicht. Der Verband der Bauarbeiter stellte als Kandidaten ihren ehemaligen Sekretär Nicolet auf, wie es hiess, »nicht aus Opposition gegen irgend jemanden sondern nur mit der Absicht dem Interesse des Verbandes zu dienen«. Im Grunde offenbarte diese Gegenkandidatur ernstliche Meinungsverschiedenheiten unter den Revolutionären.

Diesmal zeigten sich die Reformisten zuversichtlicher und tätiger als sie seit langem gewesen waren. Sie benutzten diese Meinungsverschiedenheiten und den Umstand, dass der Sekretär der *Confédération générale du Travail* ausschliesslich von den Delegierten der Gewerbe- und Industriearbeiter (ohne die Delegierten der Arbeitsbörse) gewählt wird, und es gelang ihnen im zweiten Wahlgang mit 28 Stimmen gegen 27 den Drucker Niel, den Sekretär der Ar-

beitsbörse zu Montpellier, durchzubringen, der auch einmal Anarchist war, aber allmählich, durch Erfahrung eines Bessern belehrt und von seinem hellen Verstand unterstützt, einer der logischsten und entschiedensten Reformisten geworden ist. Es lässt sich nicht bestreiten, dass diese Wahl mit 1 Stimme Mehrheit, trotz der für Niel gemachten Propaganda allen eine Überraschung war. Im ersten Wahlgang hatte Niel 27 Stimmen bekommen, Griffuelhes 19 und Nicolet 12. Im zweiten Wahlgang hatte Griffuelhes gebeten seine Stimmen auf Nicolet zu übertragen. Wenn nur die Richtungen in betracht gezogen werden, sollte also Nicolet mit 31 Stimmen gewählt werden. Niel verdankt seine Wahl einigen besondern Umständen: der Abstimmung Lévy's, der im ersten Wahlgang im Namen der Marinearbeiter für Nicolet stimmte und sich im zweiten Wahlgang der Abstimmung enthielt, und der Stimme des Vertreters der Arbeiter der Lebensmittelbranche, der zuerst für Griffuelhes und dann für Niel stimmte, weil das Komitee seines Verbandes Griffuelhes 6 und Niel 5 Stimmen gegeben hatte, bei 30 Stimmenthaltungen. Sollte die Wahl Niels der Anfang eines neuen Weges für die französische Gewerkschaftsbewegung werden, sollte damit der unheilvolle Zwist beendet und wenigstens die *moralische Einheit*, zu deren Verfechter er sich gemacht hatte, das heisst die wesentliche Übereinstimmung zwischen Gewerkschaftern aller Richtungen erreicht werden, so bedurfte es langer und beharrlicher Anstrengungen. Allein schon am 26. Mai, nach kaum 3 Monaten, trat Niel zurück, und zwar infolge des zweiten Poststreiks. Nach dem Tage, an dem die Pariser Organisationen erklärt hatten, sie wären zum Generalstreik bereit, um die Postbeamten, deren Bewegung nachliess, zu unterstützen, hatte Niel in einer grossen öffentlichen Rede ins Lens bewiesen, dass die Arbeiterorganisationen nicht im stande wären den Generalstreik tatsächlich wirksam durchzuführen. Dennoch wurde der Generalstreik am folgenden Tag, am 18. Mai, von dem Verbandskomitee proklamiert. Da nur die Bauarbeiter die Arbeit einstellten, machte er richtig Fiasko. Am 26. Mai gab Niel seine Demission, weil das Verbandskomitee nach einer heftigen Diskussion sein Bedauern über die Rede in Lens aussprach.

Seitdem ist der alte Streit sozusagen in der alten Form wieder erwacht. Auf einer Konferenz von Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitsbörse, die in Paris vom 3. bis zum 5. Juni stattfand, um verschiedene auf dem Marseiller Kongress nicht erledigte Organisationsfragen zu regeln, legten die Reformisten und mit ihnen einige ehemalige, Griffuelhes feindlich gesinnte Revolutionäre den Provinzdelegierten die von Lévy angeschnittene Verwaltungsfrage vor und verlangten die Einsetzung einer Untersuchungskommission für die Verwaltung Griffuelhes'. Mit 51 Stimmen gegen 43 und 14 Stimmenthaltungen wurde diese Untersuchungskommission abgelehnt. Dabei wurde wieder der Gedanke einer Sezession erwogen, aber zurückgewiesen. Am 12. Juli wurden zwei revolutionäre Gewerkschafter, Jouhaux vom Zündholzarbeiter- und Lefèvre vom Juwelierverband, zum Sekretär und Sekretäradjunkten der *Confédération* ernannt. Sie waren die einzigen Kandidaten. Von den 65 Verbänden waren 10 abwesend, 20 enthielten sich der Abstimmung und 35 sprachen sich für die Kandidaten aus. Das war der Abschluss dieser ganzen unruhigen Periode. Die Revolutionäre haben wieder die Leitung der *Confédération* in Händen. Die Reformisten, deren Anzahl vielleicht durch einige revolutionäre und unabhängige Kämpfer verstärkt worden ist, sind wieder in der Minderheit, zum Zahlen der Beiträge gut genug, aber ohne Einfluss auf die Beschlüsse.

Sicher fallen bei der Erzählung solch einer Geschichte die ausländischen Genossen aus einem Erstaunen ins andere. Wie konnte vor allem Niel, nachdem er von seinen Genossen auf einen Kampfposten berufen war und das Glück gehabt hatte ihn zu erlangen, plötzlich diesen Posten aufgeben, eines einfachen Bedauernsvotums wegen, dem einige seiner Freunde sich anschliessen zu können glaubten, weil sie zwar nicht seine Rede selbst, so doch das Unzeitgemässe dieser, bedauerten? Konnte Niel auch nur einen einzigen Augenblick glauben, dass er, nachdem er unter solchen Umständen gewählt war und den Vertreter einer grossen Gruppe von einem so lange eingenommenen Posten verdrängt hatte, ruhig würde arbeiten können, ohne dass eine seiner Handlungen kritisiert oder angegriffen werden würde? Wozu also diese Demission? Samuel Gompers, der amerikanische Gewerkschaftsführer, hat es bei seinem neulichen Aufenthalt in Paris sehr lebhaft beklagt, dass ein Mann, der für die gewerkschaftliche Neutralität so viel hätte tun können, so handelte.

Bei der Deutung dieser Vorgänge darf das persönliche Moment nicht übersehen werden. Niel, der an das Leben in der Provinz gewöhnt war, wo Meinungskämpfe meist nicht mit der Schärfe ausgefochten werden wie in Paris, war wohl auf Angriffe gefasst, aber er war aufrichtig überzeugt, dass sein wahrer Zweck die moralische Einheit herzustellen schneller erkannt werden und manchen Groll entwaffnen würde. Er wurde, wie bekannt ist, durch die täglichen persönlichen, manchmal beleidigenden Kritiken, deren Ziel er war, entnervt und entmutigt, um so mehr als er von Natur vielleicht mehr als andere Vertrauen und Freundschaft brauchte. Ausserdem brachte ihn die Verpflichtung Beschlüsse auszuführen, die seinen Ideen schnurstracks entgegenliefen, und die er auf dem Marseiller Kongress bekämpft hatte, in eine ziemlich fatale Situation, die durch die Heterogenität des Verbandsbureaus noch heikler wurde, da Yvetot, der andere Sekretär von der Sektion der Arbeitsbörse, einer der radikalsten Ultrarevolutionäre ist. Die Hauptsache ist, dass sich Niel vom ersten Tage ab isoliert und nicht genügend unterstützt fühlte, dass er sogar unter seinen Freunden nicht die beharrliche Mitarbeit fand, die er brauchte. Es lag nicht daran, dass die Reformisten etwas gegen die Tätigkeit ihres Bevollmächtigten einzuwenden hatten, es lag auch nicht daran, dass sie weniger entschlossen waren für den Triumph ihrer Ideen zu wirken. Allein die meisten unter ihnen, die Sekretäre grosser Organisationen waren und eine ungeheure Verwaltungsarbeit zu leisten hatten, hätten schon lange keine Fühlung mit dem Verbandskomitee und daher mehr oder weniger aufgehört sich für die Zentralorganisation zu interessieren. Während die persönlich anwesenden Beamten der revolutionären Organisationen ihre Autorität täglich mehr fühlen liessen, standen ihnen als Vertreter der grossen Organisationen nur Kämpfer zweiter Ordnung gegenüber, die nur durch schmollende Passivität der Geringschätzung ihrer Verbände vor der Zentralorganisation Ausdruck gaben. Sollte Niel in diesem kleinen Arbeitsparlament Autorität und Einfluss gewinnen, so genügte seine Wahl allein nicht; es genügte auch nicht, dass er der Vertreter der Majorität der Gewerkschafter war.<sup>2)</sup> Sogar die persönlichen Eigenschaften Niels genügten nicht. Die jahrelange Gleichgültigkeit der grossen Organisationen den Verbandsgeschäften gegenüber ist ein Fehler, der alle Anstrengungen Niels

<sup>2)</sup> Man hat berechnet, dass die 28 Verbände, die für Niel stimmten, 180 000 und die 27, die für Nicolet votierten, nur 100 000 Mitglieder zählen.



lahm gelegt und zu nichte gemacht hat. In der Arbeiterbewegung gewinnt man nur durch beharrliche Arbeit, die sich durch keinen Fehlschlag entmutigen lässt, Einfluss.

Weshalb aber, wird man fragen, treten unter diesen Umständen die starken gewerkschaftlichen Organisationen nicht aus der *Confédération* aus? Warum folgen sie nicht dem Beispiel der Holländer, die die Anarchisten des *Nationaal Arbeidssekretariaat* verliessen und eine neue Gewerkschaftszentrale gründeten? Haben die holländischen Sozialisten dadurch nicht die anarchistische Organisation auf ein Minimum reduziert? Wenn sie wirklich die grosse Zahl, die ausschlaggebende Kraft sind, warum handeln die reformistischen Gewerkschafter in Frankreich nicht ebenso? Ich sagte schon, dass dieser Sezessionsgedanke schon mehrmals die französischen Gewerkschafter gelockt hat. Nicht allein nach dem Marseiller Kongress, nach der Demission Niels, nach der Konferenz der Verbände haben die Sekretäre der reformistischen Organisationen diese Lösung in betracht gezogen; sie ist auch von einem bedeutenden Teil des Eisenbahnerverbands (Ostnetz) und vom Kongress der Tabakarbeiter erwogen und sogar befürwortet worden, falls die jetzige Lage andauern sollte. Dennoch wiesen die Gewerkschaftsbeamten jedesmal diese Lösung zurück, und selbst die Organisationen, die sie befürworteten, formulierten nur eine Aufforderung oder bedingte Anweisung. Niemand wagt in Frankreich die Verantwortung für eine Spaltung auf sich zu nehmen. Nach der Wahl Niels äusserten die Revolutionäre, die doch kühner und schneller entschlossen sind als unsere Freunde, auch nicht diese Absicht. Gewiss scheint es vielen, dass durch eine Spaltung die gewerkschaftliche Propaganda erleichtert würde, dass die gewerkschaftlichen Propagandisten einer neuen, von den Anarchisten und Antipatrioten losgelösten Organisation Massen gewinnen könnten, die jetzt aus Furcht vor der Anarchie der Gewerkschaftszentrale noch nicht angehören. Die Einigkeit der Arbeiter ist aber für die Masse der französischen Gewerkschafter eine Art Glaubensbekenntnis. Für die Provinz, jenseits der *Pariser Beamtenstreitigkeiten*, ist die Einheit etwas, woran nicht gerührt werden darf, und die Provinz wird nicht verstehen, dass es irgend einen Grund gibt sie anzutasten. Man kann von diesem mythischen Glauben halten, was man will: jedenfalls ist er ein Faktor, mit dem man rechnen muss. Er hat die Bergarbeiter dazu getrieben jahrelang ihre Aufnahme in eine Organisation zu verlangen, deren Beamten sie nicht haben wollten, und hat sie dazu geführt alle Bedingungen anzunehmen, selbst während der Villeneuve Affäre, als die Regierung schon die berüchtigte Organisation in der Auflösung begriffen glaubte und die grosse Presse das Halali blies. Eine interessante psychologische Studie wäre die Geschichte dieses Glaubens an die Einigkeit der Arbeiter in Frankreich. Er ist in einer Klasse verständlich, die so viel durch wiederholte und vielfache Spaltungen gelitten hat wie die Arbeiterklasse Frankreichs. Jedenfalls schrecken sowohl die Reformisten wie die Revolutionäre vor der Verantwortung zurück die Einheit zu zerstören. Beide sind nämlich überzeugt, dass die stärksten verbündeten Organisationen sofort, nachdem dieser Entschluss gefasst wird, in Stücke gehen und dass es sicher keine unbedeutende Minderheit sein würde, die der *Confédération générale du Travail* verbliebe. Manche werden sicherlich diesen Grund sonderbar finden. Sie werden sich wundern, dass Sozialisten oder neutrale Gewerkschafter lieber das Joch der

Anarchisten weiter tragen als eine Einheit zerstören, die trotz aller Sentimentalität nur eine falsche Einheit ist. Offen gesagt ist es in der Polemik vielleicht geschickt die Anarchisten den sozialistischen oder ausschliesslich ihre Berufsinteressen verteidigenden Gewerkschaftern entgegenzustellen. Der Gegensatz dieser Ausdrücke genügt aber nicht den Antagonismus der revolutionären und reformistischen Gewerkschafter zu erklären. Mancher Sozialist, der politisch tätig ist, ist in der Gewerkschaft Anhänger des Generalstreiks, und die revolutionären Gewerkschafter behaupten keine Anarchisten zu sein. Darin bestand eben die Geschicklichkeit solcher Männer, wie Pouget, anarchistische Thesen zu verbreiten und sie als neue Lehren darzustellen, die so verführerisch wirkten, weil sie das Proletariat von Gefahren zu befreien schienen, die bei uns wirklich bestanden. Was sollen wir also tun? Sollen wir uns wieder gefügig der revolutionären Leitung unterwerfen? Die Beiträge wie früher bezahlen, die im Verbandskomitee beschlossene Verantwortung nicht auf uns nehmen und die Beschlüsse nur so weit ausführen wie sie den besonderen Verbandsinteressen nicht widersprechen? Das ist die alte Taktik. Auf diese Weise würden beständige Konflikte im Schoss der Gewerkschaften fortbestehen. Es würden wieder neue unüberlegte Resolutionen gefasst, neue Generalstreiks proklamiert, neue Fehler begangen werden. Und die Fehler der Zentrale würden auf alle ihr angehörigen Organisationen zurückfallen, ob sie sich dagegen zu schützen suchten oder nicht. Die braven Drucker würden sich wieder zu ihrem grossen Leidwesen von ihren Arbeitgebern als *Saboteurs* bezeichnen lassen müssen. Manche haben vorgeschlagen der *Confédération* die Beiträge nicht mehr zu zahlen und sich ihr vollständig fernzuhalten, ohne aufzuhören ihre Mitglieder zu sein. Abgesehen davon, dass dieses Mittel nicht sehr edel ist, hätte es kein anderes Resultat als im Schoss der Zentralorganisation ganz unnütz Zwietracht zu säen. Früher oder später würde es zu Ausschliessungen kommen, und man wäre wieder so weit wie jetzt. Also nochmals: Was tun? Handeln. Energisch handeln, durch eine methodische und ausgedehnte Propaganda Ideen verbreiten, die den französischen Gewerkschaftern endlich einleuchten werden, wie sie allen ausländischen Organisationen durch die Macht der Tatsachen selbst eingeleuchtet haben. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen haben unsere reformistischen Genossen bis jetzt noch nicht diese notwendige Propaganda entfaltet, während die Revolutionäre durch ihre Zeitungen, Broschüren und Versammlungen eine sehr intensive Propaganda trieben.

Die entschlossene Tätigkeit der Reformisten wird aber nicht das geringste Resultat der jetzigen Krise sein. Eben ist ein *Comité d'Union syndicaliste* gegründet worden, das, wie die Statuten besagen, den Zweck hat der anarchistischen Gewerkschaftsbewegung entgegen zu wirken, die Vereinigung aller Arbeiter, abseits von jeder Politik, auf rein ökonomischer und beruflicher Basis zu verwirklichen und die Organisation der französischen Gewerkschaftsbewegung zu fördern. Es wird Broschüren veröffentlichen, Versammlungen veranstalten, seinen Mitgliedern die Richtungslinie festlegen, die sie auf nationalen Kongressen einzuschlagen haben; vor allem aber wird es eine Zeitung, *L'Action ouvrière*, herausgeben. Den Aufruf, den dies Komitee veröffentlichte, haben Cordier, Cleuet, Gervaise, Guérard, Coupat, Keufer, Niel, Renard, Thil, also die ganze Elite der reformistischen Gewerkschafter unterzeichnet. Das

Komitee verspricht energisch gegen die anarchoistischen Theorien und Methoden, gegen »die Demagogen und Wortagitatoren« zu kämpfen. Dabei muss es sich vor gewissen taktischen Irrtümern hüten, die dem Erfolg seiner Propaganda schaden würden. Durch den Kampf für ein bestimmtes und klares Programm wird es ihm gelingen der *Confédération* das normale und gesunde Leben wiederzugeben, das sie nötig hat. Für ein solches, geschickt geleitetes Werk — das heisst, wenn die Arbeiterklasse die volle Gewissheit hat, dass es keine gegen die Einheit gerichteten Ziele verfolgt, und das *Comité d'Union syndicaliste* nicht der Embryo einer neuen Organisation ist — liegen die Umstände in der *Confédération* sehr günstig. Die letzte Krise hat sicher vielen Revolutionären die Augen geöffnet. Nicht wenig bezeichnend dafür ist die Annäherung von Elementen wie Blanchard (vom Metallarbeiterverband) und Guérard (Eisenbahner). Mehr als jemals wird ein wirkliches, tiefes Bedürfnis nach moralischer Einheit fühlbar. Als Jouhaux und Lefèvre, die als Revolutionäre gewählt wurden, ihre Ämter übernahmen, erklärten sie für die Einigkeit arbeiten zu wollen. Wir wollen hoffen, dass ihre Worte mehr Wirkung haben als diejenigen unseres Genossen Niel, der das selbe unter den selben Verhältnissen sprach. Jedenfalls haben wir die Gewissheit, dass augenblicklich eine energische Propaganda für eine starke und tätige Gewerkschaftsbewegung, die sich die Erfahrungen des Auslands zu nutze machen wird, die grössten Chancen auf Erfolg hat, weil sie im Geist der Einigkeit unternommen ist. Die französische Gewerkschaftsbewegung würde auf diese Weise aus der furchtbaren Krise herauskommen, unter der sie seit Jahren leidet, und durch die sie zu verkümmern in Gefahr stände, wenn die kapitalistische Entwicklung nicht die Gewerkschaftsbewegung zu einer Lebensfunktion der Arbeiterklasse machen würde.

XX

## HANS FEHLINGER · KLEIN- UND GROSSBETRIEB IN DER INDUSTRIE DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA



BER die Konzentration des Kapitals in den Vereinigten Staaten von Amerika ist ungemein viel gesprochen und geschrieben worden, aber den meisten, die sich mit diesem Gegenstand befassten, fehlten sichere Grundlagen für ihre Darlegungen und Schlüsse. Erst seitdem die Ergebnisse der jüngsten Industriezählung veröffentlicht sind, die 1905 vorgenommen wurde und den Stand der Industrie im Kalenderjahr 1904 betrifft, ist es möglich den Grad, den die Kapitalkonzentration erreicht hat, mit einiger Sicherheit anzugeben. Freilich nicht mit absoluter Sicherheit, denn auch die letzte amerikanische Industriestatistik weist arge Mängel auf. Die Zählung erstreckte sich nur auf einen Teil der Betriebe der Erzeugungsgewerbe; ausgeschlossen blieben die reinen Kundenbetriebe, die ausschliesslich auf Bestellung der unmittelbaren Verbraucher arbeiten, sowie die sogenannte *Nachbarschaftsindustrie*, die nur der Deckung des örtlichen Bedarfs dient, und die gesamten Baugewerbe, viele Betriebe der Nahrungsmittelgewerbe, Reparaturwerkstätten aller Art usw. umfasst. Die in die Zählung einbezogenen Betriebe werden als Fabrikbetriebe, *Factory Establishments*, bezeichnet, was aber

keineswegs bedeutet, dass es sich dabei nur um *Fabriken* im gewöhnlichen Sinne des Wortes handelt als vielmehr um solche Betriebe aller Grössenklassen, die für den Warenmarkt im allgemeinen produzieren. Die Bezeichnung *Establishment*, die in dem amtlichen Bericht gebraucht wird, deckt sich weder ganz mit dem Begriff des Betriebs noch mit dem Begriff der Unternehmung. Es ist darunter ein Betrieb oder eine Mehrheit von Betrieben zu verstehen, und zwar eine Mehrheit dann, wenn es sich um Betriebe handelt, die einer und der selben Person, Firma oder Korporation gehören, in denen gleichartige Produkte erzeugt werden, und die innerhalb der selben Stadt mit mindestens 8000 Einwohnern oder innerhalb der ländlichen Bezirke eines und des selben Staats gelegen sind. Die Zahl der industriellen Betriebe, wie sie eben definiert wurden, betrug im Jahre 1904 216 262, gegen 207 562 5 Jahre vorher (Zunahme 4,2 %); in ihnen wurden im Jahresdurchschnitt beschäftigt: 519 751 technische und kaufmännische Angestellte, 1899 364 202 (Zunahme 42,7 %) und 5 470 321 Lohnarbeiter, 1899 4 715 023 (Zunahme 16 %). Der Betrag des angelegten Kapitals stieg in den 5 Jahren von 8 978 825 200 Dollars auf 12 686 265 673 Dollars oder um 41,3 %; der Jahreswert der erzeugten Produkte von 11 411 121 122 Dollars auf 14 802 147 087 Dollars oder um 29,7 %. In den Vereinigten Staaten haben die Zählungsbeamten das Recht in die Geschäftsbücher Einsicht zu nehmen, wenn sie Auskünfte ungläubwürdig finden, und die Erteilung falscher Auskünfte wird bestraft. Dagegen darf auch die Veröffentlichung der Zählungsergebnisse nicht in einer Form erfolgen, die den Stand und die Gebarung eines einzelnen Betriebs erkennen lässt. Deshalb geht meine Ansicht dahin, dass die amerikanische Industriestatistik, soweit sie sich mit dem Kapital und dem Produktwert befasst, die wirklichen Verhältnisse annähernd richtig kennzeichnet. Über die Kapitalkonzentration enthält die Statistik keine direkten Angaben, doch kann man aus der Grösseneinteilung der Betriebe nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter und nach der Höhe des Jahresproduktwertes schliessen, wie weit sie bisher gediehen ist. Die Angaben über die Grössengliederung der Betriebe nach der Zahl der beschäftigten Lohnarbeiter beziehen sich bei jedem Betrieb auf jene Woche, in der dort die meisten Arbeiter tätig waren, und zwar der Vergleichbarkeit wegen; denn würde der Arbeiterstand in ein und der selben Woche in allen Betrieben zu grunde gelegt, so ist es selbstverständlich, dass diese Woche, in einigen Industrien in die regste und in anderen in die flaueste Geschäftszeit fiel. Hätte man die Angabe des normalen Arbeiterstandes verlangt, so wäre schwer zu entscheiden gewesen, was als *normal* zu gelten hat, und der Willkürlichkeit wäre dabei Tür und Tor geöffnet worden. Von allen 216 262 industriellen Betrieben beschäftigten in der Woche mit dem höchsten Arbeiterstand:

Arbeiter	Betriebe	in %
0	19 679	9,1
1 bis 4	76 193	35,2
5 bis 20	67 577	31,2
21 bis 50	26 492	12,3
51 bis 100	12 403	5,8
101 bis 250	9 022	4,2
251 bis 500	3 063	1,4
501 bis 1000	1 237	0,6
über 1000	536	0,2

Wenn von den Betrieben ohne Lohnarbeiter abgesehen wird, so fällt mit zunehmender Grösse die Zahl der Betriebe von Gruppe zu Gruppe; die kleinen und mittleren Unternehmungen, die bis zu 20 Arbeiter beschäftigten, stellen 75,5 % oder drei Viertel von allen dar.

In den einzelnen Industrien weicht die Grössengliederung der Betriebe vom Durchschnitt manchmal sehr erheblich ab. Die Kleinbetriebe mit höchstens 4 Arbeitern wiegen in der Nahrungsmittelindustrie (72,4 %), in der Papier- und Druckindustrie (67 %), in der Tabakindustrie (72,2 %) und in der Getränkeindustrie (56,8 %) vor. Der Bestand vieler Kleinbetriebe in der Nahrungsmittel- und Tabakindustrie ist leicht erklärlich; in deren meisten Zweigen kann mit sehr geringem Kapital begonnen werden, und in den ländlichen Bezirken sowie den Kleinstädten besteht keine nennenswerte Konkurrenz seitens der Grossbetriebe. In der Druckindustrie sind weit mehr selbständige kleine Zeitungsdruckereien vorhanden als in Europa, es sind sogar Betriebe häufig, in denen eine einzige Person das ganze Blatt allein herstellt. Von den Kleinbetrieben in der Getränkeindustrie befasst sich die Mehrzahl mit der Erzeugung von Mineralwässern, Säften und dergleichen, einem Gewerbe, das seit dem neuerlichen Erstarken der Bewegung zum gesetzlichen Verbot der Herstellung und des Verkaufs alkoholischer Getränke rasch an Umfang zunimmt. Die Betriebsgrössen von 251 beschäftigten Arbeitern aufwärts findet man im Verhältnis am stärksten in der Textilindustrie mit 6,6 % aller Betriebe, in der Eisen- und Stahlindustrie (6,2 %), in der Erzeugung von Landtransportmitteln (6,1 %) und in der Lederindustrie (5,4 %) vertreten; in jeder andern Industriegruppe bilden sie weniger als 5 % aller Betriebe, am seltensten sind sie in der Getränkeindustrie (0,4 %), in der Papier- und Druckindustrie (0,5 %), in der Nahrungsmittelindustrie (0,7 %) und in der Tabakindustrie (0,8 %), also genau in den selben Wirtschaftszweigen, wo mehr als die Hälfte aller Betriebe Kleinbetriebe sind. Von allen Betrieben mit mehr als 1000 Arbeitern treffen 25,9 % auf die Textilindustrie, 22,4 % auf die Eisen- und Stahlindustrie und 12,7 % auf die Erzeugung von Landtransportmitteln. In diesen Wirtschaftszweigen bieten sich dem Grossbetrieb auch die meisten Vorteile. Der Schiffbau ist in den Vereinigten Staaten nicht umfangreich; auf ihn kommen bloss 2,8 % der Betriebe mit mehr als 1000 Arbeitern.

Bei der Zählung von 1899 sind alle Betriebe in die Industriezählung einbezogen worden; und zwar ganz gleich, ob sie ausschliesslich für den örtlichen Bedarf, den eigenen Bedarf der Besteller oder für den Warenmarkt im allgemeinen produzierten. Deshalb sind die Ergebnisse beider Zählungen nicht gut vergleichbar. Von allen 512 254 Betrieben, die 1899 bestanden (darunter 207 562 *fabrikmässigen*), beschäftigten

Arbeiter	Betriebe	in %
0	110 510	21,6
1 bis 4	232 726	45,4
5 bis 20	112 138	21,9
21 bis 50	32 408	6,3
51 bis 100	11 663	2,3
101 bis 250	8 494	1,7
251 bis 500	2 809	0,5
501 bis 1000	1 063	0,2
über 1000	443	0,1

Es darf angenommen werden, dass die Betriebe der Nachbarschaftsindustrie und die reinen Kundenbetriebe, die in der Statistik für 1904 fehlen, zum weit-aus grössten Teil Klein- und Mittelbetriebe sind. Das vorausgesetzt zeigt ein Vergleich beider Zahlenreihen eine nennenswerte Vermehrung der drei grössten Betriebsklassen.

Gruppirt man die industriellen Betriebe nach dem Jahresproduktwert, so stellt sich heraus, dass im Jahre 1904 von den 216 262 Betrieben 71 162 (32,9 %) Waren im Wert von weniger als je 5000 Dollars erzeugt hatten; bei 72 806 Betrieben (33,7 %) betrug der Wert der Jahresproduktion je 5000 bis nicht ganz 20 000 Dollars, bei 48 113 (22,2 %) betrug er je 20 000 bis nicht ganz 100 000 Dollars, bei 22 281 (10,3 %) je 100 000 bis nicht ganz 1 Million Dollars und bei 1900 (0,9 %) je 1 Million Dollars oder mehr. Die kleinen und mittleren Betriebe mit einer Jahresproduktion bis je zu 100 000 Dollars überwiegen der Zahl nach stark; die Grossbetriebe mit je 100 000 bis 1 Million Dollars Jahresproduktwert bilden über ein Zehntel von allen, und die Riesenbetriebe mit mindestens 1 Million Produktwert sind mit kaum 1 % an der Gesamtzahl beteiligt. Ganz anders wird das Bild, wenn wir sehen, wie viele Arbeiter und welcher Betrag angelegten Kapitals auf jede Gruppe von Betrieben kamen. Man zählt

bei einer Jahresproduk- tion von Dollars	Beschäftigte		Betrag des angelegten Kapitals	
	Personen	%	Dollars	%
weniger als 5 000	106 366	1,9	165 317 454	1,3
5 000 bis 20 000	419 566	7,7	531 130 513	4,2
20 000 bis 100 000	1 027 507	18,8	1 654 931 649	13,0
100 000 bis 1 000 000	2 516 429	46,0	5 550 459 933	43,8
1 000 000 oder mehr	1 400 453	25,6	4 784 426 124	37,7
	5 470 321	100,0	12 686 265 673	100,0

In den 1900 Riesenbetrieben waren 13mal so viel Arbeiter tätig wie in den 71 162 kleinsten Betrieben und fast 3mal so viel wie in allen 143 968 Betrieben mit weniger als 20 000 Dollars Jahresproduktwert. Der Jahresproduktwert aller industriellen Betriebe belief sich auf 14 802 Millionen Dollars; aber davon kamen auf die kleinsten Betriebe nur 1,2 %, auf die Betriebe mit je 5000 bis 20 000 Dollars Produktwert 5,1 %, auf die mit je 20 000 bis 100 000 Dollars Produktwert 14,4 %, auf jene mit 100 000 bis 1 Million Dollars Produktwert 41,3 % und auf die 1900 Riesenbetriebe 38 % oder fast zwei Fünftel; an dem Produktwert haben diese einen noch erheblich grösseren Anteil als an der Zahl der Arbeiter, was daher rührt, dass sie sich in ausgedehnterem Masse maschineller Hilfsmittel bedienen als die übrigen. Auf die Betriebe mit weniger als je 5000 Dollars Jahresproduktwert kamen in keiner Industriegruppe mehr als 7 % des Gesamtwertes der Jahresproduktion; dagegen trafen auf die Betriebe mit mindestens je 1 Million Dollars Jahresproduktwert in 3 Industriegruppen mehr als die Hälfte, in 6 Industriegruppen mehr als ein Drittel, aber weniger als die Hälfte, in 2 Industriegruppen mehr als ein Viertel, aber weniger als ein Drittel und in 3 Industriegruppen weniger als ein Viertel des gesamten Jahresproduktwertes der in Frage stehenden Industriegruppen.

Selbst wenn man alle Betriebe mit weniger als je 100 000 Dollars Jahresproduktwert zusammenfasst und den beiden Gruppen mit einem höheren Jahresproduktwert gegenüberstellt, ergibt sich in keiner einzigen Industriegruppe ein Vorwiegen der erstgenannten. Von der Summe des Jahresproduktwertes kamen

in der Industriegruppe	auf Betriebe mit		
	weniger als je 100000 Dollars Jahresproduktion %	100 000 bis 1 Million Dollars Jahresproduktion %	1 Million Dollars oder mehr Jahresproduktion %
Nahrungsmittel . . . . .	23,7	28,2	48,1
Textilwaren . . . . .	14,8	54,7	30,5
Eisen und Stahl . . . . .	11,3	37,0	51,7
Andere Metalle . . . . .	12,2	23,6	64,2
Holz . . . . .	41,3	53,6	5,1
Leder . . . . .	11,8	57,2	31,0
Papier und Druck . . . . .	35,2	48,1	16,7
Getränke . . . . .	14,2	47,9	37,9
Chemikalien . . . . .	16,2	39,4	44,4
Ton, Glas und Stein . . . . .	44,0	51,1	4,9
Tabak . . . . .	30,5	32,4	37,1
Landtransportmittel . . . . .	14,4	44,9	40,7
Schiffbau . . . . .	15,9	26,0	58,1
Andere Industrien . . . . .	21,2	40,4	38,4

Nur bei der Getränkeindustrie stehen diese Zahlen mit jenen über die Grössenverteilung der Betriebe nach der Zahl der Lohnarbeiter nicht im Einklang, und es ist schwer einen zureichenden Grund hierfür zu finden. Im ganzen bezeugt die Aufstellung die Herrschaft des Grossbetriebes. Wie sich im Jahre 1899 die Betriebe nach der Höhe des Produktwertes verteilten, den die einzelne Unternehmung erzeugt hatte, kann nicht gesagt werden, weil die Ergebnisse der damaligen Industriezählung hierüber keine Auskunft gewähren. Hoffentlich hält das Volks- und Industriezählungsamt an der zuletzt gewählten Art der Darstellung fest, so dass es in Zukunft leichter sein wird das Fortschreiten der Kapitalkonzentration zu verfolgen.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stühmer

**Gewerkschafts-Im Korrespondenzblatt veröffentliche die General-**  
**kartelle** **kommission** eine Statistik

über die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahr 1908. Von den 623 Kartellen beteiligten sich 606 an der Berichterstattung. Diesen sind 8437 Gewerkschaften mit 1 560 896 Mitgliedern angeschlossen, darunter sind 8400 Zweigvereine von Zentralverbänden, die der *Generalkommission* angegliedert sind, mit

zusammen 1 555 101 Mitgliedern. Ausser den Zweigvereinen der Zentralverbände gehören den 606 Kartellen noch 37 Organisationen mit zusammen 5795 Mitgliedern an, die der *Generalkommission* nicht angeschlossen sind. Gegenüber dem Vorjahr ist ein geringer Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen, den der Bericht auf die anhaltende wirtschaftliche Krise zurückführt. Trotzdem haben sich die Gewerkschaften der gegenwärtigen Krise gegenüber bedeutend widerstandsfähiger erwiesen als es bei früheren gleichen Perioden der Fall

gewesen ist. Diese grössere Widerstandsfähigkeit ist nicht allein dem Ausbau des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften zuzuschreiben sondern muss in noch weit höherem Grade auf das Konto der Vertiefung und Festigung der gewerkschaftlichen Bestrebungen bei den Arbeitern gesetzt werden. Als die hauptsächlichste Aufgabe der Kartelle ist von den Gewerkschaftskongressen stets die Betreibung der gewerkschaftlichen Agitation am Ort bezeichnet worden. Neben den dafür gemachten Ausgaben kann auch die Zahl der abgehaltenen Versammlungen als ein Gradmesser für die agitatorische Betätigung dienen. Im Berichtsjahr wurden 2668 allgemeine und 1474 berufliche Versammlungen abgehalten; das sind 290 Veranstaltungen mehr als im Vorjahr. Zurückgegangen ist die Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen und der Arbeiterinnenkommissionen, und zwar erstere von 48 auf 30 und letztere von 25 auf 18. In der Vornahme von statistischen Erhebungen ist gegenüber dem Jahr 1907 eine Steigerung eingetreten. Von 161 Kartellen sind zusammen 188 Erhebungen veranstaltet worden. Darunter sind nicht weniger als 114 Arbeitslosenzählungen, ein Beweis für das Interesse, das die Kartelle der Arbeitslosigkeit widmen. Gegenüber der hohen Zahl der Arbeitslosenzählungen treten die anderen Erhebungen stark zurück. Nur in 12 Fällen wurden solche über Lohn- und Arbeitsverhältnisse und in 62 Fällen sonstige Erhebungen vorgenommen. Eine durchaus notwendige Tätigkeit haben die Kartelle auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes zu entfalten. Der Überwachung der Arbeiterschutzbestimmungen dienten im Jahr 1908 126 Beschwerdekommisionen für Gewerbeinspektionssachen und 233 Bauarbeiterschutzkommissionen, ferner 63 Kommissionen für die Beseitigung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber. Auch auf dem Gebiet der Bildungsbestrebungen entfalten die Kartelle eine erfreuliche Tätigkeit. Die Zahl der Kartelle, die gemeinsame Bibliotheken besitzen, ist seit dem Jahr 1907 von 374 auf 430, die der Lesezimmer von 56 auf 70 gestiegen. Zu berücksichtigen ist hierbei noch, dass ein Teil der von den Kartellen veranstalteten gemeinsamen Versammlungen, ebenfalls den Bildungsbestrebungen dienen. Ausserdem bestanden 1908 in 235 Kartellen Bildungsausschüsse, und von 234 Kartellen wur-

den Jugendkommissionen unterhalten. 59 Kartelle hatten Referentennachweise eingerichtet. Die Zahl der Gewerkschaftshäuser hat seit dem Jahr 1907 eine Vermehrung von 33 auf 51 erfahren. Die Zahl der Kartelle, die eigene Versammlungssäle unterhalten, ist von 94 auf 130 gestiegen. Ausserdem wurde auch das Herbergswesen im Interesse der reisenden Gewerkschaftsmitglieder stets gefördert. 12 Kartelle unterhielten Zentralarbeitsnachweise, und an 86 Orten bestehen Arbeitersekretariate, die von den Kartellen unterhalten werden. Ausser den Sekretariaten hatten noch 157 Kartelle Rechtsauskunftsbureaus. Von 81 Kartellen werden insgesamt 136 angestellte Beamte beschäftigt, von denen die Mehrzahl in den Sekretariaten tätig ist. Eigene Bureaus zur Erledigung ihrer geschäftlichen Angelegenheiten unterhielten 17 Kartelle. Von 47 Kartellen wurden während des Berichtsjahrs Sammlungen zur Unterstützung von Streiks und Aussperrungen veranlasst; 83 Kartelle gewährten solche Unterstützungen aus den Mitteln der Kartellkasse.

Über die Einnahmen und Ausgaben der Kartelle liegen aus 589 Orten Angaben vor, deren Gesamteinnahmen 896 291 M. und Gesamtausgaben 883 158 M. betragen. Der Kassenbestand der 589 Kartelle betrug am Schluss des Jahres 1908 484 903 M. (471 770 M. 1907). Nach den weiteren Angaben der Statistik bestanden in 153 Orten Ortsverbände der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, denen 606 Ortsvereine angeschlossen sind. In 135 Orten waren Kartelle der christlichen Gewerkschaften vorhanden, denen 691 Zweigvereine angehörten. In 20 Orten bestehen Hirsch-Dunckersche Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsbureaus und in 94 Orten christliche Sekretariate oder Volksbureaus.

✕ **Krisenwirkung** - Nach einer vorläufigen Zusammenstellung aus den Jahresberichten und Abrechnungen der einzelnen Verbände haben die Gewerkschaften im vergangenen Jahre infolge der Krise insgesamt etwa 72 000 Mitglieder verloren. Am meisten sind die Organisationen des Baugewerbes von dem Mitgliederverlust betroffen worden. So haben die Maurer allein rund 17 400, die Bauhilfsarbeiter 15 700 Mitglieder eingebüsst, die Zimmerer dagegen nur 4100, und die Maler hatten noch eine Zunahme von 500 Mitgliedern zu ver-



zeichnen. Der Textilarbeiterverband ist um 23 300 Mitglieder zurückgegangen. Grössere Verluste erlitten noch die Organisationen der Bekleidungsindustrie mit 3700, der Holzindustrie mit 4500, der Industrie der Steine und Erden (Töpfer, Glasarbeiter usw.) mit 6500 Mitgliedern. Geringere Verluste hatten die Verbände der Metallarbeiter und die Handels- und Transportarbeiter, und am besten haben sich die Verbände der Buchdrucker, Steindrucker usw. gehalten, die einen Mitgliederzuwachs von 2600 registrieren konnten. Die Verbände der Bureauangestellten, der Gemeindearbeiter, der Zivilmusiker und des Nahrungsmittelgewerbes haben auch noch einen kleinen Aufschwung zu verzeichnen. Die genauen Zahlen werden erst mit der Veröffentlichung der Statistik über die Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften bekannt. Wenn diese Krise, die eine so umfangreiche Arbeitslosigkeit zur Folge hatte, auch den früheren Fortschritt der Gewerkschaften im allgemeinen etwas gehemmt und aufgehalten hat, so ist zur Entmutigung deshalb doch nicht die geringste Ursache vorhanden. Die mit um so grösserem Eifer einsetzende Agitation bei beginnender guter Geschäftskonjunktur wird den kleinen Verlust doppelt wieder einbringen.

× **Kongresse und Die Kürschner hielten** ×  
**Verbandstage** vom 19. bis zum 21. April  
 ihren Verbandstag in Nürnberg ab. Nach dem Vorstandsbericht ist die Mitgliederzahl in den letzten drei Jahren von 1820 (Ende 1905) auf 2811 (Ende 1908) gestiegen. Einschliesslich des Übertritts der ehemaligen Berliner Lokalorganisation brachte das letzte Jahr allein einen Zuwachs von 478 Mitgliedern. Die Zahl der Lohnbewegungen in der 3jährigen Periode betrug 18, die der Streiks und Aussperrungen, die 637 Tage dauerten und 11 182 M. kosteten, 14 mit 197 Beteiligten. Das Verbandsvermögen beträgt 59 646 M. Die Beratung über die Tarifbewegung endete mit der Annahme zweier Resolutionen, von denen die eine den Abschluss von Tarifverträgen als nützlich für die Gewerkschaften empfiehlt, die Dauer der Bindung aber auf längstens 3 Jahre begrenzt, während die andere sich für paritätische Arbeitsnachweise erklärt, falls diese beiderseitig als obligatorisch anerkannt werden. Die Beratung über den Ausbau des Unterstützungswesens war hauptsächlich der Einführung der Arbeitslosenunterstützung

gewidmet. Die neu einzuführende Arbeitslosen- wird mit der bestehenden Krankenunterstützung zu einer Erwerbslosenunterstützung verbunden. Der Beitrag wie auch die Unterstützungen werden in 4 Klassen abgestuft. Der neue Beitrag in Höhe von 30, 40, 50 und 60 Pf. tritt Oktober 1909, der Bezug der neuen Unterstützungen aber erst am 5. Oktober 1910 in Kraft. Resolutionen wurden über die Abschaffung der Akkord- und Heimarbeit angenommen, ferner wurde zur Maifeier Stellung genommen, wonach den Mitgliedern empfohlen wurde den 1. Mai, wenn irgend möglich, durch Arbeitsruhe zu feiern.

In Frankfurt a. M. tagten vom 9. bis zum 12. Mai die Lagerhalter. Der Mitgliederbestand ist im Jahre 1908 von 1953 auf 2160 gewachsen, so dass nunmehr zirka 45 % aller Lagerhalter und Lagerhalterinnen organisiert sind. Das Vermögen beträgt 45 000 M. In vielen Orten wurden durch Tarifverhandlungen mit den einzelnen Konsumvereinen Erfolge erzielt, indem Arbeitszeitverkürzungen und Gehaltserhöhungen erreicht wurden. Über die Tarifgemeinschaft mit dem *Zentralverband deutscher Konsumvereine* referierte Genosse Bammes-Leipzig. Er befürwortete den Abschluss eines Tarifs auf grund des Dienstvertrags, wie ihn der *Zentralverband deutscher Konsumvereine* in Vorschlag gebracht hatte. Die Debatte war eine ausgedehnte und teilweise sehr heftige. Der § 8 des Dienstvertrags, der die Mankofrage regelt, bildete den Streitpunkt. In namentlicher Abstimmung wurde der Dienstvertrag mit 32 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Nach einem Referat des Genossen Gustav Bauer-Berlin über die Reichsversicherungsordnung wurde die von dem Referenten vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen. Die Unterstützungsrichtungen wurden durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung, Erhöhung der Umzugsunterstützung von 50 auf 75 M. und der Gemassregeltenunterstützung von 15 auf wöchentlich 18 M. erweitert. Der Monatsbeitrag wurde auf 1,75 M. festgesetzt. Die neuen Bestimmungen sind am 1. Juli in Kraft getreten. Der Vorstand wurde beauftragt mit dem Handlungsgehilfen- und dem Transportarbeiterverband wegen Verschmelzung aller drei Verbände in Verhandlung zu treten.

Ebenfalls nach Frankfurt a. M. hatte der Fabrikarbeiterverband eine Konferenz der in der chemischen Industrie

beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen einberufen. Diese fand am 30. und 31. Mai statt, und es waren in der Hauptsache diejenigen Zweige der chemischen Industrie vertreten, in denen die Arbeiter besonderen Gefahren durch Vergiftung, Verbrennung usw. ausgesetzt sind. Das erste Referat hielt Professor Sommerfeld-Berlin über die Vergiftungsgefahren in der chemischen Industrie. Der Referent stellte eine Reihe Forderungen zur Ausgestaltung des Arbeiterschutzes auf, die sich zum Teil mit der später angenommenen Resolution deckten. Die Debatte zu diesem Punkt förderte Einzelheiten zu Tage, aus denen die dringende Notwendigkeit einer weiteren Ausgestaltung des Arbeiterschutzes mit aller Deutlichkeit hervorging. Nach einem Referat des Genossen Schneider über die wirtschaftliche Lage der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter gab der Verbandsvorsitzende Brey-Hannover an der Hand eines reichhaltigen Materials eine vorzügliche Darstellung über die Forderungen der Arbeiter in der chemischen Industrie an die Gesetzgebung. Darauf gelangte eine längere Resolution, die sämtliche Forderungen für den Arbeiterschutz sowie auch zur Reform der Versicherungsgesetze enthielt, einstimmig zur Annahme. Die Bildhauer hielten ihre Generalversammlung vom 31. Mai bis zum 4. Juni in Magdeburg ab. Diese Organisation hatte wohl mit am meisten unter der Krise zu leiden und deshalb mit einer sehr erheblichen Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die Arbeitslosenunterstützung ist denn auch von 56 678 M. im Jahre 1906 auf 87 135 M. im Jahre 1908 gestiegen. Da zur selben Zeit die Zahl der Mitglieder von 4875 auf 3988 zurückging, sank auch der Kassenbestand von 88 574 M. auf 59 565 M.; im 1. Quartal 1909 trat ein weiterer Rückgang auf 38 733 M. ein. An den Lohnkämpfen waren in der Zeit von 1906 bis 1908 3990 Berufsangehörige beteiligt. Das Ergebnis war, dass für 2858 Berufsangehörige der Lohnkampf erfolgreich, für 833 teilweise erfolgreich, und für 289 erfolglos endete. An Arbeitszeitverkürzung wurde pro Person und Woche 2½ Stunden und an Lohnerhöhung 2,03 M. erreicht. Die Kosten der Lohnbewegungen beliefen sich auf 144 074 M. Infolge der durch die Krise und andere Ursachen hervorgerufenen Arbeitslosigkeit entstand in der Organisation eine starke Strömung für den Anschluss an den Holzarbeiterverband. Eine Urab-

stimmung ergab indes, dass der Anschluss mit 1536 gegen 1142 Stimmen abgelehnt wurde. Der Mitgliedsbeitrag wurde von 75 auf 85 Pf. pro Woche erhöht. Ferner wurde beschlossen dem nächsten Gewerkschaftskongress folgenden Antrag zu unterbreiten: »Es ist eine allgemeine Kasse zu gründen, zu der sämtliche Gewerkschaften nach ihrer Mitgliederzahl regelmässige Beiträge leisten, zwecks Unterstützung der Ausgesperrten solcher Gewerkschaften, die durch Aussperrung anderer Berufe in Mitleidenschaft gezogen werden.« Schliesslich gelangte im Anschluss an einen Vortrag des Genossen Robert Schmidt-Berlin über die Reichsversicherungsordnung eine Resolution zur Annahme, in der die Mängel des Entwurfs hervorgehoben wurden und die Tendenz der Reform entschieden gemissbilligt wurde. Die Metallarbeiter tagten vom 31. Mai bis zum 5. Juni in Hamburg. Über den Kassenbericht, der auch dem Verbandstag vorlag, habe ich bereits referiert (siehe diese Rundschau, pag. 662). Aus dem Vorstandsbericht sei noch erwähnt, dass im Jahre 1908 623 Lohnbewegungen (1907 1067) durchgeführt wurden, von denen 198 (345) zum Streik führten. Im Jahre 1908 bestanden 375 Tarifverträge (1907 393) für 124 (123) Orte und Bezirke mit 11 169 (11 443) Betrieben und 91 570 (100 698) Beteiligten. Die Diskussion über den Vorstandsbericht drehte sich fast ausschliesslich um die Vorgänge in Stettin und Mannheim, wo die Streiks infolge Androhung einer Massenaussperrung durch die Unternehmer auf Beschluss des Vorstands abgebrochen werden mussten. Beschlüsse irgend welcher Art wurden zu dieser Frage nicht gefasst, jedoch wurden die Anträge des Vorstands abgelehnt diesem in bestimmten Fällen hinsichtlich der Beendigung von Streiks weitere Rechte einzuräumen. Besonderer Erwähnung ist die Stellungnahme zur Maifeier wert. Zu diesem Punkt wurde eine Resolution mit 129 gegen 51 Stimmen angenommen, die sich gegen die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai ausspricht und es den einzelnen Mitgliedern überlässt den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern und die sich daraus eventuell ergebenden Folgen selbst zu tragen. Dieser Beschluss wurde in der Parteipresse zum Teil sehr scharf bekämpft; man berücksichtigt indes dabei nicht, welche Schwierigkeiten sich für die Metallarbeiter in den letzten Jahren we-

gen der Durchführung der Arbeitsruhe ergaben. Weitere Resolutionen wurden zum Arbeiterschutz in der Metallindustrie, zum Arbeitskammerngesetzentwurf und zur neuen Reichsversicherungsordnung angenommen. Der Vorstand wurde ferner beauftragt der nächsten Generalversammlung den Statutenentwurf zu einer (Unfall-, Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenen-) Unterstützungskasse für die Angestellten und Arbeiter des Verbands vorzulegen. Ferner wurde noch beschlossen den internationalen Metallarbeiterkongress, der 1910 zu Birmingham stattfindet, durch 5 und den internationalen Sozialistenkongress in Kopenhagen durch 8 Delegierte zu beschicken.

Vom 30. Mai bis zum 3. Juni hielten die Glasarbeiter ihre Generalversammlung in Hannover ab. Der Geschäftsbericht des Vorstands umfasst die Jahre 1907 und 1908. Darin zeigen sich die Wirkungen der Krise in dem Wachsen der Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung: 1907 23 095,50 M., 1908 101 197,80 M. Die Ausgaben für Streikunterstützung betragen 1907 36 341 M., 1908 129 698,69 M. Trotz dieser hohen Ausgaben hat sich der Kassenbestand in der Berichtsperiode von 35 756 auf 71 209 M. erhöht. Die Mitgliederzahl ist in der selben Zeit von 14 252 auf 16 240 gestiegen. Es wurde Einführung der Krankenunterstützung beschlossen; man will jedoch wegen der damit verbundenen Beitragserhöhung so lange warten, bis die wirtschaftliche Lage sich gebessert hat. Die Generalversammlung erörterte ferner die Verschmelzung des Verbands mit denen der Porzellanarbeiter und der Töpfer und beauftragte den Vorstand weitere Verhandlungen mit diesen beiden Organisationen zu führen, über die der nächsten Generalversammlung Bericht erstattet werden soll. Eventuell soll die nächste Generalversammlung zur gleichen Zeit und am nämlichen Ort wie die beiden anderen Verbände tagen. Die neue Reichsversicherungsordnung stand ebenfalls auf der Tagesordnung. Zu diesem Punkt wurde nach einem Referat des Genossen Bauer-Berlin, der den Entwurf einer scharfen Kritik unterzog, einstimmig eine Resolution in diesem Sinn angenommen.

Die Transportarbeiter hielten ihren Verbandstag vom 6. bis zum 12. Juni in München ab. Der Vorstand hatte seine Rechenschaftsberichte für

1907 und 1908 in je einem umfangreichen Jahrbuch niedergelegt. In der Geschäftsperiode wurden 79 699 Neuaufnahmen verzeichnet, infolge der grossen Fluktuation war jedoch nur ein Zuwachs von 5962 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 2546 auf 4378 oder um 72 %. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder betrug in der Geschäftsperiode 1905-1906 9421, in den Krisenjahren 1907-1908 indes 18 957, also über 100 % mehr, jedoch konnten durch den Arbeitsnachweis des Verbands 16 438 Stellen durch Verbandsmitglieder besetzt werden. An Lohnbewegungen waren 933 Fälle mit 42 868 Beteiligten zu verzeichnen, die zu 90,6 % erfolgreich verliefen und für Streikunterstützung 277 455 M., für Gemassregelungenunterstützung 490 631 M. erforderten. Im ganzen wurden 333 Tarife in 2493 Betrieben mit 20 648 Arbeitern abgeschlossen. Die Unterstützungseinrichtungen verursachten insgesamt eine Ausgabe von 1 357 830,66 M.; das bare Verbandsvermögen betrug am 31. Dezember 1908 468 125,63 M. Über die Frage der Einheitsorganisation im Handels- und Transportgewerbe referierte der Verbandsvorsitzende Genosse Schumann. Es lag dem Verbandstag eine Denkschrift vor, die das Aktenmaterial über die Grenzstreitigkeiten mit dem Verband der Hafnarbeiter und über die bisher gepflogenen Zusammenschlussverhandlungen enthielt. Die Vorsitzenden des Hafnarbeiter-(Döring) und des Seemannsverbands (Müller) beteiligten sich an der Debatte. In der Diskussion wurde hervorgehoben, dass die Differenzen in ihrer Hauptsache auf Grenzstreitigkeiten zurückzuführen sind. Der Verbandstag erklärte jedoch, dass diese gegenwärtig bestehenden Grenzstreitigkeiten kein Hindernis für die Fortführung der Zusammenschlussverhandlungen sind noch für die Zukunft sein dürfen, weil nur durch den Vollzug des Zusammenschlusses diese Streitigkeiten endgültig beseitigt werden können. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt die Schaffung der Einheitsorganisation unter voller Wahrung der Interessen der Mitglieder mit allen Kräften zu fördern und zu diesem Zweck neue Verhandlungen mit den Verbänden der Hafnarbeiter und Seeleute anzuregen. Zu den eventuellen neuen Verhandlungen sollen 3 Vertreter aus der Mitgliedschaft zugezogen werden. Über die Reichsversicherungsordnung wurde

nach einem Referat des Genossen Stelling-Lübeck, der an dem Gesetzentwurf scharfe Kritik übte, eine dementsprechende Resolution einstimmig angenommen. Weitere Resolutionen wurden noch zur Frage der Arbeitskammern sowie zu den Vorschlägen des Beirats für Arbeiterstatistik über die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Transportgewerbe angenommen. Hervorgehoben sei noch ein Referat über die Zentralisation der Arbeitgeberorganisationen, das Genosse Berder hielt. Das Statut des Verbands hat einige wesentliche Veränderungen erfahren. So wurde beschlossen an Stelle der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung die Erwerbslosenunterstützung mit 3 Beitragsklassen und steigender Skala nach der Dauer der Mitgliedschaft einzuführen. Die Streik- und Gemassregelnunterstützung wurde gegenüber den bisherigen Sätzen um je 1 M. pro Woche erhöht, doch darf sie in keinem Fall den vorher verdienten Wochenlohn übersteigen. Zur Vertretung des Verbands auf dem nächsten Gewerkschaftskongress werden 15 Delegierte, zum internationalen Transportarbeiterkongress, der 1910 in Kopenhagen tagt, 5 Delegierte gewählt. Der nächste Verbandstag findet 1911 in Breslau statt. Auf der Generalversammlung der Xylographen, der vom 14. bis zum 17. Juni in Kassel stattfand, nahm die beantragte Verschmelzung mit dem Lithographenverband das Hauptinteresse in Anspruch. Die Mitgliederzahl betrug am Schluss des Jahres 1908 502, und die Möglichkeit einer Ausdehnung ist bei der geringen Zahl der Berufsgenossen kaum vorhanden. Die eigenartigen Verhältnisse des Berufs machten es bisher möglich mit 21,60 M. Mitgliedsbeitrag pro Jahr auszukommen, während er bei den Lithographen 62,40 M. beträgt. Dabei sind die Xylographen finanziell gut gestellt, da der kleine Verband ein Vermögen von 37 018,49 M. besitzt. Man befürchtete nun, dass eine Verdreifachung des Beitrags der Organisation schaden könnte, deshalb wurde von dem Anschluss vorläufig noch Abstand genommen. Beschlossen wurde noch mit dem *Bund xylographischer Anstalten* in Unterhandlungen zu treten, um eine Erhöhung der Stückpreise zu erzielen. Im allgemeinen soll indessen auf die Abschaffung der Stückarbeit hingewirkt, und da, wo die Verhältnisse günstig sind, Zeitarbeit gefordert werden.

**Jubiläen** Der Steinarbeiterverband konnte am 6. Juli auf eine 25jährige Tätigkeit in zentralistischer Form zurückblicken. Auf dem Kongress der Steinmetzen im Jahre 1884 in Halle a. S. als lose Zentralisation mit dem Vertrauensmännersystem gegründet, ist daraus später im Jahre 1893 die Organisation aller in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter geworden, im Jahre 1902 ist aber erst die jetzige Verbandsform angenommen worden. Damit erfolgte dann auch der Anschluss an die *Generalkommission*. Die Vertrags- und Tarifvereinbarung entwickelte sich gut und gewann an Bedeutung; an Unterstützungseinrichtungen wurde zunächst eine Krankenzuschkasse geschaffen, während an der Arbeitslosenunterstützung noch gearbeitet wird. Als Resultat der Bemühungen des Verbands in sozialpolitischer Beziehung kam 1902 die Bundesratsverordnung zum Schutz der Steinarbeiter zu stande. Der Verband zählt zurzeit etwa 18 000 Mitglieder, für seine Leistungsfähigkeit spricht es, dass er allein für Streikunterstützung im 1. Halbjahr dieses Jahres 144 000 M. aufbringen konnte.

× **Gewerkschaftshäuser** ×  
 Zum 29. und 30. Juni hatte die *Generalkommission* eine Konferenz der Vertretungen der Gewerkschaftshäuser nach Berlin einberufen, um eine Reihe wichtiger Fragen für die Begründung, die Unterhaltung und die Verwaltung der Gewerkschaftshäuser zur Erörterung zu bringen. Bekanntlich war die Gelegenheit auf der letzten Konferenz der Verbandsvorstände besprochen worden (siehe diese Rundschau, pag. 660). 40 Städte, in denen teils Gewerkschaftshäuser bereits bestehen teils die Errichtung solcher geplant ist, waren vertreten. Anwesend waren 21 Vertreter von Gewerkschaftskartollen, 32 von Gewerkschaftshausverwaltungen, ferner 2 vom Gastwirtsgehilfen-, 1 vom Transportarbeiterverband, 9 von der *Generalkommission* und 1 Vertreter des Parteivorstands. Die Rechtsform und die Verwaltung der Gewerkschaftshäuser waren Gegenstände eingehender Verhandlungen. Der Gesellschaft mit beschränkter Haftung wurde der Vorzug gegeben, wenn nicht besondere örtliche Verhältnisse eine andere Rechtsform dringend notwendig machen. Vor der unüberlegten Errichtung von Gewerkschaftshäusern wurde gewarnt. Die Beschaffung der

Mittel soll Aufgabe der örtlichen Organisationen sein, es soll jedoch die Errichtung einer Volksbank mit Hilfe der Gewerkschaften in ernste Erwägung gezogen werden. Für die Benutzung der Säle soll bare Miete oder ein direkter Beitrag bezahlt werden, damit die Entschädigung durch den Genuss geistiger Getränke fortfällt. Durch bare Zuschüsse seitens der Gewerkschaften am Ort soll die Möglichkeit geschaffen werden die Herbergverhältnisse in muster-gültiger Weise zu lösen. Von der Partei- und Gewerkschaftspressen wurde erwartet, dass sie in geeigneter Weise für die bestehenden Gewerkschaftshäuser eintrete. Ferner ersuchte die Konferenz die *Generalkommission* auf die Tagesordnung des nächsten Gewerkschaftskongresses die Schaffung eines Zentralfonds für die Errichtung von Gewerkschafts- und Versammlungshäusern zu setzen. Im weitem beschäftigte sich die Konferenz mit dem Arbeitsverhältnis der Angestellten sowie mit der Einführung einer möglichst einfachen, aber übersichtlichen und leicht zu kontrollierenden Buchführung. Zum Schluss wurde den Gewerkschaftshausverwaltungen ein gegenseitiger Austausch ihrer Jahresabrechnungen nahe gelegt.

×  
**Österreich** Aus dem ausführlichen Bericht, den die österreichische *Gewerkschaftskommission*, wie alljährlich, über die Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften Österreichs im Jahre 1908 publiziert hat, sei folgendes erwähnt. Ende 1907 zählten die Gewerkschaften 501 094 Mitglieder. Im Lauf des Jahres 1908 traten 176 819 Personen bei, während 195 634 austraten; es ist somit ein Gesamtverlust von 18 815 Mitgliedern zu verzeichnen. Ende 1908 waren 482 279 Mitglieder vorhanden, davon gehörten 35 052 der tschechoslawischen Kommission an. Die Gesamteinnahmen für Vereinszwecke betragen 9 329 003,65 K., die Gesamtausgaben 8 354 995,42 K. Von den Ausgaben entfielen auf Unterstützungszwecke (ohne Streikunterstützung) 3 669 084,61 K., davon allein für Arbeitslosenunterstützung 1 574 668,86 K. Für die Streikfonds, die separat verwaltet werden, wurden 4 103 394 K. eingenommen und 1 454 523,34 K. ausgegeben. Das Gesamtvermögen der Gewerkschaften (ohne Widerstandsfonds) stieg von 8 806 038,74 K. Ende 1907 auf 9 978 370,77 K. Ende 1908, so dass auf jedes Mitglied der

Zentralverbände ein Vermögensstand von 20,69 K., auf jedes Mitglied der tschechoslawischen Verbände dagegen nur von 12,76 K. entfällt.

Aus der österreichischen Gewerkschaftsbewegung sei kurz noch folgendes bemerkt. Im Mai und Juni hielten die Brauereiarbeiter und Fassbinder, die Zuckerbäcker, die Textilarbeiter Verbandstage ab. Bei den Buchdruckern und Schriftgeissern ist die starke Organisation hervorzuheben. Nur 504 Berufsgenossen stehen in Österreich noch ausserhalb der Organisation. Der Verband selbst zählte Ende 1908 14 079 Mitglieder; das Gesamtvermögen betrug 2 343 304,55 K.

Für das Maurergewerbe ist am 1. Mai ein Kollektivvertrag in Kraft getreten, dem sich Vereinbarungen für die Zimmerer, Dachdecker und Maler anschlossen. Die Verträge für das Wiener Baugewerbe haben einheitlich bis zum März 1913 Gültigkeit.

Lohnbewegungen, die zum Teil den Abschluss von Tarifverträgen zur Folge hatten, fanden ausserdem noch bei den Schlossern, Spenglern, Schwertfeuern, Installateuren, Steindruckern, Damenhutarbeitern und in der Speditionsbranche statt.

×  
**Kurze Chronik** Die Abrechnung des Buchdruckerverbands für das Jahr 1908 ergibt an Einnahmen (einschliesslich 6 262 090 M. Vortrag von 1907) 9 419 249,09 M. Die Ausgaben betragen 2 410 813,98 M., der Kassenbestand 7 008 435,11 M. In den Ausgaben sind enthalten: Reiseunterstützung 178 963,55 M., Arbeitslosenunterstützung 706 821,75 M., Unterstützung an vorübergehend Arbeitsunfähige 880 245,42 M., an dauernd Arbeitsunfähige 272 772,50 M., Begräbnisgeld 72 717,66 M., Umzugskosten 31 280 M. Die Mitgliederzahl stieg von 53 539 auf 56 325, der effektive Mitgliederzuwachs betrug demnach 2786. × Beim Maurerverband wurden 1908 in der Hauptkasse 2 527 501,21 M., in den Ortskassen 1 142 948,23 M. vereinnahmt. Die Ausgaben betragen in der Hauptkasse 1 540 127,66 M., in den Ortskassen 1 046 254,48 M. Die grössten Ausgabeposten der Hauptkasse sind für Streikunterstützung 345 708,34 M. und für Krankenunterstützung 401 355,22 M. Der Kassenbestand betrug in der Hauptkasse 4 518 583,94 M., in den Ortskassen

1 275 304,86 M. und in den Gaukassen 65 665,74 M. × Der Schneiderverband vereinbarte 1908 98 Tarifverträge für 2509 Betriebe, die zusammen 24 320 Personen beschäftigen. Am Schluss des Jahres 1908 waren 280 Tarifverträge in Kraft, die 7773 Betriebe mit 69 270 Personen umfassen. Die Verträge verteilen sich auf die Herrenmass- und Uniformbranche, die Herrenkonfektion, Damenschneiderei und Wäschefabrikation. × Der Handschuhmacherverband, der am 1. Juli zum Lederarbeiterverband übergetreten ist, war am 4. Juli 1869 gegründet worden, gehörte also neben dem Buchdruckerverband mit zu den ältesten Gewerkschaften Deutschlands. Seit 20 Jahren gehörten 90 % der Berufsgenossen der Organisation an. Es sind noch 14 Mitglieder vorhanden, die dem Verband seit der Gründung, also volle 40 Jahre, ununterbrochen angehören. × Der neue Landarbeiterverband hat nunmehr seine Tätigkeit aufgenommen. Der Landarbeiter, das Verbandsorgan, erscheint seit dem 1. Juli bis auf weiteres monatlich. Der Vorstand des Verbands und die Redaktion der Zeitung haben ihren Sitz in Berlin. Vorsitzender ist der bisherige Leiter des Gärtnerverbands, Genosse Georg Schmidt.

### Gelüste Bewegung / Wilhelm Hausenstein

**Arbeiterbildungsweesen in Bayern** Der Arbeiterbildungsverein *Vorwärts* in München blickt auf eine 3jährige Tätigkeit zurück. Da die Probleme, mit denen der Verein es zu tun hat, typisch sind, dürfte es sich verlohnen die Lösungen, die er in seiner Praxis gefunden hat, eingehend darzustellen. Der Verein ist die Bildungsorganisation der freien Gewerkschaften und des sozialdemokratischen Vereins Münchens. Der Ausgangspunkt der Tätigkeit dieses Vereins war und ist die feste Überzeugung, dass die Arbeiterschaft die ihr gemässe Form der Belehrung nur in einer Bildungsorganisation finden kann, die sie selber geschaffen hat. Die Münchener freien Gewerkschaften sind zwar korporatives Mitglied des (bürgerlichen) Volkshochschulvereins. Aber es ist Tatsache, dass die Vortragshörer dieses Vereins nur zu einem sehr kleinen Teil aus Arbeiterkreisen stammen. Der Grund ist dreifacher Natur. Bürgerlichen Hilfsvereinen — und die Volkshochschulvereine sind als philanthropen Hilfsvereine zu bezeichnen — steht der Arbeiter naturgemäss mit anderen mora-

lischen Empfindungen gegenüber als der Bildungsorganisation, die unmittelbarste Leistung des Proletariats selber ist. Naturgemäss hat der Arbeiter zur Selbsthilfe auch hier ein ganz anderes Vertrauen als zur Hilfe, die als klassenfremder Beistand von aussen an ihn herankommt. Der zweite Grund betrifft die Lehrtechnik. Es ist Tatsache, dass die Kurse der Volkshochschulvereine mit ihrer nicht selten stark esoterischen Sprache dem Nichtakademiker keineswegs sehr fasslich sind. Zwingender noch als diese beiden Gründe ist der dritte. Er hat es mit dem Lehrinhalt zu tun. Unmöglich können parteipolitisch neutrale Volkshochschulkurse dem kämpfenden Arbeiter die Gesellschaftswissenschaft darbieten, die der kämpfende Arbeiter aus den Bedürfnissen seiner Klassenbewegung heraus einfach nötig hat. Erfahrung lehrt, dass selbst der subjektiv reinste, subjektiv vornehmste Wille des bürgerlichen Volkshochschullehrers nicht für den — fast selbstverständlichen — Mangel an jener weitsehenden soziologischen Orientierung entschädigt, die bildungsbegierige Arbeiter vom Standpunkt ihres Kampfes allerdings erwarten und verlangen müssen. Volkshochschulvereine sind eben im tieferen Sinn mit der Arbeiterbewegung doch nicht identisch, so wertvoll sie uns sein müssen. Auch unbewusste klassenpsychische Befangenheit ist ein Element jener spezifischen, gesellschaftsgeschichtlich bedingten Erkenntniskultur, die man mit einem sozialpsychologischen Terminus zu Recht *bürgerliche Wissenschaft* genannt hat.

Der Münchener Arbeiterbildungsverein *Vorwärts* verlegt seit seiner Entstehung das Hauptgewicht auf die Pflege jener Disziplinen, in denen das soziologische Moment besonders vordringlich wird. Auf diesen Gebieten lag und liegt der Unterricht nur in den Händen organisierter Sozialdemokraten. Es wäre jedoch falsch gewesen, hätte der Verein sich auf diese Dinge beschränkt. Der Arbeiter erwartet von seinem Bildungsverein nicht nur Belehrung auf dem Gebiete der politischen Wissenschaften sondern einen universellen Unterricht. Der Arbeiter will, dass seine Bildungsorganisation gegenüber jeglichem Bildungsbedürfnis gerüstet sei, deshalb nahm der Verein auch Dinge in seine Programme, die nicht im engsten Sinne zum Gebiet der Gesellschaftswissenschaft gehören. Im naturwissenschaftlichen und ästheti-

schon Unterricht nahm man auf die politische Stellung des Lehrers keine Rücksicht. Das 1. Lehrjahr brachte ausschließlich gesellschaftswissenschaftliche Themata, die in Form von Einzelvorträgen von den Genossen Paul Kampffmeyer, Alwin Saenger, Heinrich Harpuder und mir behandelt wurden. Im 2. Lehrjahr ging man zu festen Zyklen über. Es wurde gelehrt: Einführung in die Volkswirtschaft (Heinrich Harpuder); volkswirtschaftliche Diskussionsübungen auf Grund des *Kommunistischen Manifestes* hielt der gleiche Dozent ab. Über Ferdinand Lassalle, ferner über politische und Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts sprach ich. Des weitern wurden dort behandelt: Napoléon I. (Kurt Eisner), die Auferstehungsgeschichte im Lichte der Religionswissenschaft (Max Maurenbrecher), Grundzüge der Kriminalpsychologie (Adolf Kaufmann), Grundzüge des Völkerrrechts (Alwin Saenger), das Problem der Arbeiterversicherung (Johannes Timm), Invaliditäts- und Altersversicherung (Emil Dachsel), Kranken- und Unfallversicherung (Georg Maurer), Theorie des Genossenschaftswesens (Franz Staudinger), die Lokomotive, mit Führungen durchs *Deutsche Museum* (Wilhelm Wagner), moderne Dichter und Denker (Heinrich Harpuder). Im 3. Lehrjahr wurde der Lehrplan wiederum erweitert. Es wurden behandelt: Wirtschaftsgeschichte (Heinrich Harpuder), Diskussionsübungen über Wirtschaftsgeschichte (der selbe); Debattierübungen über ausgewählte Kapitel aus den Klassikern des Sozialismus mit Anleitung zu Referaten und schriftlichen Arbeiten hielt ich ab, ferner behandelte ich die Geschichte der politischen Parteien Deutschlands. Ich nenne ferner folgende Vorträge: Die Entwicklung der preussischen Hegemonie im Reiche (Kurt Eisner), Geschichtsauffassungen (Paul Kampffmeyer), das bürgerliche Gesetzbuch (Alwin Saenger), der gewerbliche Arbeitsvertrag (Adolf Kaufmann), Geschichte der Gewerkschaftsbewegung (Johannes Timm), Nervenheilkunde und Alkoholismus (Eduard Hirt), die Erde und die sie umgestaltenden Kräfte, mit Lichtbildern (Emil Dacqué), Botanik (Heinrich Rost). ausgewählte Kapitel aus der neueren Kunstgeschichte (Hermann Esswein). Endlich fanden 10 Führungen durch die ältere Pinakothek unter Leitung des Herrn Heinrich Braune statt. Die Kurse haben in den Vereinslokali-

täten stattgefunden, die im Zentrum der Stadt gemietet sind. Die Frequenz war im allgemeinen unbefriedigend. Von einem halben Hundertertausend gewerkschaftlich Organisierter waren nie mehr als Tausend im Bildungsverein immatrikuliert. Von diesen Tausend nahmen pro Jahr nach Schätzung etwa 300 verschiedene Schüler an den Kursen teil. Die besten Ziffern erreichten die Kurse *Grundzüge der Volkswirtschaft* und *Lassalle*: 120 respektive 80 regelmässige Hörer. Die geringe Frequenz bewies nichts gegen das Programm, auch — nach Aussagen der Schüler — nichts gegen die Lehrart. Wohl aber war ein Organisationsfehler gemacht worden. Dieser Fehler bestand teils darin, dass die fast zu zahlreichen Veranstaltungen des Vereins öfter mit denen der Partei und der Gewerkschaften zeitlich kollidierten, teils darin, dass der Lehrbetrieb örtlich streng zentralisiert war. Die Arbeiter klagten, es sei ihnen beim besten Willen nicht möglich die Vereinsräume regelmässig aufzusuchen. Der Verein beschloss daher eine Reorganisation des äusseren Betriebs. Für das kommende 4. Lehrjahr (Winter 1909-1910) ist nicht bloss eine geringere Anzahl von Lehrabenden sondern auch teilweise eine Dezentralisation des Lehrbetriebs vorgesehen. Die Stadt wird in 5 Bezirke geteilt, deren jeder 12 Lehrabende zu erwarten hat. Von jenen 12 Lehrabenden in den Bezirken entfallen pro Bezirk je 3 auf Volkswirtschaftslehre, Arbeiterrecht, Probleme der materialistischen Geschichtsauffassung und volkswirtschaftliche Diskussionsübungen. Im Zentrallokal werden in mehr schulmässig intimer Art sowohl politische als naturwissenschaftliche und ästhetische Disziplinen gepflegt werden. Im Zentrallokal verbleibt nach wie vor namentlich der 3klassige deutsche Sprachunterricht. Hier am meisten wird der Auslaseschüler gefördert; hier ist Selbsttätigkeit der Teilnehmer. Dieser Unterricht hatte und behält die Tendenz auf eine ausführliche Behandlung grammatischen Regelwerks zu verzichten und die Theorie des Satzbaus nur gelegentlich — an exemplarischen Stilproben unserer politischen oder belletristischen Klassiker — zu entwickeln. Lag der deutsche Unterricht in den Händen eines Parteigenossen, so konnte dieser Unterricht zu einem geschlossenen politischen Repetitorium und Konversatorium gemacht werden. Auf dem Gebiet der schönen Literatur liegen

die Chancen für unsere Zwecke sehr günstig. Der deutsche Unterricht verfolgte jedoch — wo es anging — auch den Zweck politische und gewerkschaftliche Referenten auszubilden.

Die Finanzierung des Vereins übernahmen Gewerkschaften und Partei. Die Gewerkschaften geben jährlich 3000 M., die Partei gewährt einem Zuschuss von 1500 M. Die Mitgliederbeiträge sind relativ unbedeutend: sie erbringen, bei einem monatlichen Kopfbeitrag von 20 Pf., jährlich etwa bloss 1300 M., da die Einkassierung stets einen grossen Teil der Mitglieder nicht erreicht. Die Jahreseinnahme aus allen Quellen betrug 1907-1908 8919 M., 1908-1909 7944 M. Die Hauptziffern des Ausgabeetat sind 2700 M. für jährliche Lokalmiete und 1800 M. für Honorare bei einem Satz von 10 M. pro Vortrag. Im Winter 1908-1909 hat das Gausekretariat begonnen Lehrtournees in Südbayern mit Lehrkräften aus der Münchener Parteiorganisation zu veranstalten. Mehrere Orte Südbayerns wurden mit je 2 Vorträgen besucht, die aus den Gebieten des Rechts, der Volkswirtschaft und der Geschichte genommen waren und von den Genossen Saenger, Harpuder und mir gehalten wurden. Die Besuchsziffern waren sehr ungleich. Während der textilindustrielle Platz Kolbermoor bloss 40 Hörer stellte, stellte das Kohlenrevier Penzberg 300. Jedenfalls ermutigen die Anfänge zur Fortsetzung des Begonnenen; sowohl in der Hauptstadt wie im Hinterland. Die Tätigkeit des Münchener Vereins wird durch ein Lesezimmer unterstützt, in dem etwa 100 Blätter — politische wie gewerkschaftliche — aufliegen, ferner durch eine Vereinsbibliothek von ungefähr 1500 Bänden. Die literarische Aufklärung Südbayerns betreibt eine Wanderbücherei, die der privaten Initiative des Genossen Richard Scheid verdankt wird. Die Ausbildung der Jugendlichen beschränkt sich auf Gelegenheitsvorträge, da ein Versuch mit einem durchgehenden Unterrichtskurs in deutscher Grammatik und Literatur keinen annehmbaren Erfolg zeitigte.

Über die einjährige Entwicklung des nordbayerischen Arbeiterbildungswesens orientiert der gedruckte Jahresbericht des sozialdemokratischen Vereins Nürnberg-Altldorf. Der Nürnberger Bildungsausschuss hatte den Genossen Max Maurenbrecher für die Dauer des Winterhalbjahrs als ständigen

Lehrer verpflichtet. Mit 147 Vorträgen und Unterrichtsstunden bestritt Genosse Maurenbrecher den Hauptteil der Nürnberger Bildungsarbeit. Diese Bildungsarbeit zerfiel in allgemeine Vortragsreihen und in Fortbildungskurse an Sonntagvormittagen. Die allgemeinen Vortragsreihen hatten folgende Themata: *Lassalle, Geschichte der Städte, Der Ursprung des Christentums, Geschichte der sozialen Klassen*. Der Lassallekursus hatte 400 regelmässige Hörer, der Kurs über die Städte hatte anfänglich 300, zuletzt 200, der Kurs über das Christentum hatte 400 Hörer, der Kurs über die sozialen Klassen begann mit 120 Hörern und fiel — vermutlich wegen der Länge des Kurses und wegen des ziemlich abstrakten Themas — auf 41 Teilnehmer. Der Fortbildungskurs, der von Delegierten Nürnberger und Fürther Gewerkschaftern besucht war, hatte eine Durchschnittspräsenz von 40 Schülern, die das Konversatorium über das *Kommunistische Manifest* von Anfang bis zu Ende des Halbjahrs ausdauernd frequentierten. Maurenbrecher kommt im ganzen zu den selben Ergebnissen wie die Münchener. Er hält eine Zweiteilung des Lehrbetriebs für nötig. Die eine Seite soll der Aufklärung breiterer Massen gewidmet sein, die andere der intensiven Fortbildung einer Auswahl von Vorgerückten. Die in Nürnberg zentralisierte nordbayerische Bildungsarbeit zog auch die Jugendlichen und den Gau Nordbayern in ihren Bereich.

Hier ist noch hervorzuheben, dass insbesondere die Augsburger Genossen und Gewerkschafter aus eigener Initiative schon im zweiten Jahre mit Glück eine sehr rege Bildungsarbeit geleistet haben. Nationalökonomische Kurse, historische Kurse, Kurse über Arbeiterversicherungs- und Genossenschaftswesen sind in Vortragsform vor einem festen Stammpublikum von 50 bis 60 Arbeitern und Arbeiterinnen teils von Augsburger, teils von Münchener Lehrkräften abgehalten worden.

× ×  
**Kurze Chronik** Die statistische Ermittlung der Frequenz der deutschen Universitäten im Sommer 1909 ist abgeschlossen. Die Jahressteigerung von 1908 auf 1909 übertrifft mit 3901 Studierenden die Zahlenziffer des Vorjahres beträchtlich. Im Sommersemester 1909 waren 51700 Studenten an den deutschen Universitäten



immatrikuliert. Die Vergleichsziffern sind für 1908 47 799, für 1899 33 006, für 1889 28 600; 1877, das heisst vor einer Generation, waren 17 534 Universitätsstudenten immatrikuliert. Unter den 51 700 Studierenden des Sommers 1909 befanden sich 1432 Damen. Auf die 10 preussischen Universitäten entfielen 25 638, auf die 3 bayerischen 9074, auf die 2 badischen 4931, auf die reichsländische Universität und die übrigen einzelstaatlichen Universitäten 12 057 Studierende. Auf die einzelnen Fakultäten verteilt sich die Ziffer der Immatrikulierten folgendermassen: Es studierten Philosophie, Philologie und Geschichte 13 911, Rechte 11 657, Medizin 9462, Mathematik und Naturwissenschaft 7385, Theologie 4164, Nationalökonomie und Landwirtschaft 2198, Arzneimittelkunde 1454, Zahnheilkunde 1238, Forstwissenschaft 124, Veterinärmedizin 107. Ein Rückgang zeigt sich gegen 1908 bei den Pharmazeuten, den Juristen und den katholischen Theologen.

×  
**Literatur**

Eine gute, weiter Verbreitung würdige Broschüre ist die als Flugschrift des *Deutschen Bundes für weltliche Schule und Moralunterricht* publizierte Arbeit Dr. Immanuel Lewys *Weltlicher Moralunterricht in der Schule*. Lewy verlangt, dass die Grundsätze persönlicher und sozialer Sittlichkeit in eigenen, wesentlich auf liberale Diskussion zwischen Lehrer und Kindern gestellten Unterrichtsstunden gelehrt werden. Die Morallehre soll nicht rein unterrichtlich behandelt werden; sie muss sich auch auf willenserzieherische Ziele richten. Diese Forderung setzt freilich, wie auch der Verfasser weiss, Umbildung der Lehrerschaft voraus. Von besonderem Wert scheint mir der Gedanke, dass die Erkenntnis individual- und sozialetischer Grundgedanken eine gemeinsame Empfängnis der Schüler sein soll, dass sie also nicht der häuslichen Erziehung allein überlassen werden darf. In dieser Verstärkung des öffentlichen Einflusses läge — tüchtigen Lehrinhalt vorausgesetzt — ein ausserordentlich wertvolles sozialerzieherisches Moment. Dieser Gedanke ist es wohl, der der Schrift ihre spezifische Bedeutung verleiht und sie uns besonders nahe bringt: »Das Kind ist heute nicht mehr ganz Privateigentum der Familie sondern mindestens ebenso sehr Kollektiveigentum der Gesellschaft.« × Mit Recht will Dr. Ewald Haufe in

seinen *Prinzipien der natürlichen Erziehung* /Berlin, Volkserzieherverlag/ die experimentelle Anschauung zum Ausgangspunkt des Unterrichts und der Erziehung machen. Was bisher als Selbstzweck galt und durch unmittelbare Methoden im Unterricht angestrebt wurde, beispielsweise sprachliches Können, stellt sich dieser Methode als Begleitresultat eines realistischen Anschauungsunterrichts dar. Hat der Schüler den Stoff erfasst, so stellt sich das Ausdrucksvermögen bald von selbst ein. Auch der sittliche Charakter wird durch die Beobachtung des Natürlichen grossgezogen. Ethik ist nicht in abstrakten Sätzen zu lehren sondern aus Natur- und Menschengeschichte als notwendige Grundlage alles tiefen individuellen und sozialen Lebens plausibel zu machen. × In seiner vorzüglichen Schrift *Volk und Schule Preussens vor 100 Jahren und heute* /Giesser, Töpelmann/ gibt Paul Natorp einen sehr guten Überblick über die Absichten der deutschen Pädagogik in der Zeit Pestalozzis, Fichtes und Steins. Er konstatiert, dass die gegenwärtige preussische Schulpolitik dem Ideal jener Männer geradezu entgegenwirkt und gibt am Schlusse seiner Darlegungen ein Schulprogramm, das sich in wesentlichen Fragen mit unseren Forderungen vollkommen deckt. Für die Erwachsenen verlangt Natorp frei organisierte staatliche Weiterbildungskurse, die allen Volksklassen gemein wären. Die Lehrer aber sollen Universitätsbildung erwerben. × In neuer und verstärkter Auflage hat Helene Simon ihr sehr instruktives Buch *Schule und Brot* /Hamburg, Voss/ erscheinen lassen. Darin sind die Erfahrungen aus dem englischen Schulspeisungsgesetz von 1906 verarbeitet, an dem Helene Simon mit bestem Recht tadelt, dass die Einführung der Schulspeisung ins Ermessen der lokalen Schulbehörden gestellt bleibt. Sie fordert, dass durch ein zu schaffendes Schulspeisungsgesetz in Deutschland die Schulspeisung für alle schulärztlich als unterernährt erkannten Kinder von Staats wegen obligatorisch eingeführt werde, gratis bei den Kindern zahlungsunfähiger Eltern, bei denen pflichtvergessener und zugleich zahlungsfähiger Eltern zu deren Lasten. Der Empfang von Gratisspeisemarken soll nicht als Armenunterstützung gelten. Frei und entgeltlich gespeiste Kinder sind absolut gleich zu behandeln. Fakultative Speisung soll zum Kostenpreise gewährt sein. Unter den

grundlegenden Gedanken ist der eine besonders hervorzuheben, dass nur das Kind Ausgangspunkt der Diskussion sein darf, und dass alle Ängste wegen Lockerung der Gewissenhaftigkeit der Eltern das Problem gar nicht treffen. Auch sei in der Zwangsbeitreibung der Kosten bei zahlungsfähigen Eltern ein Mittel gegen *Gewissenlosigkeit* der Eltern gegeben. Das Buch kann als vorzügliche Einführung in den Gegenstand allgemein empfohlen werden.

## WISSENSCHAFT

### Psychologie / Otto Lipmann

**Kriminalpsychologie** Obwohl die Anhänger der Lehre Lombrosos vom *geborenen Verbrecher* in

Deutschland nur noch in sehr geringer Anzahl vertreten sind, nimmt doch jede neue Publikation aus dem Gebiet der Kriminalpsychologie zu ihr Stellung. Einen vermittelnden Standpunkt zwischen der anthropologischen Schule Lombrosos und dem soziologischen Standpunkt von Liszts und Baers versucht Ferri zu gewinnen, für den das Verbrechen nur aus dem *Zusammenwirken* individueller und sozialer Elemente zu erklären ist. Die extreme Lombrososche Auffassung wird, wie gesagt, in deutschen Publikationen fast durchweg abgelehnt, der vermittelnden Auffassung Ferris stimmen die Autoren mehr oder weniger zu. Dies gilt beispielsweise von Dr. Paul Pollitz, der in seiner *Psychologie des Verbrechers (Aus Natur und Geisteswelt)* /Leipzig, Teubner/) an der Hand der Statistik zeigt, wie deutlich das Phänomen des Verbrechens mit dem wirtschaftlichen Leben zusammenhängt, dass aber auch eine angeborene geistige Minderwertigkeit für die Genese des Verbrechens eine grosse Rolle spielt. Nun ist es aber wohl zweifellos — und dies hebt besonders Dr. S. Ettinger in seiner Abhandlung *Das Verbrecherproblem in anthropologischer und soziologischer Beleuchtung* /Bern, Scheitlin, Spring & Cie./, die als 63. Band der *Berner Studien zur Philosophie und ihrer Geschichte* erschien, hervor —, dass auch diese Minderwertigkeit auf degenerierende Einflüsse des Milieus, also auf soziale Ursachen, zurückzuführen ist. Man wird unter solchen Milieueinflüssen direkte und indirekte zu unterscheiden haben: indirekte sind die erbliche Belastung, vielleicht die Zeugung im Rausch, direkte der in dem Milieu üb-

liche Missbrauch des Alkohols, das schlechte Beispiel, die Verführung. Zu diesen Milieueinflüssen, die die Widerstandsfähigkeit gegen verbrecherische Antriebe herabsetzen, kommt nun der Umstand, dass das selbe Milieu gerade selbst stärkere Reize zur Begehung verbrecherischer Handlungen enthält und so eine höhere Widerstandsfähigkeit erfordert: es ist eine oft wiederholte Banalität, dass es dem Armen schwerer fällt nicht zu stehlen als dem Reichen. So möchte ich denn in der Tat der Lehre Ferris beipflichten, dass individuelle Eigenschaften und soziale zusammen das Verbrechen erklären; nur wird man mit Ettinger auch die Degeneration in letzter Linie auf soziale Ursachen zurückführen müssen.

Sind wir uns nun darüber klar geworden, dass der Verbrecher ein Degenerierter ist, so haben wir uns weiter zu fragen, ob er eine besondere Klasse der Degenerierten bildet. Bekanntlich wird diese Frage von Lombroso bejaht, demzufolge der Verbrecher nicht nur allgemeine Degenerationsmerkmale aufweist sondern auch besondere, die die atavistische Natur des Verbrechers beweisen. Dass diese Lehre jedoch nicht stichhaltig ist, dass sich zwischen der Degeneration, die sich in Geisteskrankheit, und derjenigen, die sich im Begehen verbrecherischer Handlungen manifestiert, eine Grenze nicht ziehen lässt, betonen sowohl Pollitz wie Ettinger. Einmal spricht dagegen, dass sich sehr oft in der Aszendenz von Verbrechern eine grosse Zahl psychopathischer Individuen nachweisen lässt; andererseits zeigt besonders Ettinger, dass die von Lombroso angeführten *typischen* Verbrechermerkmale durchaus nicht für den Verbrecher sondern eben für die ganze Klasse der Degenerierten typisch sind. Den selben Standpunkt nimmt auch Dr. Otto Mönkemöller ein (*Korrektilionsanstalt und Landarmenhaus* /Leipzig, Barth/). Danach sind auch die In-sassinnen von Korrektilionsanstalten degenerierte Individuen, grossenteils selbst psychopathisch zum andern Teil wenigstens schwer belastet. Die Prostituierte weist gleichfalls keine besonderen Merkmale auf, die sie von der grossen Klasse der Degenerierten im allgemeinen und von derjenigen der Verbrecherinnen im besonderen unterscheiden.

Versucht man, so der Genese des Verbrechens, dem Seelenleben des Verbrechers auf wissenschaftlichem Wege

beizukommen, so sind andere Autoren der Meinung, dass es zurzeit noch an der nötigen Kenntnis von Einzeltatsachen fehlt, um ein wissenschaftliches System aufstellen zu können. So gibt es eine grosse Literatur, die sich ausschliesslich damit beschäftigt charakteristische Einzelfälle von Verbrechen oder einzelne Verbrecherindividualitäten zu analysieren. Mit Erfolg beschränkt man sich dabei nicht auf die Wirklichkeit sondern zieht auch die von grossen Dichtern und Schriftstellern gezeichneten Verbrecher mit heran. So liegt es denn nahe auch die Personen der Shakespeareschen Dramen daraufhin zu untersuchen, was die Analyse ihrer Persönlichkeit für die Kriminalpsychologie ergeben könnte. Dieser Aufgabe unterzieht sich A. Goll in seinem Essay *Verbrecher bei Shakespeare* /Stuttgart, Juncker/. Er beschränkt sich dabei auf Brutus und Cassius, Macbeth, Lady Macbeth, Richard III. und Jago.

Eine sehr interessante Frage, die der *latenten Kriminalität*, wird von Wulffen in seiner *Psychologie des Verbrechers* /Berlin, Langenscheidt/ angeschnitten. Danach unterscheidet sich der Mensch, der ein Verbrechen durchdenkt und es begehen möchte, nicht wesentlich von dem Verbrecher, der es auch ausführt. Einer solchen Theorie gegenüber scheint es zunächst erforderlich die psychischen Vorgänge, die an betracht kommen, möglichst genau zu analysieren. Es scheint mir faktisch das selbe zu sein, ob man eine lustbetonte Vorstellung hat, oder ob man diese lustbetonte Vorstellung in eine lustbetonte Wahrnehmung überführen will. Wenn wir es einem Menschen nicht verdenken, dass die Vorstellung ein Automobil zu besitzen lustvoll für ihn ist, so dürfen wir es ihm auch nicht übel nehmen, wenn er ein Automobil besitzen will, ja, auch wenn er irgend einen Plan ausspinnt sich durch Diebstahl, Betrug oder Unterschlagung in diesen Besitz zu setzen. Dies bleibt bei den meisten Menschen ein harmloses Vergnügen, das zu stören die Gesellschaft kein Interesse hat, und das auch für unsere sittliche Wertung dieser Menschen ausser betracht bleibt. Denn wir setzen voraus, dass beim normalen Menschen die Ausführung des Plans schliesslich doch gehemmt werden wird, teils durch die Vorstellungen der ihm an-erzogenen, für die gegenwärtige Gesellschaft massgebenden Moralbegriffe teils durch die Vorstellungen der ihm dro-

henden Strafe und der ihm im Zusammenhang damit treffenden Verachtung seitens seiner Umgebung. Die Gesellschaft hat gar kein Interesse daran auch solche ihrer Mitglieder, die nur in Gedanken sündigen, als moralisch minderwertig zu brandmarken. Der letzte Zweck der Strafe, Schutz der Gesellschaft, wird vollkommen dadurch erreicht, wenn nur diejenigen bestraft werden, die sich weder durch die angedeuteten moralischen noch Nützlichkeitsmotive in der Ausführung ihrer Pläne stören lassen; und unsere sittliche Wertung sieht gleichfalls im wesentlichen auf die Taten, nicht auf die Gedanken. Freilich würden wir denjenigen, der aus rein ethischen Normen heraus handelt, höher schätzen als denjenigen, den nur die Furcht vor Strafe von der Begehung strafbarer Handlungen abhält: aber so tief können wir ja für gewöhnlich in den Menschen nicht hineinschauen. Für das Problem der *latenten Kriminalität* ist dies auch irrelevant: In jedem Fall ist das, was Wulffen unter *latenter Kriminalität* versteht, eben gar keine Kriminalität.

× ×  
**Kurze Chronik** Als Nachfolger Ebbinghaus' wurde Professor Meumann, bisher in Münster, nach Halle berufen. × Professor Erdmann, bisher in Bonn, geht als Nachfolger Paulsens nach Berlin. × Der Würzburger Professor Külpe tritt in Bonn an Erdmanns Stelle. × In Strassburg wurde ein psychologisches Institut errichtet, als dessen Direktoren die Professoren Clemens Baeumker und Theobald Ziegler fungieren.

× ×  
**Literatur** Einen *Beitrag zur Reform des Strafprozesses* soll Robert Heymanns Schrift *Moralische Idioten und deutsche Sachverständige* /Straubing, Attenkofer/ darstellen: es ist jedoch nur eine Streitschrift, auf die ein näheres Eingehen nicht verlohnt. Seine Kritik an einer staatlichen Einrichtung ist masslos übertrieben und tendenziös. × An einer anderen solchen Institution, dem *Militarismus*, übt ein *deutscher Soldat* in einem *Schriftenchen Zur Psychologie des Militarismus* /Leipzig, Wigand/ Kritik. Seine Schilderung ist zwar gleichfalls sehr pessimistisch, aber doch ziemlich frei von tendenziösem Hass. Worauf es dem anonymen Verfasser in seiner.

übrigens ausgezeichnet geschriebenen, Schrift ankommt, ist am besten aus den drei Kapitelüberschriften ersichtlich: *Das Zwangsbewusstsein als seelisches Erlebnis des Soldaten, Die Entseelung des Waffenhandwerks, Die Tragik des Militarismus und ihre Unabstellbarkeit.*

## KUNST

### Bildende Kunst / Lisbeth Stern

**Berliner Ausstellungen** Von Berliner Ausstellungen ist diesmal wenig zu berichten, die Kunsthandlungen halten einigermassen Ferien. Bei Gurlitt stehen eine Reihe unzusammenhängender Sachen aus von Thoma, Liebermann, Feuerbach und anderen, grösstenteils von früher her bekannt. Am lebhaftesten in Erinnerung aus einer Reihe sehr guter Bilder ist mir Géricaults Porträtkopf eines jungen Mannes, der mich auffallend an Rungesche Auffassung erinnert; einfach und grosszügig, dazu der Kopf eines festgefügt und gediegene Menschen. Schultes Ausstellung ist sehr umfangreich, und die Namen altbekannter Meister sind vertreten, wie Gebhardt, Thoma, Stuck, Lenbach, Segantini; aber viel mehr als ihre Namen und ihre wohlbekannte Technik haben sie nicht gegeben. Die Bilder halten uns nicht durch irgend welchen frischeren Eindruck. Nur Menzel, als der einzige, hat ein paar sehr gute kleine Bildchen; eines: ein buntes Kirchenfenster, darunter eilige Leute im Vorbeigehen, in den Farben sehr schön, und auf seine Weise humoristisch, bei aller Neutralität. Dafür sind unter den neuen Namen einige, die sich mit ihren Bildern lebhaft einprägen, vor allem Reiser mit mehreren Gebirgslandschaften. Er scheint von van Gogh zum Teil beeinflusst und steht mit kräftigen Sinnen vor der Natur. Dann zwei Frühlingslandschaften von Bertelsmann mit flachen bunten Farben: rot beschienene Häuser im Grünen und eine Dorfkirche bei Frühlingsregenwolken und Sonnenschein. Die Bilder sind fröhlich und etwas wie vom Kinde gesehen. Einige sehr hübsche Bildchen Hengelers, des alten *Fliegende Blätter*-Zeichners, sind da. Man könnte denken, sie seien von einem Dilettanten, aber von einem in jeder Beziehung sehr feinfühligem. So recht Bilder, um sie in der Stube zu haben, in einer behaglichen Wohnstube.

**Kurze Chronik** Bei Ausgrabungen in Ostia und Pompeji fand man gut erhaltene alt-römische Villen mit reichen Wandgemälden. × In Berlin ist eine Vereinigung der *Unabhängigen* im Entstehen begriffen, die nach Pariser Muster eingerichtet werden soll; jeder, der die Miete für die benutzte Wandfläche bezahlt, kann ohne Jury ausstellen. × Der Maler und Dichter Arthur Fitger ist, 67 Jahre alt, gestorben. Zum letztenmal brachte er sich durch seine scharfen Ausfälle gegen die moderne Malerei, besonders gegen Uhde, in Erinnerung. × Der Kunsthistoriker Richard Muther ist gestorben.

× **Literatur** In der Mutherschen Sammlung *Die Kunst* / Berlin, Marquardt/ veröffentlicht Anna Plehn eine Arbeit über das Thema *Die Figur im Raum*. Sie führt durch, wie etwa im letzten Jahrhundert vor Christi die antike Malerei angefangen hat durch aufgesetzte Lichter die Figuren aus der Ebene zu lösen, wie nachher in der byzantinischen Zeit die antiken Vorbilder zurücktreten und die Figuren linienumgrenzt und wenig bewegt in der Ebene schweben, bis dann die Gothik in Plastik und Architektur ein lebhaftes Drängen nach körperlicher Gestaltung zeigt, die die Malerei durch bescheidene Modellierung ihrer Figuren aufzunehmen versucht. Aber erst van Eyck wendet eine einheitliche Lichtquelle und Linearperspektive bewusst an, wodurch er eine geschlossene Raumwirkung zu erreichen vermag. Bei seiner *Verkündigung* lässt ein seitliches Fenster Licht ein, das nicht nur die Gestalt Marias und des Engels nach vorn bringt sondern auch den hinteren Teil des Gemachs in dämmerige Tiefe führt. Auch soll van Eyck seit der Antike zum erstenmal die Bedingtheit der Farbe durch das Licht gesehen haben. Im übrigen bleiben aber die Maler seiner Zeit dabei stehen ihre Heiligen möglichst deutlich, das heisst ohne Schattenverdunkelung zu geben und lassen sich höchstens bei nebensächlichen Szenen auf irgend welche künstliche Behandlung des Lichtes ein. In Italien arbeiten die Quattrocentisten vorerst nur an einer plastischen Gestaltung ihrer Figuren durch scharfe Schlag Schatten, ohne eigentliche Raumauffassung; als eine Ausnahme bezeichnet Anna Plehn Piero della Francesca, der seine Kompositionen durch Zusammen-

×

×

fassung ganzer Gruppen in Schatten und Licht zu klären sucht. Raffael fasst Anna Plehn vorwiegend als Plastiker auf, der über der Flut seiner Gestalten die Raumwirkung übersieht. Erst am Ende seines Lebens, in seiner *Transfiguration*, scheinen ihm Gestalten, Farbe, Licht alles in eins zusammengeströmt zu sein. Dann von Leonardo mit seinen übergeheimnisvollen, süßen Schatten bis hin zu Grünwald, bei dem Licht und Farbe in vollkommen modernem Sinn gefasst sind: Aufgelichtete Schatten und Farben, die nur durch ihr gegenseitiges Widerspiel zu verstehen sind; nichts mehr von Modellierung, die nur den Sinn hat ihre Form verständlich zu machen; es lösen sich die Körper dem Auge auf in ein rein optisches, glänzendes Spiel von Licht und Farbe. Den Höhepunkt von Raumauffassung sieht Anna Plehn in Rembrandt. Nachdem die übrigen Holländer Räume in komplizierten Zusammenstellungen zu malen versuchten, schuf Rembrandt mit voller Freiheit ein schattenvolles Raumgewebe, das nicht nur zur formalen Komposition sondern auch zur seelischen Nuancierung mitwirkte. Nachdem Anna Plehn über Rubens, Velasquez und zuletzt auch Runge gehandelt, konstatiert sie, dass die modernste Malerei sich von den bisherigen Tendenzen abzuwenden scheint und wieder mehr schemenartig in der Ebene zu arbeiten versucht. Was mir an dem Standpunkt Anna Plehns fremd ist, ist diese ausschliessliche Wertschätzung der Raumgestaltung, die sie nicht nur als eine der vielen Auffassungsformen in der Malerei ansieht, sondern nach der sie fast den Wert des Kunstwerks zu messen scheint. Dass man auch künstlerische Werte geben will und muss, die dieses Interesse am Raum gar nicht aufkommen lassen, scheint sie nicht zu sehen, und so übersieht sie wohl auch das ganz Besondere der mittelalterlichen Kunst; sie spricht von der linearen Kunst wie von einem Produkt gekünstelter, beschnittener Sinne und scheint gar nicht zu fühlen, wie allein eben nur die Linie diesem so eigenen Weltbild Ausdruck geben konnte, das erst ganz in die Seele aufgenommen werden musste, bevor es künstlerisch sinnliche Gestalt gewinnen konnte. Dass diese Art linearer Kunst sehr wohl zu kalligraphischer Künstelei werden kann, spricht hier nicht mit. Für mich bedeutet sie etwas ganz Grosses, und das Eigenartige ihrer geistigen Kraft scheint mir in der modernen Auffassung vom Lichtspiel und der Raum-

verteilung unausdrückbar. Auch noch viele romanische Kunstwerke tragen den selben Geist, wenngleich sie schon ein gut Teil sinnlicher sprechen. Das alles sage ich, um zu zeigen, wie mir jene mittelalterliche Auffassung anders, aber in keinem Sinn wertloser erscheint als die seit der Renaissance lebendige: eben nur anders und so wesentlich anders, dass sie aus einem innerlichst veränderten Wesen herauszufließen scheint. Die moderne Raumauffassung verquickt sich mir eng mit all jenen berausenden Ideen von einem Weltganzen, das all seine Teile umschliesst und ihnen erst Leben zu geben vermag, während im Mittelalter wohl das Einzelwesen zu sprechen scheint wie in unmittelbarem Leben selbst. × Eine Geschichte der Kunst Japans veröffentlicht Oskar Münsterberg (*Japans Kunst* / Braunschweig, Westermann). Er weist auf die ersten Kunsteinflüsse Griechenlands und Westasiens hin, die in Verbindung mit dem ständigen Zusammenhang mit China eine ernsthafte, grosszügige und einfache Plastik schufen, die ausschliesslich Kultzwecken diente. Er zeigt, wie dann mit der Hebung ihres Standes die Ritter die Kunst aufnahmen, wie eine erzählende Kunst in Malerei und Poesie entstand, die später wieder, unter chinesischem Einfluss, seelisch bis ins feinste nuanciert, sich in geistreich zugespitzten Gefühls- und Gesichtseindrücken ihr Ziel setzt. Diese Richtung führt zu immer exzellenterer Technik innerhalb gleichbleibender Traditionen bis dann — durch europäischen Einfluss — ein neues Herangehen an die Natur der Kunst neue Kraft gab. Durch all diese Wandlungen hindurch hat ein Gemeinsames in japanischer Malerei sich rein gehalten, das vielleicht erst in der letzten Zeit in ein Schwanken geraten ist. Das Buch ist sehr lebendig und einfach geschrieben, und wohlthuend ist's, dass kein Ballast irgend welcher Theorien ihm anhaftet. Es will nichts anderes als eine Geschichte der verschiedenen Techniken, der Komposition und Auffassung geben. Der seltene Reiz, den die japanische Kunst auf den Europäer ausübt, ist schwer näher zu bestimmen, aber viel liegt wohl an dem Betonen des zweidimensionalen Schens, das das eigentlich ganz Spezifische der zeichnerischen und im beschränkten Sinn auch der malerischen Kunst auszumachen scheint. Wie man beim Schen das selbe Motiv planer und vertiefter sehen kann — vielleicht

liegt es an der Einstellung der Augen, die, auf die Ferne gerichtet, fast parallel blicken —, so scheint's, als wenn die Japaner durch diese Übertragung der Körperwelt ein gut Teil Substanzhaftigkeit genommen haben, und wir diese Körper in einer Art verklärten Fluidums schwimmen sehen: wie etwa eine Landschaft im stillen Abendsee. Die Linien gehen und fließen in weichstem Schmelz; ganz anders als in der linearen Kunst unseres Mittelalters. Münsterberg macht sehr richtig wiederholt auf den Zusammenhang mit der japanischen Schrift aufmerksam, die, den Raum nicht so strikt ausfüllend wie die chinesische, mit aufgelöstem und kapriziösem Rhythmus sich hin und wider bewegt. Das Buch ist ein Auszug aus einem 3bändigen Werk mit sehr zahlreichen Illustrationen, die mit ausserordentlich sachlichem Urteil ausgewählt sind.

## KULTUR

### Kunstgewerbe / Joseph August Lux

**Wiener Architektur** In Wien soll ein technisches Museum in der Nähe des Schönbrunner Schlosses gebaut werden. Hier liegt eines der interessantesten Probleme unserer Zeit vor. Es verlangt ein Ingenieurgenie, das, mit der Gestaltungskraft des Künstlers begabt, nicht im stülhistorischen Refrain schwelgt sondern dem technischen Gedanken der Sammlung den technisch künstlerischen Ausdruck in der Architektur verleiht und zugleich Lage, Ort, Nachbarschaft, Landschaft, Verkehr, Zugang, übersichtliche Musealanordnung, Labilität der Aufstellungsmöglichkeit und hundert andere berechtigte Wünsche zu berücksichtigen versteht, eine Leistung von durchschlagender Kraft, deren Wesen Ausdruck ist, wie alles in der Kunst. Ich bin überzeugt, dass es nur aus jener Richtung kommen kann, über die uns der Inhalt des technisch-historischen Museums und die eklatante Grösse der heutigen Grosskonstruktion aufklärt, wenn noch jenes immanente formschöpferische Element hinzukommt, das nicht von aussen hineingetragen werden kann sondern von innen herauswachsen muss. Also technisch-stilistische, konstruktiv-künstlerisch ohne die übliche Posamentierarbeit der Zieratenanhängerei, Allegorien, Embleme, die nur stören, weil sie uns nichts zu sagen haben.

Man veranstaltete ein Preisausschreiben,

zu dem 20 Projekte eingelaufen sind, darunter 3, 4 gute Arbeiten, die beste unter ihnen vom Oberbaurat Otto Wagner in Wien mit einer ausgezeichneten Grundrisslösung. Er hatte alles vortrefflich bedacht: die technisch-stilistische Forderung, die kongeniale Formgebung, die dem Wesen und Inhalt eines technischen Museums den adäquaten Ausdruck verleiht, nebst den Forderungen der inneren Zweckmässigkeit, die in diesem Fall völlig neue Probleme aufwirft und in der Grundrisslösung erfüllt sein will. Noch ein anderes, nicht genügend beachtetes ästhetisches Moment kommt hinzu. Der Bauplatz liegt nämlich in unmittelbarer Nähe zur Schönbrunner Haupteinfahrt, von dieser nur durch den Vorpark getrennt, auf den sogenannten *Spitzackergründen*, einem unregelmässigen, spitzwinkligen Dreieck, dessen Spitze nach der Stadt weist, daher der natürliche Kulminations- und Zugangspunkt ist und den Haupteingang eines künftigen Museums bilden sollte. Eine zweite Rücksicht ist durch die vornehm zurückhaltende, auf Grösse gestellte Architektur des Schönbrunner Schlosses gegeben, die dem neuen Museum ganz besonders die Pflicht einer formal-ästhetischen Unterordnung auferlegt: äusserste Schlichtheit, die ihre künstlerische Ausdrucksfähigkeit vor allem in der Schönheit der Proportionen, der Massenverteilung, der zweckgemässen Durchgeistigung sucht, lauter Eigenschaften, die sich aus der eingangs charakterisierten richtigen Erfassung einer solchen Aufgabe fast mühelos ergeben als der geheimnisvolle künstlerische Adel, das letzte unwillkürliche Ergebnis aller wahrhaft grossen Dinge, das nicht gewaltsam herbeigezwungen und nicht in sinnloser Motivjägeri gefunden werden kann. Man muss sich also richtig sagen, dass der Beschauer, wenn er aus dem Schönbrunner Schloss herauskommt und noch ganz unter dem Einfluss der edlen Architektur steht, durch nichts protzenhaft Aufdringliches beleidigt werden soll.

Dessen ungeachtet wurde nicht diese Arbeit oder eine der anderen guten Leistungen, die sich sehen lassen können, prämiert sondern gerade die vier schlechtesten Entwürfe mit Preisen ausgezeichnet. Die 3, 4 schlechtesten Projekte, deren gemeinsames Merkmal darin besteht, dass ohne Rücksicht auf die oben von mir erwähnten Grundbedingungen ein sperriger, weder dem Baugrund noch den

inneren Anforderungen eines solchen Museums entsprechender Kasten hingestellt werden soll, der künstlerisch in der protzenhaften, grössenwahnsinnigen und dennoch kleinlich gesinnten Übertrumpfung der in ihrer Einfachheit überwältigenden Schönbrunner Architektur kulminiert. Präsident der Jury war der Oberbaurat Ludwig Baumann, ein durchaus unebenbürtiger Gegner Wagners. Auf ihn fällt die moralische Verantwortung zurück. Die gesamte moderne Künstlerschaft in Wien erhob Protest gegen diese unerhörte Vergewaltigung künstlerisch hochstehender Leistungen. Der Protest wird natürlich keinen Erfolg haben. Man darf sich nicht wundern, wenn bei diesem Mangel an künstlerischem Gerechtigkeitsinn die grossen Aufgaben immer in die Hände minder Berufener gelangen, und wenn das Stadtbild Wiens immer weniger der Ausdruck des modernen baukünstlerischen Könnens wird.

Auch in Wien ist ein rücksichtsloser, gewinnstüchtiger Spekulationsgeist in das Leben gefahren, der sich einerseits den Schöpfungen der Modernen verschliesst andererseits seit vielen Jahrzehnten die Vernichtung der wertvollsten alten Baudenkmalern systematisch betreibt. So besteht gegenwärtig der ungeheuerliche Plan die elektrische Strassenbahn als Hochbahn durch die innere Stadt zu führen. Die Ungeheuerlichkeit des Plans ist deshalb so gross, weil sich die Strassenbahn den Weg durch den Stadtkern nur dadurch schaffen soll, dass das wundervolle organische Gefüge des alten Stadtinnern durch einen neuen Strassenzug aufgerissen und grausam entstellt wird. Es ist bekannt geworden, dass es wieder den Verlust unersetzlicher Werte, die nun einmal zur künstlerischen Physiognomie Wiens gehören, kosten würde: des Franziskanerplatzes, des heiligen Kreuzerhofs und einiges mehr. Ob der zum Schutz und zur Erhaltung des schönen alten Stadtbilds veröffentlichte Aufruf seine Wirkung tun wird, weiss ich nicht. Dass die ergreifenden, beweglichen Worte jedem Wiener ans Herz gegriffen haben, glaube ich gern; denn ich habe es an mir selber gespürt. Ob sie aber den Machtfaktoren, dem Stadtbauamt und dem Wiener Stadtrat, ein Lichtlein aufgesteckt haben, muss ich leider bezweifeln.

×  
**Münchener  
Gewerbeaus-  
stellung**

×  
Auf die mittelmässige Aus-  
stellung München 1908, wo  
auf keinem Gebiet der Ar-  
chitektur die letzten künstlerischen Kon-

sequenzen gezogen wurden, folgt dieses Jahr eine Ausstellung der Gewerbetreibenden, die nun ihrerseits zeigen wollten, was sie ohne die Beihilfe der Künstler vermögen. Es ist die reine Farce. Die letzten 15 bis 20 Jahre des Ringens nach neuen, zeitgemässen Ausdrucksformen sind an diesen Leuten spurlos vorübergegangen. Diese Leute nötigen mir das Bekenntnis ab, dass die vorjährige Ausstellung relativ noch immer ein Geniestreich ersten Ranges war, wengleich sie nicht einen Augenblick lang von der mittleren Linie der Heimatsstilarchitektur abging. Diesen Gewerbetreibenden und ihrem leider so überaus zahlreichen Publikum ist nicht zu helfen. Aussterben lassen, das ist das einzige. Ich werfe die Preisfrage auf, wie weit trotz aller *Kunst fürs Volk*-Bewegung das Volk von der Kunst entfernt ist. Diese Münchener Gewerbeausstellung gibt die Antwort darauf.

×  
**Kurze Chronik** Professor Fritz Schumacher in Dresden wurde zum Baudirektor des hamburgischen Staats ernannt. × Professor van de Velde in Weimar wurde mit der Ausführung des *Abbedenkmal*s in Jena betraut, des selben Projekts, über das ich in meiner letzten Rundschau (1909. 1. Band, pag. 330 ff.) geschrieben habe. × Die Akademie der bildenden Künste in München hat im Mai ihre Hundertjahrfeier begangen.

×  
**Literatur** Über *Park- und Gartenstudien* liess Alfred Lichtwark ein sehr interessantes Buch erscheinen /Berlin, Cassirer/. Es ist allen Gartenfreunden auf das beste zu empfehlen. Eine entzückende Kleinmalerei ist die Studie über den Heidegarten. Da ist geschildert, wie mit den einfachsten Mitteln, die die natürliche Vegetation des Heimatbodens liefert, ein Gartendyll entsteht, das nicht nur für die Heidebewohner interessant und lehrreich ist sondern für jeden, der ein paar Quadratmeter Erde bebaut, weil er in dieser Studie eine Belehrung empfängt, wie sie ihm gewiss noch kein Gärtner, am wenigsten der sogenannte *Kunstgärtner*, gegeben hat und je geben wird. Der zweite Teil des Buchs liefert Ideen zu dem Problem des Hamburger Stadtparks. Ich möchte jeder Stadt einen solchen *genius loci* wünschen, wie ihn Hamburg in Alfred Lichtwark besitzt. × Zur *Kunstförderung* hat Oberbaurat Otto Wagner ein Mahnwort veröffentlicht

/Wien, Kosmack/. Es ist hier nicht der Raum diese Programmschrift eingehend zu würdigen. Nur so viel verdient gesagt zu werden, dass der grösste Baukünstler Österreichs hier ein grosszügiges Ideengebäude entwirft, wie er sich die Förderung der Kunst denkt, die Heranziehung des Nachwuchses und die Pflichten, die der Staat zu erfüllen hätte. In einem Punkt kann ich freilich mit Wagner nicht mit: das ist der Optimismus dem Staat gegenüber. Meine persönliche Meinung im Gegensatz zu Wagner ist die, dass alles, was der Staat in die Hand nimmt, dem Bureaokratismus verfällt: für die Kunst der sichere Tod. Alles Grosse, und ganz besonders in der Kunst, muss aus persönlicher Initiative geschehen. Wenn es getan ist, dann erst kann man vom Staat verlangen, dass er für die Erhaltung Sorge. Konservator und Verwalter sein: das ist das einzige, was man vom Staat verlangen kann. Jedes Mehr ist schon von Übel. In der Kunst ist es bereits so weit, dass man Vereine zur Bewachung des Staats bilden müsste, damit er nicht zu viel tue. Ich erinnere nur an die Bauämter. Um eines der vielen Probleme und Anregungen aus der Schrift des Meisters hervorzuheben, will ich nur auf die äusserst glückliche Bekämpfung des Eklektizismus hinweisen, dem der Ingenieur im Hochbaufach huldigt. Wagner sagt mit Recht, dass es besser wäre, wenn der ausführende Ingenieur in die Baukunst gar nicht hineinschmeckt, und dringt deshalb auf die Umgestaltung der Hochschullehrpläne, indem er die Baukunst mit allen ihr beigeordneten und dienenden Künsten, Plastik, Malerei, Kunstgewerbe usw., ausschliesslich der Akademie zuweist und die Architekturfächer von den technischen Hochschulen abgelöst wissen will, da sie ja doch nur zu einem kläglichen Dilettantismus führen. Nicht unerwähnt darf die äussere Form der Schrift bleiben, die in Druck und Type die äusserste Leistung der modernen Typographie darstellt. Der Umschlag ist weniger glücklich, nicht nur aus ästhetischen sondern auch aus praktischen Gründen. X Schliesslich hat der Rundschauer wohl auch ein Recht auf seine eigenen Publikationen aufmerksam zu machen, die in den Raum dieser Rundschau gehören. In diesem Sinne will ich auf die Tendenz meines Buchs *Das neue deutsche Kunstgewerbe* /Leipzig, Klinkhardt & Biermann/ hier hinweisen. Die Erneuerung des Kunstgewerbes und der

Architektur in Deutschland während der letzten 10 fruchtbaren Jahre und die Charakteristik der grossen Erneuerer ist der Inhalt meines Buches. Etliche 80 Tafeln sollen das Gesagte auch bildlich charakterisieren und das Wort sinngemäss ergänzen. Das Jahr 1897-1898 ist keineswegs der Beginn der modernen Bewegung, so wenig wie das Jahr 1908 der Abschluss ist. Vielmehr gehen viele Jahre oder Jahrzehnte innerer Gärungen voraus, einzelne Anläufe, persönliche Beispiele von Heroismus, Eroberer- und Märtyrertum, die sich wiederholen, bis es auf der ganzen Linie lebendig wird und die Welle hereinbricht. Es war um diese Zeit, als die Welle sichtbar wurde, die das Niveau von unten auf emporhob. Einige Sturmjahre waren vorausgegangen, die Zeichen von Paris, Dresden, München gegeben, als die lang vorbereitete innere Revolution schliesslich in die äussere Erscheinung trat. Das ist dann der offizielle Beginn einer neuen Epoche, obzwar ihre Wurzeln weit hinten liegen, deren Verzweigung zurückzuverfolgen zunächst nicht meine Absicht war. Der genannte Zeitpunkt aber brachte die umfassenden sichtbaren Bestätigungen der künstlerischen Umwälzungen. Die Künstlerzusammenschlüsse in München, in Wien und in Dresden, das Erscheinen der Kunstzeitschriften als Scheinwerfer der neuen Stilgedanken, die Gründungen von Werkstätten auf der neuen geistigen Grundlage. 1901 überraschte Darmstadt mit den ersten Beispielen abgerundeter, einheitlicher Leistungen, die Architektur und Innenausstattung aus einem Guss vollendeten. Es war ein Höhepunkt, trotz der Entwicklungsfähigkeit, die auf reifere Früchte hoffen liess. Im Prinzip aber war das grosse Beispiel gegeben, und die folgenden Jahre brachten kein Ereignis von annähernder Bedeutsamkeit. Fast scheint es, als ob die Welle zu kurz gewesen wäre. Ein grosser Teil der Kräfte sank alsbald in das bequeme Stillbett der Überlieferung zurück, und alles schrie nach Anpassung. Einige siedelten sich beim Biedermeier an, andere bereiteten sich in der sogenannten *Heimatkunst* ein bequemes Nest, und wieder andere hatten ein Spezialgebiet in der Kunstgeschichte gewählt und eine seltsame Art von moderner Umwertung unternommen. Heute, nach knapp 10 Jahren, sitzt die Mehrheit der einstigen Stürmer auf ein paar Dogmen geeinigt. Die historischen Stile sind nur umfrisirt, keineswegs überwunden.